

# DER KAMPF

Jahrgang 2

1. August 1909

11. Heft

## Otto Bauer: Die Lehren des Zusammenbruchs

Zum zweitenmal innerhalb eines halben Jahres ist das „Volksparlament“ auseinandergejagt worden. Das Ansehen des Hauses hat schon durch seine schleppende Arbeitsweise, die unfruchtbare Vielrederei, die wüsten Lärmszenen gelitten; da nun dem stürmischen Ende vom 5. Februar der klägliche Zusammenbruch vom 10. Juli so schnell gefolgt ist, ist das Haus geschändet und erniedrigt vor den Augen der Völker, ein Bild des Jammers, von dem sich die Massen enttäuscht abwenden, kein Gegenstand ihrer Hoffnung mehr.

Mit welchen Erwartungen ist dieses Haus begrüsst worden! Die Massen, die ein Jahrzehnt lang, von dem Treiben des Privilegienparlaments angewidert, sich um das politische Leben gar nicht gekümmert hatten und erst in dem grossen Jahre der russischen Revolution, von wahrhaft revolutionärem Geiste im Sturme erfasst, unserem Rufe gefolgt sind, unsere Organisationen mit neuem Leben gefüllt und sich das Wahlrecht auf der Strasse erobert haben, konnten wahrhaftig nicht die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Parlamentarismus überhaupt und des vom Nationalitätenstreit zersetzten und zerrissenen österreichischen Parlamentarismus insbesondere erkennen. Unvermeidlich war es, dass sie das zu erkämpfende, das eroberte Gut überschätzten. Den Neubau des Staates, die Verwirklichung der Demokratie, die Beendigung des nationalen Haders durch die nationale Freiheit, ein Zeitalter fruchtbarer sozialer Arbeit, eine Epoche der Arbeiterschutzgesetze, der Arbeiterversicherung, der Steuerreformen, der wirtschaftlichen Umgestaltung haben breite Massen vom neuen Parlament gefordert, erhofft, erwartet. Das war die Stimmung des Wahlrechtskampfes, des Wahlkampfes, das Geheimnis unseres grossen Wahlsieges!

Was nun, da diese grosse Erwartungen so schmähdlich enttäuscht wurden? Ist es nicht unvermeidlich, dass die Massen den Parlamentarismus jetzt ebenso unterschätzen, wie sie ihn vor zwei Jahren überschätzt haben? Uns schreckt nicht etwa die kleine, zu lächerlicher Bedeutungslosigkeit verdamnte Gruppe anarchistischer Wirrköpfe, obwohl auch ihr Auftreten als ein Symptom beachtenswert ist. Wohl aber fürchten wir, dass die bittere Enttäuschung die breiten, erst vor kurzer Zeit im Sturme gewonnenen und darum noch ungeschulten Massen wieder zurückwerfen könnte in den Sumpf teilnahmsloser Gleichgültigkeit gegenüber den grossen Fragen unseres sozialen und politischen Lebens, in die Stimmung der Hoffnungslosigkeit, der Verzagtheit, die der gefährlichste Gegner unserer Arbeit ist.

Wollen wir dieser Gefahr begegnen, dann müssen wir erstens die Ursachen der Ereignisse kennen, die wir im letzten Jahre erlebt haben, dann müssen wir zweitens aus den Geschehnissen der jüngsten Vergangenheit die Tendenzen der Entwicklung zu erschliessen versuchen, dann müssen sie schliesslich wir Aufgaben erkennen, die die veränderte Lage uns auferlegt.

Die Ursachen zunächst! Die „Neue Freie Presse“ hat das Zeichen zur Eröffnung der nationalen Feindseligkeiten gegeben und die „antisemitischen“ Provinzblätter und

Provinzabgeordneten haben Herrn Benedikts Parole weitergetragen. Herr Gessmann hat dann im Auftrage eines hohen Herrn das durch das chauvinistische Treiben erschütterte Ministerium Beck zu Falle gebracht. Herr v. Bienenrth ist unfähig, das Abgeordnetenhaus zu führen. Schwierigkeiten ergeben sich in diesem Hause immer wieder: Herr Choc hofft, der Führer einer grossen Partei zu werden, wenn er nur recht oft und recht laut lärmt, die Herren Schusterschitz und Praschek sehnen sich nach dem Ministerfrack, die schlechte Geschäftsordnung gibt Mittel genug zu frivolen Obstruktionsmanövern und da Herr v. Bienenrth sie nicht meistern kann, schliesst er eben die Session. All das ist dem Alltagsjournalisten geläufig und all das ist zweifellos richtig. Aber machtgierige Zeitungsschreiber, höfische Ränke, unfähige Bürokraten, Demagogen, denen jedes Verantwortlichkeitsgefühl fehlt, und Streber, die die Künste der Geschäftsordnung zu gebrauchen verstehen, hat es in Oesterreich immer gegeben. Warum gerade in diesem Jahre die überraschende Wendung?

Es ist sehr naheliegend, die Ursachen in den Ereignissen der auswärtigen Politik zu suchen. Die Ankündigung des Baues der Sandschakbahn, die britisch-russische Verständigung zu Reval, das mazedonische Reformprogramm, die türkische Revolution, die Annexion Bosniens, die serbische Kriegsgefahr, der Erfolg Oesterreichs dank der Hilfe des Deutschen Reiches — alle diese Ereignisse haben gewiss auch unsere inneren Verhältnisse beeinflusst.

Die tschechische und südslawische, aber auch viele deutschnationale Politiker stellen sich diesen Zusammenhang in folgender Weise vor: Die Balkanpolitik macht die Festigung des deutsch-österreichischen Bündnisses notwendig. Die Herrschenden müssen Deutschlands Gunst erkaufen, indem sie die Stellung der Deutschen in Oesterreich stärken. Daher die „deutsche Regierung“ Bienenrth! Der „Berliner Kurs“ ruft den Widerstand der Slawen hervor. Daher die innere Krise!

Nun ist das Ministerium Bienenrth freilich sehr billig zu dem Titel einer „deutschen Regierung“ gekommen. Ihre Sprachengesetzentwürfe (deren Bestimmungen über den Rechtszug den Deutschen noch vor sehr kurzer Zeit als ein Zugeständnis an das böhmische Staatsrecht erschienen wären) hat sie ja nicht einmal zur ersten Lesung zu bringen gewagt! Dass sie die Tschechen durch Polizeischikanen und Zeitungskonfiskationen ärgert, bringt den Deutschen keinen Nutzen. So reduziert sich das Verdienst Bienenrths an das Deutschtum eben darauf, dass er — alles beim alten lässt.

Hat man die „deutsche“ Regierung aus Rücksicht auf das verbündete Deutsche Reich einsetzen müssen? Es unterliegt gewiss keinem Zweifel, dass die Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel die Spannung zwischen Oesterreich und Russland verschärft und dadurch auch den Wert des deutschen Bündnisses für die Donaumonarchie gesteigert haben: jede Lockerung des Bündnisses würde ja die stärkste Militärmonarchie an die Seite Russlands, des Gegners Oesterreichs am Balkan, drängen! Trotz des albernen Geredes der Panslawisten ist es ja immer noch wahr, dass die Interessen des Deutschen Reiches mit denen Russlands nirgends aufeinander stossen, und dass das gemeinsame Interesse gegen die Revolution überhaupt und gegen die polnische Revolution insbesondere die Herrschenden beider Reiche vereinigt. Das Deutsche Reich wäre der Bundesgenosse des Zaren, wenn es nicht der Verbündete Oesterreichs wäre — je schärfer der russisch-österreichische Gegensatz auf der Balkanhalbinsel ist, desto grösser ist also der Wert des deutschen Bündnisses für Oesterreich.

Die Vorstellung aber, dass Oesterreich Deutschlands Hilfe durch eine Wendung in seiner inneren Politik erkaufen musste, ist unrichtig. Man vergesse nicht, in welcher Lage sich das Deutsche Reich seit dem Tage von Reval befand! England, Russland, Frankreich standen ihm geschlossen gegenüber; Italien, dessen lange Meeresküste den Angriffen der englischen und französischen Mittelmeerflotte wehrlos ausgesetzt ist, ist kein verlässlicher Bundesgenosse. Bleibt nur Oesterreich, dessen Verlässlichkeit vielen nicht über allen Zweifel erhaben schien! Als König Eduard in Reval war, riet ein Münchener Blatt, Deutschland möge jetzt eine Situation herbeiführen, in der die Habsburger auf Deutschlands Hilfe angewiesen wären; auf diese Weise müsse sich das Reich die Treue des einzigen Bundesgenossen sichern. Das hat nun Fürst Bülow freilich nicht getan — dass die türkische Revolution und die Annexion Bosniens die Produkte Berliner Ränke

sind, kann nur glauben, wer keine Ahnung hat von der schwierigen Stellung, in die Deutschlands Politik in Konstantinopel gerade durch diese Ereignisse geraten ist. Die Geschichte hat, von Deutschlands Willen unabhängig, vollbracht, was das besorgte Münchener Blatt planmässig herbeiführen wollte. Der kluge Rat zeigt aber, dass Deutschland die Festigung des Bündnisses nicht weniger notwendig gebraucht hat als Oesterreich nach der Annexion. Das Bündnis, in der ganzen europäischen Situation verankert, wäre wirklich nicht weniger fest, auch wenn Praschek und Schusterschitz Minister wären.

Und hätte selbst Oesterreich das Bündnis erkaufen müssen, so wäre der Prager Posterlass und die böhmische Sprachenvorlage wohl kaum als Kaufpreis gefordert worden. Da Deutschland das Bündnis braucht, preist Kaiser Wilhelm die „ritterliche magyarische Nation“ — mögen die Magyaren zwei Millionen Deutsche misshandeln, wie sie wollen! Das Reichsinteresse ist mit dem Interesse der Nation nicht identisch. Die Dinge liegen gerade umgekehrt, wie sie sich Herr Kramarsch vorstellt. Wäre die Donaumonarchie dem Reiche verfeindet, dann würde jede Klage der Deutschösterreicher im Reiche tausendfachen Widerhall finden; das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl würde dann dazu benützt werden, um Oesterreich Schwierigkeiten zu bereiten. Braucht aber Deutschland das Bündnis, dann würden seine Beherrscher schweigen, wenn selbst die Deutschösterreicher weit mehr Grund zur Klage hätten als heute; das Deutsche Reich macht wahrhaftig keine sentimentale Politik und die Amtssprachenfrage des Egerer Kreisgerichtes ist ihm wirklich nicht so wichtig, dass von ihrer Lösung die Festigkeit des Bündnisses abhängig wäre.

Die Vorstellung, dass unsere innere politische Entwicklung von dem verbündeten Deutschen Reiche diktiert sei, ist also unrichtig. Da sie nicht nur von der nationalen Presse vertreten wird, sondern auch von einem Teile unserer Parteipresse, zumal der tschechischen, unbesehen übernommen wurde, halten wir ihre Widerlegung für notwendig; sie verdeckt den wahren Zusammenhang unserer inneren mit der äusseren Politik, dessen Erkenntnis uns dringend not tut.

\* \* \*

Die Bureaukratie und die Armee sind die Machtmittel der Herrschenden. Sie können Gesetze geben und verwalten: ihre Beamten führen die Gesetze durch, ihre Soldaten zwingen die Untertanen zum Gehorsam. Dass das Parlament an der Gesetzgebung mitwirkt und die Verwaltung kontrolliert, ist keine Stärkung, sondern eine Beschränkung ihrer Macht, durch eine ganze Reihe äussere Niederlagen und innerer Revolutionen ihnen abgerungen. Das Versagen des Parlaments haben nicht sie, die Kontrollierten, sondern die Völker, die das Parlament als Kontrollorgan eingesetzt haben, zu fürchten. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments ist nicht ein Interesse der Krone und der Bureaukratie, sondern ein Interesse der Völker.

Dieses natürliche Verhältnis ist aber in einer zehnjährigen Obstruktionsperiode völlig verdeckt worden. Den Parteien erschien es als eine Gnade für die Regierung, wenn sie dem Parlament erlaubten, zu arbeiten; und die Regierung erbettelte von den Parteien die Arbeitsfähigkeit der Volksvertretung. Dieses System, das im Widerspruch zu den realen Machtverhältnissen steht, hat die folgerichtigste Ausbildung durch die Regierung Beck erfahren. Sie musste in mühevoller Arbeit die „mittlere Linie“, die Resultierende der vielen gegeneinander wirkenden Kräfte suchen, um nur ja keine Partei zu verletzen, keinen Anlass zur Lahmlegung des empfindlichen, parlamentarischen Apparates zu geben. Welch sonderbares Bild! Fünfzehn Armeekorps und ein wohlgegliedertes, gefügiges Heer von Beamten stehen der Regierung zur Verfügung und doch musste sie jeden Tag Herrn Wolf und Herrn Choc bitten, dass sie das Parlament, das doch zur Beschränkung der Regierungsmacht eingesetzt ist, gnädigst ein paar Tage arbeiten lassen!

Dann kam die Annexion und der Konflikt mit Serbien. Die Herrschenden appellierten seit Jahrzehnten wieder zum erstenmal an die reale Macht, an die Bajonette. Die glatt durchgeführte Mobilisierung, das Zurückweichen Europas vor den Waffen Oesterreich-Ungarns und des Deutschen Reiches steigerten ihr Selbstbewusstsein. Man hatte Russland und England gebeugt und hätte Herrn Prašek fürchten sollen? Das Bewusstsein der realen Machtverhältnisse wurde mit einemmal wieder lebendig. Es hat sich recht

deutlich gezeigt, als man, um die Verfassung unbekümmert, Hunderte Millionen ohne Bewilligung der Delegationen für militärische Zwecke ausgab und eine Staatsanleihe ohne Bewilligung des Reichsrates aufnahm. In der inneren Politik aber ward es zur Maxime: Niemandem nachlaufen! Nicht handeln und verhandeln, sondern „den Herrn zeigen“! Darum wurde Beck gestürzt und Bienenrths Unfähigkeit zu Verhandlungen als höchste staatsmännische Tugend ausgerufen!

Diese neue Politik, deren Wesen der Eigenwille der Bureaukratie, der Diplomatie und des Generalstabs ist, die in dem äusseren Konflikt ihrer Macht sich bewusst geworden sind, wandte sich zunächst freilich gegen die Tschechen. Mit ihnen waren die Herrschenden unzufrieden. Dass Prag während einer äusseren Krise die Ruhe gestört hat, dass gerade am 2. Dezember, am Tage des Kaiserjubiläums, das Standrecht proklamiert werden musste, dass die Tschechen sich, als Russland wieder zum Feinde geworden war und gegen Serbien mobilisiert wurde, an panslawistischen Spielereien und „antimilitaristischen“ Demonstrationen erfreuten, hat die Herrschenden geärgert. Ihr gesteigertes Selbstbewusstsein hat sich darum zunächst in dem Wunsche ausgedrückt, den Tschechen „den Herrn zu zeigen“! Darum: Standrecht, Vereinsauflösungen, Zeitungskonfiskationen, Anklagen wegen harmloser Demonstrationen, keine Petitionen im Parlament, Schliessung der Reichsratssession! Aber man vergesse nicht: die Tschechen (und die Slowenen) sind das augenblickliche und zufällige Objekt des bureaukratischen Eigenwillens, das erstarkte Machtbewusstsein der Herrschenden ist der dauernde und wesentliche Kern des neuen Regimes. Morgen kann es seiner Kraftbetätigung ein anderes Objekt aussuchen!

Nun darf man die Kraft des österreichischen Imperialismus freilich nicht überschätzen. Er wird bald wieder Bescheidenheit lernen! Mit einer Mehrheit von fünf Stimmen wird man ja die neuen Steuern, die der Militarismus braucht, nicht beschliessen können. Aber die Stimmung, aus der das Regime Bienenrth geboren ward, wird wiederkehren: Wir leben in einem Zeitalter imperialistischer Machtentfaltung und wir müssen damit rechnen, dass das erstarkte Selbstbewusstsein der Herrschenden, das Bewusstsein der realen Macht, über die sie verfügen, unsere innere Entwicklung im nächsten Jahrzehnt stark beeinflussen wird.

Die Periode des „Fortwurstelns“, in der der Staat stets glücklich war, wenn ihm nur bis übermorgen der ruhige Ablauf der Staatsgeschäfte gesichert werde, mag noch einmal für kurze Zeit wiederkehren. Aber auf die Dauer wird sich eine starke und selbstbewusste Staatsgewalt nicht gefallen lassen, dass sie jeden Tag irgend ein Provinzadvokat Europa zum Gespötte macht. Sie wird die Lösung unseres Parlamentsproblems — die Aenderung der Geschäftsordnung würde in ihrer Rückwirkung auf die nationalen und sozialen Probleme so viel wie eine Verfassungsänderung bedeuten! — und damit auch die Lösung der nationalen Probleme den Völkern diktieren, wenn ihre Vertreter nicht aus eigener Kraft und eigenem Willen das Gesetz ihres Zusammenlebens schaffen! Nationale Verständigung und Geschäftsordnungsreform durch das Parlament selbst oder bureaukratisches Oktroi — das ist die Alternative! Sollen die nach einer Lösung drängenden Probleme demokratisch durch das Parlament oder bureaukratisch durch die Regierung geregelt werden? — Das ist die Frage, zu deren Aufrollung unsere ganze innere Entwicklung treibt.

Damit stehen wir vor dem klassischen Problem alles Parlamentarismus. Es handelt sich nicht um den Kampf zwischen Deutschen und Slawen, nicht um die Festigung oder Schwächung des Einflusses Deutschlands auf Oesterreich, sondern um eine neue Phase der alten, von jedem Parlament Europas einmal durchgekämpften Auseinandersetzung zwischen dem Parlament und der Regierung, zwischen der Demokratie und der Bureaukratie, zwischen der Volksherrschaft und dem Absolutismus. Damit ist uns unsere Aufgabe gestellt: Wir müssen erstens die Bevölkerung verstehen lehren, dass die Völker Oesterreichs sich selbst die demokratische Nationalitätenverfassung schaffen müssen, wenn sie nicht einem bureaukratischen Staatsstreich den Weg bahnen wollen. Wir müssen zweitens unsere internationale Einheit und Geschlossenheit gegen alle Anfechtungen behüten und die internationale Solidarität des Proletariats in einem

konkreten gemeinsamen Nationalitätenprogramm anschaulich machen, damit wir als Vorbild, als Führer und Schiedsrichter der nationalen Verständigung dienen, die kommen muss, wenn ein bürokratisch-militärischer Gewaltstreich verhütet werden soll. Wir müssen schliesslich das Parlament, so sehr es sich selbst geschändet und so wenig es uns gebracht hat, gegen jeden Obstruktionsversuch verteidigen, wenn wir nicht mitschuldig werden wollen an einem Staatsstreich der Bureaucratie.

\* \* \*

Der Erfüllung dieser politischen Aufgaben stehen aber grosse Schwierigkeiten entgegen. Mit dem Grimm der enttäuschten Hoffnung wenden sich die Massen angewidert von dem Treiben des Parlaments ab. Gewiss, nicht wir sind für dieses Treiben verantwortlich: Schuldig sind jene, die sich nicht miteinander vertragen konnten, als sie sich gegen uns vereinigt hatten, und nun nicht arbeiten können, da sie einander zu bekämpfen begonnen haben. Aber das Misstrauen der Massen wird doch auch uns zur Gefahr: Wir haben sie ja in dem Kampfe um das Wahlrecht geführt; wir haben häufiger vielleicht, als notwendig war, vom „Volksparlament“, weniger häufig, als nützlich gewesen wäre, von der bürgerlichen Parlamentsmehrheit geredet und uns zuweilen gar zu sehr mit dem so bald erniedrigten und entwürdigten Hause identifiziert; wir müssen auch jetzt noch — ja, jetzt, wie wir gezeigt zu haben glauben, erst recht! — an die Verteidigung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments einen grossen Teil unserer Kraft verwenden und sind dadurch zu einer parlamentarischen Taktik gezwungen, die den Massen nicht immer leicht verständlich ist.

Diese Schwierigkeiten liegen nun freilich in den Dingen selbst; wir können sie nicht beseitigen. Sie sind um so gefährlicher, weil sie in eine Zeit fallen, in der die Gegner, durch unseren Wahlsieg und durch das Erstarken unserer wirtschaftlichen Organisationen geschreckt, die Kraft ihres Angriffes gegen uns verdoppelt und verdreifacht haben. Wir müssen alle Kraft anspannen, diese Schwierigkeiten zu überwinden. Der Ausbau unserer Organisation und unserer Presse, rege Bildungstätigkeit, vor allem aber die möglichste Ausnützung aller Agitationsmittel, die sich an die breitesten Massen wenden — wir arbeiten nicht überall genug mit grossen Volksversammlungen, überall zu wenig mit Flugblättern, überhaupt ist die ausserparlamentarische politische Aktion gegen die parlamentarische zu sehr in den Hintergrund getreten! — das sind die Mittel, die Schwierigkeiten unserer Situation zu überwinden. Den Zorn der Enttäuschung können wir den Massen nicht ausreden; es gilt, ihn gegen jene zu wenden, die ihnen die furchtbare Enttäuschung bereitet haben!

Gefährlicher aber als aller Zorn ist die Stimmung der Hoffnungslosigkeit, der Verzagtheit, die der Zusammenbruch des demokratischen Parlaments in breiten Schichten der Arbeiterschaft hervorgerufen hat. Sie zu bekämpfen, ist unsere wichtigste Aufgabe!

Wir haben Zeiten, die dieser Stimmung voll waren, schon oft erlebt! Nicht in gerader, allmählich aufsteigender Linie ringt sich die Arbeiterklasse empor. Immer wieder kommen Jahre träger Entwicklung, oft solche des Misserfolges. Aber dann kommt immer wieder der Augenblick, der mit einem Schlage die Massen aufrüttelt und mit einem gewaltigen Ruck uns vorwärts bringt. So war es vor zwei Jahrzehnten, als die erste Maifeier plötzlich Zehntausende zu neuem Leben erweckt hat. So war es im Jahre 1905, als nach langen, traurigen Jahren die Siegesnachricht aus Russland uns plötzlich die Kraft gegeben hat, in einem Anlauf die alten Privilegien niederzurennen. So wird es wieder sein! Wir haben vor kurzem, an Kautskys „Weg zur Macht“ anknüpfend, die Feuerzeichen gezeigt, die allmählich sichtbar werden. Die Verschärfung der Klassenkämpfe in ganz West- und Mitteleuropa, die kriegerischen Rüstungen der imperialistischen Grossmächte, das Erwachen der Nationen im Osten, revolutionäre Bewegungen in fernen Erdteilen — alle diese Ereignisse werden auch uns zum bestimmenden Schicksal werden. Auch hier naht die Zeit der Entscheidung: ob nun die Staatsgewalt als Zwingherr zum Frieden und zur Ordnung den Streit zu lösen versuchen wird oder ob, wenn dieses Ereignis sie bedroht, die Völker selbst zum Umbau des Staates endlich die Kraft und den Mut finden werden, in jedem Falle gehen wir grossen Entscheidungskämpfen, grossen Umwälzungen entgegen. Dann wird der Augenblick gekommen sein, in dem auch die

Arbeiterklasse mit einem gewaltigen Schlage sich wieder wird ein grosses Stück davon erobern können, was sie heute entbehrt!

Wenn wir an den kleinen Aufgaben des Tages verzweifeln, so gibt uns der Gedanke an die Periode der grossen Umwälzungen, der wir entgegengehen, wieder Kraft und Mut. Mögen die, die im Besitze sind, vor der nahenden Periode der Revolutionen zittern: wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten. Der Gedanke der Revolution reisst uns heraus aus der unwürdigen Stimmung, in die der Zusammenbruch parlamentarischer Illusionen uns gebracht hat. Und Massen, die eben noch hoffnungslos und verzagt am Kampfe verzweifelt haben, erheben sich wieder, leuchtenden Auges, stolz und hoffnungsfroh, wenn das alte Wort wieder erschallt: Noch sind nicht alle Märzen vorbei!

## Karl Cermak: **Organisierter Klassenkampf**

Unter den „im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern“ steht dank der industriellen Entwicklung Böhmen an erster Stelle. Wohl bildet Wien, die Reichshauptstadt, die Metropole der Industrie, des Handels und Verkehrs; auch andere grössere Städte Oesterreichs sind der Mittelpunkt eines regen industriellen Lebens. In einem Teile Böhmens aber grenzt ein Industriegebiet an das andere, denn aus natürlichen Gründen konnte sich dort der Kapitalismus entfalten. Der breite Gürtel um das innere, agrarische Böhmen, jener Landesteil, der vorwiegend von Deutschen bewohnt wird, ist eine reiche Fundgrube für die kapitalistische Ausbeutung. Die Urprodukte für grosse Industriezweige birgt die Erde Deutschböhmens. Darum ist dort der Hauptsitz des österreichischen Bergbaues, der Glas-, Porzellan- und Textilindustrie; auch alle anderen Branchen sind stark vertreten. Wenn der Vergleich erlaubt ist, könnte man Deutschböhmen als „klassischen“ Landesteil des österreichischen Kapitalismus bezeichnen.

Aber nicht nur in Bezug auf die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise kann Deutschböhmen an erster Stelle genannt werden, hier ist auch der Boden, auf dem der Klassenkampf zwischen den Besitzenden und Besitzlosen in erbitterter Weise geführt wird. In den letzten Monaten greifen die Gegner des organisierten Proletariats zu neuen Kampfmitteln und Waffen, um der in Deutschböhmen kräftigen und wohlorganisierten Arbeiterbewegung Schaden zuzufügen. Es werden wohl auch wieder die alten Formen der Drangsalierung der Arbeiterschaft, willkürliche Entlassungen, planmässige Massregelungen, Wohnungskündigungen aus politischen Gründen etc. angewandt. Doch die Bekämpfung der Sozialdemokraten mit diesen Mitteln des blinden Hasses und der tollen Leidenschaften ist mehr als eine Begleiterscheinung aufzufassen; die entscheidenden Vorgänge liegen tiefer. In Deutschböhmen befinden wir uns derzeit sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Kampfe deutlich sichtbar in einer stetig zunehmenden Verschärfung der Gegensätze. In den Jahren des Wahlrechtskampfes war das Bürgertum bis zur vollständigen Ohnmacht geschwächt, es stand gleichgültig, apathisch dem Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung gegenüber. Der Wahlkampf brachte unserer Partei die Früchte des grandiosen Wahlrechtskampfes, die bürgerlichen Parteien holten sich schwere Niederlagen. Das Bürgertum hat aus seinem politischen Misserfolg im Jahre 1907 gelernt. Vor allem haben die agileren und mutigen Männer unter unseren Gegnern erkannt, dass sie, wenn sie weiter in träger Gleichgültigkeit verharren, ihre ganze Hoffnung auf kurz befristete Wahlkämpfe stellen, aus ihrer prekären Situation nicht herauskommen. So finden wir denn heute in den meisten Städten Deutschböhmens und auch in vielen Industrie-, ja sogar in kleineren Landorten einige lebendige Feinde der Arbeiterschaft, die mit Fleiss und fanatischem Eifer — freilich mit wenig Geschick und noch weniger Erfolg — das Bürgertum und die indifferenten Kreise der Besitzlosen gegen die sozialdemokratische Partei zu mobilisieren versuchen. Dass unsere Organisationen unsere Stärke sind, das beginnt den Gegnern klar zu werden, auch sie bemühen sich, Vereine zu gründen und ihre bestehenden Organisationen auszubauen.

Vom „Bund der Deutschen in Böhmen“ wurden in den letzten Monaten zahlreiche Ortsgruppen gegründet, die Frauen und Mädchen werden zu Versammlungen und sonstigen Veranstaltungen mit politischem Beigeschmack geladen, die Jugend versucht man in den nationalen Jungmannschaften zu vereinigen. Neben den nationalen Parteien agitieren und wirken fleissig die Christlichsozialen, mit Hetzkaplänen an der Spitze; in den ländlichen Gebieten entfaltet die Agrarpartei eine rührige Tätigkeit. Im wirtschaftlichen Kampfe machen die Unternehmer rücksichtslos von der momentan für sie so ausserordentlich günstigen Position, die ihnen die wirtschaftliche Depression gibt, Gebrauch. Massregelungen, Provokationen aller Art sind an der Tagesordnung; Feierschichten, Lohnreduktionen erschweren die Stellung der Arbeiterschaft, die mangelhafte Arbeitsgelegenheit hindert die Abwehr der Unternehmerrfrechheiten durch die Arbeiterschaft. In den Unternehmerverbänden, die sich ebenfalls kräftig regen, gewinnen wiederholt die scharfmacherischen Tendenzen die Oberhand. Die Versuche, gelbe Streikbrecherorganisationen zu gründen, werden von Unternehmern, Lehrern, Geschäftsleuten und Beamten wohlwollend, mitunter auch sehr tatkräftig unterstützt. Zu alledem kommt, dass das Bürgertum seine Privilegien in den Gemeinden zu masslosem Missbrauch der Gemeindegewalt gegen die Arbeiter benützt.

In zwei Richtungen müssen die Feinde der Arbeiterbewegung wirken, wenn sie Erfolge erringen wollen. Sie werden sich bestreben, ihren Einfluss auf den Staat, die Zwangsorganisationen aller Bewohner zu erhalten und zu mehren und sich darum politisch betätigen, Organisationen schaffen, ausbauen und erhalten. Sie werden aber auch den Bestrebungen der Gewerkschaften noch mehr entgegenwirken durch die Tätigkeit in den Unternehmerverbänden, Gründung von „Gewerkschaften“, die unter dem Kommando der Kapitalisten stehen. Sehen wir nun zu, warum die bürgerlichen Parteien ebenfalls zum Mittel der Organisation greifen. Um zunächst die Bedeutung der freien Verbände (politische Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Unternehmerverbände) richtig zu würdigen, muss der einzigen Zwangsorganisation des Staates gedacht werden. Es war wohl eine der wichtigsten Aufgaben des aufgeklärten Absolutismus, dass er sich das Hoheitsrecht der Bildung von Zwangsverbänden sicherte. Der Kampf gegen die starken ständischen Vereinigungen (Zünfte, Gilden), der mit dem vollständigen Siege der im Werden begriffenen Staatsmacht seinen Abschluss fand, begründete die modernen Staatsgebilde, in deren Rahmen sich das kapitalistische Wirtschaftssystem entfalten konnte und in denen es sich auch wird ausleben müssen. Die staatliche Bürokratie mit ihren Organen, den Beamten, schuf dem Staate das Gerippe für seinen Ausbau und seine Fortentwicklung, die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht gab der Zwangsorganisation des Staates das wichtigste Herrschaftsinstrument: die Militärmacht, die Steuer- und Justizhoheit vervollständigen den Apparat in den Händen der Machthaber, als deren Objekte die Staatsbürger erscheinen. Als es galt, das machiavellistische Prinzip: „Teile und herrsche!“ in die Tat umzusetzen, wussten die geistigen Führer und Leiter im Dienste des Absolutismus sehr wohl, dass sie die starken Bollwerke der Stände, ihre Organisationen zertreten mussten, um jene Macht, die eben vereinigte Menschen darstellen, zu Boden zu werfen und an ihre Stelle die Staatsgewalt zu setzen, die, wenn sie dem neuorganisierten Menschenhaufen, den Untertanen der staatlichen Herrschaftsorganisation gegenübersteht, allmächtig, alles beherrschend, ist. Der aufstrebende, junge Kapitalismus fand in der Staatsautorität seinen eifrigsten Förderer, seinen Schutzherrn, mit seiner Unterstützung war die menschenmörderische Ausbeutung, deren Opfer an Menschenleben und allgemeinen Kulturgütern den Weg der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bezeichnen, möglich gemacht worden. Als das liberale Bürgertum, der „dritte Stand“, im Schatten des Absolutismus auch zur politischen Macht wurde, durch die bürgerliche Revolution von 1848 und durch den vollständigen Bankrott der feudalklerikalen Regierungen auf den Schlachtfeldern von Solferino und Königgrätz in der Form der konstitutionellen Verfassung zur Mitherrschaft berufen erschien, waren auch schon die ersten Keime gelegt für das Emporblühen einer neuen Zeit, in der wieder die freien Organisationen der Staatsbürger zu Bedeutung gelangen sollten. Freilich sollte es kein Wiedererwachen jener ständischen Zwangsverbände, die den einheitlichen, zentralistischen Staatsorganismus zu zertrümmern im-

stande wären, geben. Als einziger wirtschaftlicher und politischer Zwangsverband hat sich der Staat behauptet und nur die Schaffung von freien Verbänden, die die Beziehungen der Menschen auf solchen Gebieten regeln sollen, in die es der Staat ablehnte, regulierend einzugreifen (zum Beispiel Warenproduktion und Warenkonsum),<sup>1</sup> war ermöglicht. Freilich auch freie Verbände, welche berufen sind, auf den Staat Einfluss zu nehmen (politische Parteien), konnten sich bilden. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angepassten Staatsform, dass sie die Warenproduktion und den Konsum ungeregt lässt, diese „Freiheit“ ist ja die Grundlage der kapitalistischen Ausbeutung von Millionen Menschen als Produzenten, der Lohnarbeiter und Bauern und bietet die Möglichkeit, eine ebensolche erdrückende Mehrheit der Bevölkerung als Verbraucher auszuplündern. In einer auf dem liberalen Grundsatz: *laissez faire, laissez passé* aufgebauten Gesellschaftsordnung können die wichtigsten gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen, die wirtschaftlichen, keine Regelung finden, denn, weil bezüglich der ökonomischen Verhältnisse Freiheit herrscht, kann der Kapitalist herrschen, während für die Besitzlosen aus diesem Freiheitsgenuss der Zwang resultiert, seine Arbeitskraft an den Kapitalisten verkaufen zu müssen, wenn sie nicht — verhungern wollen.

Aber die Herrschaftsepoche des Liberalismus hat es nicht nur dem Kapitalismus im modernen bürgerlichen Staate bequem eingerichtet, durch die Schaffung des Vereins- und Versammlungsgesetzes war, wenn auch nur in lächerlich geringem Ausmass und in bizarrer Form, der Rechtsboden gelegt, auf dem, freilich über unzählige Polizeiknüppel hinweg, zuerst die Arbeiterschaft Versuche unternahm, freie Verbände zu gründen, um mit deren Hilfe wirtschaftliche und politische Fortschritte zu erzielen. Die Klasse der industriellen Lohnarbeiterschaft hat, durch die drückende wirtschaftliche Notlage, zufolge ihrer vollständigen politischen Rechtlosigkeit, angeregt durch das Beispiel der Klassengenossen im Ausland, zuerst den Weg zur Organisation gefunden. Erst verlacht und verspottet, entwickelte sich durch den Einsatz unzähliger Opfer, die Tausende Ungenannter im Dienste einer grossen Idee brachten, die achtunggebietende Gewerkschafts- und Parteiorganisation. Dass die Proletarier gemeinsame wirtschaftliche und politische Interessen haben, die sie als Individuen nicht geltend zu machen vermögen, für die sie aber zu wirken imstande wären, wenn sich eine Vielheit von Einzelpersonen in einem gemeinsamen, einigen Willen findet und diesen in ihren freien Verbänden, den Organisationen, ausdrückt und betätigt, diese Erkenntnis hatte in den Köpfen der denkenden Arbeiterschaft bald Raum gefunden.

Der Kampf um die Verbesserung der Existenzbedingungen des Proletariats muss in zwei Richtungen geführt werden. In den Gewerkschaftsorganisationen stehen die Arbeiter als Produzenten dem Unternehmer direkt gegenüber, von ihm und seinen Klassengenossen müssen Erfolge abgerungen werden. Der Staat kommt dabei nur so weit in Betracht, als er mit seinen Behörden und Gerichten, die Arbeiter schikanierend, den Unternehmern indirekt Hilfe leistet. Aber das Proletariat steht mit dem Kapitalismus nicht nur als Lohnarbeiterklasse in Verbindung, jeder einzelne Arbeiter ist auch Bürger des Staates, Mitglied in dieser Zwangsorganisation und muss daher durch den freien politischen Parteiverband auch seine Wünsche und Forderungen an die im Staate organisierte Gesamtheit aller Bewohner durchzusetzen bemüht sein.

Mit unseren Organisationen wussten anfänglich weder die Regierungen noch die besitzenden Klassen etwas anzufangen. Es versteht sich, dass sie zuerst durch die Anwendung brutaler Gewalt Erfolge hofften. Als sie aber bald einsehen mussten, dass sich die Bürokraten und hitzigen Fabrikanten an dem Granitfelsen der Solidarität nur ihre hohlen Schädel einschlugen, strengten sie ihre dürftigen Geisteskräfte an, um die Arbeiterbewegung als eine Erfindung von Wirrköpfen hinzustellen, die einen „Klassenkampf“ predigen, den es nicht gebe und auch nicht geben kann. Doch auch diese kindischen Mittel halfen nicht, immer stärker reckte sich der gefesselte Riese Proletariat. Als in zahllosen Einzelkämpfen bei grossen Streiks die Unternehmer die inzwischen gewordene Macht der Organisationen zu fühlen bekamen, begannen sie ihre kindischen Ansichten über die Organisationen der Arbeiter zu revidieren, anerkannten deren Bedeutung und schufen sich ebenfalls — Organisationen. Wenn nachstehend zu dem Vergleich mit den gewerkschaftlichen Verbänden der Arbeiter nun die Unternehmer-



verbände herangezogen werden, so müssen gleichzeitig wenigstens genannt werden jene mächtigen Tendenzen der Kapitalkonzentration, die Schaffung der modernen Grossbetriebe, die Bildung von Kartellen, Trusts und Syndikaten, die auch starke Organisationen des Kapitals im Kampfe gegen die Arbeiterklasse sind. Die Vertreter der modernen Unternehmerverbände predigen nicht mehr im Tone der Philanthropen und der Harmonieduselei, wie dies früher von Bürgerlichen unternommen wurde, sie propagieren vielmehr den schärfsten und entschiedensten Kampf der Ausbeuterklasse gegen die Organisationen der Arbeiterschaft. Während also noch vor einem Jahrzehnt die Gewerkschaften in Oesterreich einer hilflosen, unorganisierten Unternehmerklasse gegenüberstanden, müssen sie heute mit ausserordentlichen Schwierigkeiten gegen die Unternehmerverbände, die auch im Angriff nicht lässig sind, für die Arbeiterinteressen streiten. Die Organisation der Arbeiter hat die Organisation der Unternehmer zur Folge. Die Gründungen „gelber“, „völkischer“ oder „christlicher“ Gewerkschaften, die durch manche engstirnige Industrielle und durch politische Marodeure betrieben werden, tragen ebenfalls dazu bei, die Kenntnis im Proletariat für die Bedingungen des Kampfes ums Dasein wirksam zu verbreiten. Dass jenes von den Unternehmern ausgehaltene, von deren Knechten gegängelte Gesindel dazu „organisiert“ wird, um den Existenzkampf des Proletariats zu erschweren, leuchtet jedermann sehr rasch ein und es wird nicht vieler Mühe bedürfen, um der Arbeiterschaft klarzumachen, dass diese Gründungen eben auch nur eine Form sind, in der das Unternehmertum den Klassenkampf führt. Und dabei befinden wir uns erst am Beginn dieser Periode des verschärften Klassenkampfes in verschiedenen Formen auf wirtschaftlichem Boden. Für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft kann das freilich nur ein triftiger Grund mehr sein, mit erhöhter Tatkraft für den inneren Ausbau der Gewerkschaften und die Vergrösserung der Zahl ihrer Mitglieder zu wirken, wodurch allein wirksam der Macht der Unternehmerorganisationen begegnet werden kann.

Noch drastischer sichtbar, fast sprunghaft, hat sich die Organisierung des Klassenkampfes auf politischem Gebiet vollzogen. Durch den Sieg des allgemeinen, gleichen Stimmrechtes ist in Oesterreich mit einemmal die durch die Kurienvvertretung verborgene Grösse und Schlagfertigkeit des politisch organisierten Proletariats in dem herrlichen Wahlausfall im Jahre 1907 in Erscheinung getreten. Beim allgemeinen, gleichen Wahlrecht entscheidet das demokratische Prinzip der Mehrheit der Wähler. Diese Mehrheit sind die arbeitenden, erwerbstätigen Volkskreise. Jede Partei, die nun im Staate Einfluss und Macht erlangen will, muss sich an die breiten Massen des Volkes wenden, um aus ihnen jene Anhänger zu bekommen, die als Wähler dann die Grösse der Partei darstellen. Darum ist es eine Konsequenz aus der Demokratisierung der Volksvertretung, dass nun alle bürgerlichen Parteien an der Organisierung der Volksmassen arbeiten. Dies ist nicht weiter verwunderlich, haben sie doch sehr viel nachzuholen!

Der kapitalistische Staat mit seinem mächtigen Helfer, dem Militarismus, kann in gewissem Sinne als ein Muster von Organisation gelten. Freilich muss allen, auch den vollkommensten freien Organisationen das stärkste Bindemittel fehlen, über das eben der Staat verfügt, der Zwang. Die Arbeiterorganisationen haben an dessen Stelle das Band der einigenden Solidarität. In unseren Organisationen ist in einigen Teilen jener gesunde Sinn, der in der Militärorganisation vorhanden ist, in idealerer Form wiederzufinden: durch kontinuierliche Uebung erzielte, stete Bereitschaft, gute, selbstgesetzte Disziplin, Unterordnung des Einzelwillens unter jenen der Gesamtheit. Was des Kapitalismus Grundlage ist, das zwangsweise organisierte politische System des modernen Staates, hat in der freien demokratischen Organisation des Proletariats einen ebenbürtigen und in ihrer Vervollkommnung überlegenen Feind erhalten. Das ist das Geheimnis unserer bisherigen Erfolge und die Bürgschaft für den endgültigen Sieg des Proletariats.

So wie wir aber vom Staate gelernt haben, so müssen jetzt, freilich sehr spät, alle bürgerlichen Parteien von uns lernen. Wohl kann und wird keine bürgerliche Partei unsere organisatorischen Grundlagen nachbilden, aber in geänderter Form müssen die bürgerlichen Parteien doch versuchen, denselben materiellen Inhalt — Massen der Bevölkerung — anzuwerben und festzuhalten. Dabei haben die besitzenden Klassen noch

einen anderen Grund, sich nach dem Muster des Proletariats zu organisieren. Im Kampfe gegen des Proletariat können sie sich heute nicht mehr so wie vor etwa zwei Jahrzehnten skrupellos und immer der staatlichen Machtmittel bedienen. Der wachsende politische Einfluss der Sozialdemokratie zwingt den Staat und seine Organe in vielen Fällen fast zur Neutralität. Was also den Kapitalisten nun nicht mehr durch die staatlichen Organe möglich ist, müssen sie durch die Beeinflussung des Staates hinter den politischen Parteien zu erwirken suchen.

Während nun für unsere Parteientwicklung massgebend war und auch immer sein wird, die arbeitende Bevölkerung über ihre Klassenlage aufzuklären, sie über die Bedingungen des notwendig zu führenden Klassenkampfes zu informieren, beruht der agitatorische Erfolg der bürgerlichen Parteien darauf, dass es ihnen gelingt, die Kenntnis der wirtschaftlichen Lage nicht aufkommen zu lassen, die besitzlosen Massen statt zum Kampfe für ihre Interessen zu führen, sie für die politischen Zwecke der besitzenden Klassen zu missbrauchen. Das kann gelingen, wenn in den Mittelpunkt der politischen Agitation nicht die wichtigsten Fragen, die Forderungen an den Staat zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Besitzlosen, sondern vorgebliche religiöse oder nationale Gesamtinteressen der religiös oder national einheitlichen Bevölkerung gestellt werden. So beruht die Stärke der christlichsozialen Partei auf der zur richtigen Erkenntnis ihrer Klassenlage noch nicht vorgedrungenen Mittelschichten und auf derselben Unkenntnis, vermehrt durch allgemeine politische Indolenz, in der die alpenländische Bauernschaft lebt. In den Sudetenländern dagegen vollzieht sich bereits eine deutliche Wandlung. Die Bauernschaft befindet sich zu einem ganz beträchtlichen Teile im Schlepptau der von den Grossgrundbesitzern geführten Agrarparteien. Diese sind zwar auch „national“, aber sie haben ein festgefügtes wirtschaftliches Programm, das den eigentlichen Inhalt ihrer Tätigkeit bildet. Die nationalen Parteien, die ein Brei, aus allen Klassen zusammengesetzt, sind und sein wollen, verlieren an Bedeutung, die reine Klassenvertretung bricht sich auch in den politischen Parteibildungen Bahn. Diese Erscheinung kann man besonders in jenen ruhigen Zeiten, in denen im politischen Leben nicht der nationale Chauvinismus tobt, genau beobachten. Je mehr es gelingt, den nationalen Streit in Schach zu halten, oder wenn es möglich wird, eine friedliche Auseinandersetzung der Nationen herbeizuführen, dann wird auch in der politischen Parteientwicklung der Klassenkampf deutlicher zum Ausdruck kommen und das kann für die sozialdemokratische Partei nur von Nutzen sein. Die Agitation gegen Parteien, welche unumwunden bekennen, dass es sich ihnen um die Verfechtung wirtschaftlicher Ziele handelt, ist leichter als gegen jene, die jeden Lichtstrahl über die ökonomischen Beziehungen und sozialen Zusammenhänge durch ödes Phrasengebimmel zu unterdrücken bestrebt sind. Es ist zweifellos komplizierter, aus einem verrückten Kleinbürger, der auf der Welt nichts anderes sieht als den „tschechischen Erbfeind“, einen Sozialdemokraten zu machen, als dem Kleinbauern, Häusler oder landwirtschaftlichen Arbeiter auseinanderzusetzen, dass er doch ganz andere ökonomische Interessen hat als die Kolowrat, Schwarzenberg, Liechtenstein etc., die die Politik der Agrarparteien bestimmen und die „kleinen Leute vom Land“ als Heerhaufen im Kampfe für ihren Geldsack brauchen.

Wenn ferner die wenigen Vertreter der Industriellen im Parlament nicht so feige und schwachmütig wären, so müsste der Prozess zur Läuterung des politischen Lebens in Oesterreich schon viel weiter vorgeschritten sein. Gegen die Anmassungen der Agrarier aufzutreten, die Interessen der Industrie zu fördern, wagen sie nicht, vielmehr verwenden sie ihre ganze Geisteskraft auf die Erfindung von Scharfmacherplänen gegen die Arbeiterschaft, wobei sie freilich die eifrigste Unterstützung der Agrarier finden. Uebrigens kann vielleicht die bescheidene Aktion, die die Industriellen, Kaufleute und Gewerbetreibenden gegen die Frechheiten des Hohenblum und seiner Nachläufer unternommen haben, auch als Symptom dafür aufgefasst werden, dass es auch in diesen Kreisen zu dämmern beginnt, so dass sich in Zukunft schärfer als bisher das wirtschaftliche Moment in den Parteien ausprägt.

Wozu ich alle diese Selbstverständlichkeiten aufzähle? Weil von vielen Parteigenossen und auch von Vertrauensmännern die Tatsache, dass wir nun in eine Zeit gelangt sind, die die bürgerlichen Parteien in ihrem Erhaltungstrieb

zwingt, mit uns den schärfsten Kampf um jeden einzelnen Mann aufzunehmen, nicht in ihrer richtigen Bedeutung gewürdigt wird. So wie vor Jahrzehnten die Kapitalisten meinten, in ihrer Staatsform ein Monopol auf Organisation zu haben, und dabei jetzt einsehen müssen, dass ihnen dieser Besitz durch unsere proletarischen Organisationen geschmälert wurde, so gibt es auch noch Parteigenossen, welche — freilich unausgesprochen, gleichsam nur im Unterbewusstsein schlummernd — meinen, das Proletariat habe ein Privilegium auf Organisationsbildungen. Weil die organisatorischen Versuche der besitzenden Klassen nicht überall richtig beurteilt werden, soll ausgesprochen sein, dass wir uns erst am Beginn jenes schwieriger werdenden politischen Kampfes befinden, wo wir uns organisierten bürgerlichen Parteien, die mit ökonomischen Machtmitteln verschiedenster Art ausgestattet sind, entgegenstellen müssen. Eine neue Sturm- und Drangperiode wird durchgemacht werden müssen, damit der organisierte Angriff der Besitzenden im Kleide der bürgerlichen Parteien zurückgeworfen werde und das Proletariat zu neuen Siegen fortschreite. Doch das ist nur möglich, wenn die Parteigenossen allerorts diese neuen Erscheinungen nicht nur richtig werten, sondern die einzig mögliche, aber auch zugleich beste und treffliche Antwort geben: Neben den Arbeiten, die notwendig sind, um unsere Organisationen im Gange zu erhalten, mindestens denselben Fleiss, dieselbe Tatkraft und Entschlossenheit anzuwenden wie unsere Gegner, um Indifferente aufzuklären und in unsere Reihen zu bekommen.

---

## Hans Resel: Zur Parteiorganisation

Obwohl die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs ihre Parteiorganisationsbestimmungen erst auf dem letzten Parteitag im Herbst 1907 einer allgemeinen Aenderung unterzogen hat, dennoch die Ansicht vorherrscht, dass sie noch weiter änderungsbedürftig sind. Diese Ansicht kommt nicht bloss in einigen im „Kampf“ erschienenen Artikeln zum Ausdruck, sondern auch durch einen jüngsten Beschluss der Parteivertretung, auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitages abermals den Punkt „Parteiorganisation“ zu stellen. Merkwürdig ist das Hervortreten dieser Ansicht deswegen, weil die eigentlichen Ursachen, die zu ihr geführt haben, öffentlich wenig hervorgetreten sind. Ist es die Grundlage der Organisation oder ihr konstruktiver Aufbau, was sich als mangelhaft erwiesen hat? Oder beides?

Aus den bisher im „Kampf“ erschienenen Artikeln, die bis auf den letzterschienenen des Genossen Seliger sich in der Hauptsache mit der Landesorganisation beschäftigen, ist nicht ersichtlich, dass es der konstruktive Aufbau der Organisation ist, der an erheblichen Mängeln leidet. In keinem der Aufsätze ist gegen ihn ein wesentlicher Einwand enthalten. Die Reichsorganisation ist mit keinem Worte bekrittelt, die Bezirks- und Lokalorganisationen werden als eine selbstverständliche Notwendigkeit betrachtet. Weniger deutlich ist allerdings ersichtlich, wie die Genossen über die in den Organisationsbestimmungen ebenfalls vorgesehenen Kreisorganisationen denken. Die Organisationsbestimmungen besagen hierüber (§ 7):

„§ 7. Alle Bezirksorganisationen eines Kronlandes unterstehen der Landesorganisation, der die Führung der Parteigeschäfte nach dem eigenen Organisationsstatut obliegt. Wo die Notwendigkeit vorliegt, können innerhalb der Landesorganisation einzelne Bezirksorganisationen zu Kreisorganisationen vereinigt werden. Ihre Abgrenzung bestimmt die Landeskongress.“

Was die Landesorganisationen anbelangt, wird wohl in zwei Aufsätzen, dem ersten des Genossen Seliger (Heft 5, II. Jahrgang): „Die Parteiorganisation in Deutschböhmen“ und dem des Genossen Eldersch (Heft 7, II. Jahrgang): „Die deutschmährische Parteiorganisation“, auf die Schwierigkeiten verwiesen, welche der Durchführung der Landesorganisation in Böhmen und Mähren entgegenstehen, aber aus beiden Aufsätzen geht dennoch hervor, dass sie ihnen notwendig oder wünschenswert dünkt. Da in den meisten

anderen Ländern die Landesorganisation besteht und Klagen über sie nicht vorliegen, so darf wohl angenommen werden, dass der einmalige Streit, ob es Landesorganisationen überhaupt geben soll und ob sie praktisch sind, abgetan erscheint und vielleicht erst dann wieder aktuell werden dürfte, bis sich den Herrschenden endlich die Erkenntnis aufdrängt, dass nur die nationale, nicht die landesfürstliche Zusammengehörigkeit lebensfähige und lebenskräftige politische Verwaltungsorganismen geben kann. Solange aber das nicht der Fall ist, werden wohl auch wir bei der Gliederung der Organisation in Landesorganisationen bleiben müssen. Das um so mehr, wenn uns die Landtagswahlreform immer mehr eine Vertretung in den Landtagen bringt. Zu dieser Ansicht bekenne ich mich nicht etwa als „Landesautonomist“, sondern als Praktiker. Ruft doch auch Genosse Seliger in dem Artikel „Die Parteiorganisation in Deutschböhmen“ aus: „Welche Rolle spielt diese stärkste Partei Deutschböhmens im politischen Leben des Landes?“! Solange unsere Widersacher sich nicht bloss im Reichsrat als Parteien gruppieren, sondern auch nach Ländern, solange den Ländern die heutigen Verwaltungsaufgaben zugewiesen sind, werden auch wir gezwungen sein, Landesorganisationen zu haben. Bedauerlich ist nur, dass diese mitunter mehr, als es die Umstände bedingen, durch die autonomen nationalen Organisationen durchbrochen sind.

Ueber die Kreisorganisationen ein präzises Urteil abzugeben, ist mir nicht gut möglich. In Steiermark waren sie nie durchgeführt, da sich bis in die jüngste Zeit eine absolute Notwendigkeit hierfür nicht ergab. Wohl aber sind bereits Ansätze hierzu vorhanden. Mit dem Anwachsen der Partei und den dadurch anwachsenden Arbeiten ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit der Anstellung von Distriktsvertrauensleuten oder Sekretären. Denn die Bezirksorganisationen haben einzeln meist weder das Bedürfnis noch die Mittel, sich angestellte Sekretäre zu bestellen. In der Anstellung von Distriktssekretären, dünkt mir, liegt aber der Keim zur Bildung von Distrikts- oder Kreisorganisationen. In anderen Ländern, zum Beispiel in Böhmen, dürfte aber auch aus anderen Gründen die Bildung von Kreisorganisationen notwendig sein. Das geht aus dem bereits erwähnten Artikel des Genossen Seliger ziemlich deutlich hervor. Die Kreisorganisationen hätten aber meines Erachtens nichts anderes zu sein als ein Mittelglied zwischen den Bezirks- und Landesorganisationen. Was ihre Abgrenzung betrifft, so glaube ich, gilt hierbei wohl das, was im allgemeinen für die Grenzen von Unterorganisationen gilt, die nicht absolut an bereits festgesteckte Grenzen gebunden sind. Allerdings spukt in den Köpfen mancher Genossen noch immer die Meinung, die Parteiorganisation habe die Grenzen der Wahlbezirke absolut zu berücksichtigen. Aber schon die Teilung der Wahlbezirke in städtische und ländliche, die in allen Ländern, mit Ausnahme von Kärnten und Krain, vorhanden ist, macht das unmöglich; ebenso die vielfach ganz absurde Einteilung derselben. Die Gebiete der städtischen Wahlbezirke decken sich nirgends mit denen der Landwahlbezirke. Die Landwahlbezirke aber, die zwar meist ein zusammenhängendes Gebiet umfassen, sind oft in geographischer und verkehrlicher Hinsicht derart eingeteilt, dass sie praktisch als Organisationsgebiete nicht brauchbar sind. Es war seinerzeit verfehlt, die Wahlkreise der fünften Kurie als Grundlage der Organisationseinteilung innerhalb der Länder zu nehmen, es ist aber ganz unmöglich, praktisch taugliche Organisationsgebiete auf Grund der jetzigen Wahlbezirkseinteilung zu schaffen. Es mag ja einzelne Wahlbezirke geben, deren Einteilung es ermöglicht, ihr die Organisationseinteilung anzupassen, aber im allgemeinen ist das wohl ausgeschlossen. Die Wahlbezirkseinteilung ist oft allem eher als den praktischen Bedürfnissen entsprungen. Sie hat vielmehr zumeist die politischen Bedürfnisse einzelner gegnerischer Parteien, ja sogar einzelner Personen zur Grundlage. Es dürfte wohl auch den Wahlbezirkseinsteuerten nicht unbekannt sein, dass bei der Wahlbezirkseinteilung aus manchen Wahlbezirken in geographisch und verkehrspolitischer Hinsicht ganz widersinnig Gebiete ausgeschaltet wurden, in denen sich eine zahlreichere Arbeiterschaft befindet. Unsere Parteiorganisation muss den laufenden praktischen Bedürfnissen entsprechen, sie kann nicht ausschliesslich oder auch nur vorwiegend auf die Reichsratswahlen Rücksicht nehmen, so wichtig diese auch für uns sein mögen. Sie muss den elementarsten Aufgaben der Partei, der Agitation und Organisation, entsprechen.

Wenn es nun aber nicht gut der konstruktive Aufbau der Parteiorganisation sein

kann, der zur Ansicht drängt, dass unsere Parteiorganisationsbestimmungen änderungsbedürftig sind, so muss es ihre Grundlage sein. Und sie ist es auch. Das hat Genosse Dr. Adler auf dem letzten Parteitag, wenn auch nicht direkt, so doch indirekt ausgesprochen. Er sagte: „Wir haben Parteigenossen, aber wir haben keine Parteimitglieder.“ Genosse Winarsky verweist in seinem Artikel (Heft 6, II. Jahrgang): „Niederösterreichische Organisationsprobleme“ darauf, dass ein bedeutendes Missverhältnis zwischen der Zahl der gewerkschaftlich und der politisch organisierten Genossen besteht. Genosse Seliger bezeichnet in seinem Artikel (Heft 10, II. Jahrgang): „Unsere Parteiorganisation“ als Problem: „Eine Organisation zu schaffen, die geeignet ist, den letzten organisationsfähigen Arbeiter zu erfassen und unseren Reihen einzugliedern.“ Da liegt nun auch der Hund begraben! Bei den letzten Reichsratswahlen erhielt die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs 511.590 Stimmen. In der Zeit vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 hat die deutsche Reichsparteivertretung K 37.599'28 an Parteisteuer eingenommen. Da nach den Parteiorganisationsbestimmungen jeder Parteiangehörige jährlich 24 h (2 h monatlich) Reichsparteisteuer zu entrichten hat, so ergibt diese Summe, dass nur 156.663 Parteiangehörige die Parteisteuer geleistet haben. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten in Oesterreich ist zirka 500.000. Obwohl hier die Zahl jener, die an eine andere nationale Organisation ihre Parteibeiträge leisten, in Wegfall kommt, zeigt sich dennoch kein viel geringeres Missverhältnis zwischen der Zahl der gewerkschaftlich Organisierten und der Zahl der Parteisteuer Leistenden. Es muss darnach angenommen werden, dass unsere Parteiorganisation nicht viel mehr als ein Drittel der Parteigänger umfasst; denn der Ausdruck der Parteizugehörigkeit ist wohl nur die Leistung der Parteibeiträge, wenn das in den Parteiorganisationsbestimmungen auch nicht ganz präzise gesagt ist. Es heisst in denselben (§ 1): „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekannt und die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt.“ (§ 8): „Jeder einer Organisation angehörige Genosse (?) ist verpflichtet, monatlich 2 h direkt an die Reichsparteivertretung als Reichsparteibeitrag abzuliefern.“ Da nun jeder Parteiangehörige (§ 2) verpflichtet ist, seiner Berufsorganisation anzugehören, und umgekehrt die Berufsorganisierten der politischen Parteiorganisation, so ergibt sich eben das erwähnte Resultat. Man kann allerdings auch meinen, es handle sich zum ziemlichen Teil nur um eine blosser Beitragshinterziehung durch die Unterorganisationen oder um das Schuldigbleiben der Parteibeiträge. Letzteres beruhe vielleicht hauptsächlich bloss auf Schlamperei. Das ist aber, wie uns jeder Kundige sagen wird, nur zum geringen Teile der Fall. Unumstössliche Tatsache ist, dass mehr als die Hälfte unserer Parteigänger nicht Zugehörige der Partei im Sinne der Organisationsbestimmungen sind. Die heutige Parteiorganisation, deren Grundlage die Lokalorganisationen sind, vermag selbst die Hälfte jener nicht zu erfassen, die dem Geiste nach Parteiangehörige sind. Ich lasse nämlich jene, die bloss ab und zu aus besonderen Gründen für unsere Partei stimmen, ausser Betracht und rechne der Hauptsache nach nur mit den direkt Klassenzugehörigen.

Darin werden wohl alle übereinstimmen, dass es einer der grössten Mängel der Partei ist, wenn ihre Organisation nicht einmal alle jene zu erfassen vermag, die ausgesprochen zu ihr gehören. Es ist das erstens ein grosser Entgang an materiellen Mitteln, zweitens an Kräften. Den die Parteiorganisation nicht erfasst, der zahlt nicht bloss nichts, sondern es geht auch seine Kraft für die Partei fast ganz verloren, wenn nicht oft auch er selbst. Die Stärke der Partei liegt ja weniger in der Kraft des einzelnen, sondern hauptsächlich in der Zusammenfassung der Kräfte der einzelnen.

Die innere Gestaltung der Grundlage unserer Parteiorganisation, der Lokalorganisationen, ist nun aber sehr verschieden. An einem Orte gilt der Abnehmer einer Zeitung, an dem anderen der, der ab und zu ein Blatt eines Parteibeitragsblocks kauft, an einem dritten, wer gewerkschaftlich organisiert ist, wenn er auch keinen Parteibeitrag leistet, an einem vierten — und das ist das neuere — der Mitglied eines politischen Parteivereines ist, als Mitglied der Parteiorganisation; an einem fünften braucht keines dieser Merkmale vorhanden zu sein, sondern gilt der als Angehöriger der Parteiorganisation, der als Parteigenosse bekannt ist, an einem sechsten gibt es überhaupt keine Lokalorganisation, sondern treten die Parteigenossen bloss dann zu gemeinsamer Arbeit zu-

sammen, wenn just was besonderes los ist, zum Beispiel Wahlen oder Entsendung eines Delegierten zu einer Konferenz oder Abhaltung einer Volksversammlung etc. Es fehlt die einheitliche Unterlage für die Lokalorganisationen, also eine eigentliche feste Grundlage der Parteiorganisation überhaupt. In den Parteiorganisationsbestimmungen heisst es (§ 5): Innerhalb der Lokalorganisationen ist die Strassen- und Häuserorganisation durchzuführen. Darauf weiter (§ 6): Die Bezirksorganisation ist überall, wo und sobald es möglich ist, auf der Grundlage eines sozialdemokratischen Vereines durchzuführen. Da werde klug, wer es vermag! Hat die Häuser- und Strassenorganisation die Parteiangehörigen alle zu erfassen oder der politische Bezirksverein? Ist ersteres der Fall, dann ist der politische Bezirksverein eine überflüssige und unverständliche Sache, weil dann die Bezirksorganisationen auf Grund der durch die Häuser- und Strassenorganisation lokal Organisierten, die Lokalorganisationen sich leicht aufzubauen vermag. Hat aber die Häuserorganisation nur den Zweck der Mitgliederwerbung für den Bezirksverein, dann müssten die Lokalorganisationen Sektionen des politischen Bezirksvereines sein, sonst entsteht eine Konfusion in der Organisation. Sollen etwa bloss die Strassenvertrauensmänner oder Lokalvertrauensmänner Mitglieder des politischen Bezirksvereines sein? Es findet sich in den beiden Bestimmungen ein Durcheinanderschwimmen von Begriffen und von unausgesprochenen Vorstellungen. Diese Verwirrung wäre leicht lösbar, wenn wir ein anderes Vereinsgesetz, vielmehr Vereinsfreiheit hätten. Dann würde sich die Parteiorganisation vereinsmässig gestalten lassen. Das geht nun leider nicht. Nicht etwa, dass ich vor dem Gesetz einen so heillosen Respekt hätte, um eine Umgehung oder Uebertretung desselben als ein furchtbares Verbrechen zu verabscheuen. Mir ist lediglich um die Sicherheit der Organisation zu tun. Politische Vereine dürfen weder Verbände untereinander bilden noch Ortsgruppen oder Zahlstellen errichten. Ferner dürfen ihnen weder Frauen noch Minderjährige angehören und sie haben ihre Mitglieder der Behörde anzumelden. Das macht sie zur alleinigen Grundlage und auch zur Konstruktion unserer Parteiorganisation untauglich. Es müsste neben ihnen dennoch eine Art freier Organisation bestehen. Wozu haben wir sie aber dann, wenn sie ihren Zweck nicht voll erfüllen können? Bloss damit man statt einer Parteibeitrags- oder Legitimationskarte eine Vereinsmitgliedskarte hat? Der Mangel der Grundlage unserer Parteiorganisation liegt ja nicht im Titel oder der Form der Parteilegitimation, sondern darin, dass sie bisher nicht einmal die Hälfte der eigentlich Parteizugehörigen zu umfassen vermochte. Ich vermag nicht zu erkennen, wodurch die Parteivereine hierin eine Besserung zu bringen vermöchten. Die Frage steht doch so: Wodurch können wir mit allen zur Partei Gehörigen in steter Fühlung bleiben und von ihnen die Parteibeiträge regelmässig erhalten? Sie hat mit dem Namen und der Form der Organisation wenig zu tun, sondern hauptsächlich mit ihrer inneren Gestaltung.

Das weiss jedermann, dass nur jene Organisationen ihre Mitglieder erhalten und vermehren, welche nicht warten, bis diese kommen und ihre Beiträge leisten und ihre Zugehörigkeit zur Organisation kundgeben, sondern die sie aufsuchen und die Beiträge einkassieren. Es mag ja sein, dass man dort wo bis vor kurzem eine Parteiorganisation im eigentlichen Sinne nicht bestand, mit der Vereinsorganisation als etwas Neuem gute Erfahrungen macht. Weil sie eben besser als keine oder eine noch schlechtere Organisation ist. Aber wie will man durch sie die Parteizugehörigen „restlos“ erfassen? Das geht wieder nur, wenn die innere Gestaltung derselben darnach ist, das heisst eine Art freie Organisation innerhalb ihr besteht. Wozu brauchen wir dann aber den beengenden und gefährlichen Rahmen der politischen Vereine? Warum sollen wir dann nicht gleich dabei bleiben, dass die Grundlage der Lokalorganisation die Strassen- und Häuserorganisation ist und die Lokalorganisationen frei, ohne Vereinszwang, die Bezirksorganisationen zu bilden haben.

Die Häuser- und Strassenorganisation ist nichts anderes als die stete Evidenzhaltung der Parteizugehörigen nach ihren Wohnungen. Besteht sie und funktioniert sie, so kann durch sie der stete Kontakt mit den Parteizugehörigen hergestellt und die Einhebung der Parteibeiträge durch sie besorgt werden. Sie bietet die Möglichkeit, aller, die sich zur Partei bekennen, habhaft zu werden und auch jene, welche durch die Agitation neu gewonnen werden, der Organisation einzureihen. Dem Häuser-, Strassen- oder Rayonsvertrauensmann ist es möglich, durch die Angehörigen der Organi-

sation auszuforschen, wo noch ein für die Organisation zu Gewinnender steckt. Diese Art innerer Einrichtung der lokalen Organisation ist die beste und idealste. Einen Fehler hat sie allerdings: sie erfordert viele und gewissenhafte Arbeit. Aber es gebe mir jemand eine andere Einrichtung einer Organisation an, die zu dem Ziele zu führen vermag: die Parteizugehörigen restlos zu erfassen. In Steiermark besteht die Häuser-, beziehungsweise Strassenorganisation seit Jahren. Allerdings haben sich besonders in der letzten Zeit Störungen in ihrer Funktion ergeben; hauptsächlich durch den Mangel an der nötigen Zahl von Vertrauensleuten, die die Arbeiten besorgen. Den Genossen ist die Arbeit, die in der Strassenorganisation Eingezeichneten monatlich regelmässig zu besuchen und besonders die Parteibeiträge von ihnen einzukassieren, widerwärtig. Unsere Partei ist mitunter etwas nobel geworden und manche Parteigenossen noch nobler. Sie scheuen sich, in die Wohnungen selbst der ausgesprochenen Parteiangehörigen zu gehen, noch mehr aber, neu zu Gewinnende auszuforschen, vielmehr aufzusuchen. Das ist ein grosser Fehler. Aber ist er denn nicht doch zu überwinden? Ich glaube wohl. Durch die Einführung und den Ausbau der Strassenorganisation kann der Parteiorganisation die entsprechende Grundlage gegeben, und was nicht Nebensache ist, können der Partei auch die nötigen Mittel beschafft werden. Den Mangel an Evidenzhaltung aller Parteiangehörigen würden die Parteigenossen mancherorts in ihrer Gemütlichkeit ja noch gerne verwinden, oft treibt sie bloss der Mangel an Mitteln zum Nachsinnen über die Verbesserung der Organisationsgrundlagen. Nun ist aber die Strassenorganisation für Wahlen, Arrangierung von Massenaktionen etc. von dem allergrössten Wert. Ich möchte fast sagen, ihr diesbezüglicher Wert sei grösser als der finanzielle Erfolg. Es spricht nichts gegen sie als der Zweifel, ob sich genügend Kräfte für ihre Durchführung finden, sonst aber alles für sie.

Ich fasse meine Ansicht dahin zusammen: die Grundlage der Parteiorganisation ist die Strassenorganisation. Die Lokalorganisationen, beziehungsweise die innerhalb derselben stehenden Bezirksorganisationen (in grossen Städten) bestehen aus den Strassenorganisierten. Die Bezirksorganisationen werden von den Lokalorganisationen, die Kreisorganisationen von den Bezirksorganisationen und die Landesorganisationen von den Kreisorganisationen gebildet, oder besser gesagt, bauen sich auf diesen auf. Die Kreisorganisationen können dort, wo ihre Bildung überflüssig oder nicht notwendig ist, entfallen und wird dann die Landesorganisation von den Bezirksorganisationen gebildet. Durch die Verallgemeinerung der Strassenorganisation ist die Einführung einer einheitlichen Parteilegitimations- oder Parteibeitragsquittierungskarte sowie einer einheitlichen Quittungsmarke und auch die Einführung einer einheitlichen Monatsschrift für Parteiangehörige einer Art Parteikorrespondenzblatt möglich, das den Zusammenhang der Parteiangehörigen mit der Partei herstellt, gleichgültig, ob sie eine Parteizeitung abonniert haben oder nicht. Die Abgabe lokaler Blätter aber als quasi Parteiquittungsmarken oder die Abhängigkeit der Parteizugehörigkeit von einem Abonnement eines unserer lokalen Parteiblätter halte ich für untauglich und verfehlt. Einen Teil der Gründe hierfür hat Genosse Winarsky in seinem Aufsatz „Niederösterreichische Organisationsprobleme“ sehr treffend ausgeführt. Ich will es dabei vorläufig bewenden lassen.

---

---

## Michael Schacherl: Probleme der Parteiorganisation

Die Aufsätze der Genossen Cermak und Seliger in den beiden letzten Heften des „Kampf“ geben Zeugnis dafür, dass die bisherige Fortfrettere mit der losen politischen Organisation (oder soll man richtiger sagen politischen Organisationslosigkeit?) ein Ende haben muss. Wie die Genossen in Böhmen, Mähren und Niederösterreich, empfinden auch wir Steirer den jetzigen Stand als unerträglich, seit einem Jahre sind wir bemüht, eine Aenderung herbeizuführen.

Was wir jetzt in Deutsch-Oesterreich trotz Organisationsstatut haben, ist das reine Chaos. In einem Lande ist jeder ein Parteigenosse und Angehöriger der politischen Organisation, der ein Wochenblatt abonniert hat, gleichviel aus welchen Gründen. In anderen Ländern wird die „Parteisteuer“ (übrigens ein hässliches und unzutreffendes Wort, das längst ausgemerzt sein sollte) noch immer durch die Gefälligkeit der Kassiere der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter eingehoben, soweit sie damit einverstanden sind. In anderen Ländern ist die Strassenorganisation eingeführt, wo die Beiträge von den Vertrauensleuten, hier in den Wohnungen, dort in den Betrieben oder auch bei zufälligem Zusammenkommen eingehoben werden. Hier und da gibt es auch wieder politische Vereine, die aber nur ein Scheindasein führen und scheinbar nur den Zweck haben, eine Versammlung binnen 24 Stunden einberufen zu können, wenn der Vertrauensmann vergessen hat, sie rechtzeitig anzumelden oder wenn sich plötzlich die Einberufung als notwendig erweist. Ja, innerhalb der einzelnen Länder leben diese verschiedenen Formen friedlich nebeneinander. In einigen Orten oder Bezirken Strassen- und Häuserorganisation und darauf aufgebaut die Lokalorganisation, in anderen Lokalorganisation, zusammengesetzt aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, in einigen Orten oder Bezirken Einhebung der Parteibeiträge durch Vertrauensmänner der Partei, in anderen Orten und Bezirken Einhebung mit den Vereinsbeiträgen der gewerkschaftlich organisierten Genossen. Alle diese verschiedenen Arten haben aber ein Merkmal gemeinsam: Sie sind vollständig unfähig, ihre Aufgabe zu erfüllen; alle erfassen immer nur einen Bruchteil selbst der organisierten Arbeiter, einen noch winzigeren Teil der nichtorganisierten, aber bei den Wahlen für uns in Bewegung kommenden Teil der Arbeiterklasse überhaupt. Finanziell haben alle diese Arten zu dem chronischen Geldbeutelchwund der Parteiorganisation geführt, so dass die Parteiorganisation fast überall auf den zufälligen Ertrag von Festen und Unterhaltungen angewiesen ist, wo die Arbeiter auf dem Umweg der üblichen „Volksbelustigungen“ oder durch erhöhten Bierkonsum für sich und für ihre Kollegen, die nicht erscheinen, höhere Beiträge entrichten. Wenn ein solches Wiesen- oder Waldfest verregnet wird, kann diese parteiwidrige Disziplinlosigkeit des Jupiter pluvius eine kleine Katastrophe für die betroffene Lokalorganisation bedeuten, jedenfalls hängt die Aktionsfähigkeit und Schlagfertigkeit mancher politischen Organisation buchstäblich „in der Luft“. Nicht nur bei Wahlen, sondern auch sonst bei besonderen Anlässen müssen dann Sammlungen in Fabriken und Werkstätten veranstaltet werden, um nur halbwegs darauszukommen. Keinesfalls ist dieses Kunterbunt ein Zustand, der unserer Partei würdig ist, und Abhilfe ist dringend geboten.

Das Problem der politischen Organisation liegt darin, folgende Bedingungen gleichzeitig zu erfüllen: 1. Das **nötige Geld**, das für die Agitation gebraucht wird, sicher und regelmässig aufzubringen. 2. Einen **persönlichen Kontakt** zwischen den Parteivertrauensmännern und den Massen herzustellen und zu erhalten, so dass vor Wahlen nicht der unbekannte Agitator zum unbekanntem Wähler kommt, sondern der bekannte zum bekannten. 3. Die **Aufklärung und politische Bildung** der politisch organisierten.

Die ursprüngliche Form unserer „Organisation“, wenn man so sagen kann, die Einhebung der Parteibeiträge bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, hat zweifellos den grossen Vorzug gehabt, dass die Partei finanziell ganz gut fuhr, wenn der betreffende Kassier ein eifriger Parteigenosse war. Mit dem Wachsen der Gewerkschaft wuchs auch die Zahl der Parteibeiträge und heute, wo sich doch die Fachorganisationen so stark entwickelt haben, wäre es verlockend, auf so einfache Weise zu der gleich grossen Anzahl von Parteibeiträgen zu kommen. Aber abgesehen davon, dass es nicht sicher ist, ob die Fachorganisationen überall und allgemein darauf eingehen könnten, diese Mehrarbeit auf sich zu nehmen, bringt dieses System die Partei in finanzielle Abhängigkeit von jeder einzelnen Gewerkschaft. Bei Mitgliederverlusten durch Krisen oder verlorene oder auch — gewonnene Lohnbewegungen leidet die Partei sofort mit. Ausserdem aber bleibt die Partei auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beschränkt, die doch leider nur einen Bruchteil der Massen bilden. Die Erfahrung mit der Strassenorganisation aber lehrt, dass es überall eine Anzahl Arbeiter gibt, die zwar noch nicht



ihrem Fachverein angehören, aber für die politische Organisation zu haben wären (ebenso wie es gewerkschaftlich Organisierte gibt, die nichts von den politischen Organisationen wissen wollen). Bei der Einhebung der Parteibeiträge in den Gewerkschaften bleiben aber vor allem die zwei Hauptbedingungen unerfüllbar: Persönlicher Kontakt zwischen den Vertrauensmännern der Partei und den politisch Organisierten und die politische Erziehung und Heranbildung.

Die Strassen- und Häuserorganisation erfüllt die zweite Bedingung, persönliche Berührung der politischen Vertrauensmänner mit den politisch Organisierten vorzüglich. Wir haben in Steiermark schon einige Jahre vor dem Beschluss des Wiener Parteitagcs 1907 die Strassen- und Häuserorganisation in Graz und einigen anderen grösseren Orten durchgeführt, und ich kann da wirklich aus Erfahrung sprechen, da ich mit Genossen Pongratz vor acht Jahren in einem Arbeiterbezirk von Graz diese Organisation zur Einführung brachte und sie bis voriges Jahr leitete. Die Erfolge waren, soweit sie die zweite Bedingung betraf, geradezu vorzüglich und wir können ruhig sagen, dass unsere Wahlerfolge im dritten (privilegierten) Wahlkörper des Grazer Gemeinderates zum guten Teil auf diese Strassenorganisation zurückzuführen war, die uns einen Stock von Parteigenossen lieferte, die sich daran gewöhnt hatten, regelmässig in die Wohnung der Organisierten zu gehen, die schliesslich ihre Häuser und Gassen samt ihren Inwohnern genau kannten und in der Wahlbewegung und am Wahltage ihre Kenntnisse und die Gewohnheit des „Umganges mit Menschen“ grossartig auszunützen verstanden. So weit, so gut. Aber es zeigte sich, dass die Strassenorganisation zur Stagnation verurteilt ist, sobald sie einen gewissen Höhepunkt erreicht hat, und zwar deshalb, weil die Zahl der Vertrauensmänner nicht im Verhältnis zur Zahl der Organisierten zunimmt. Einmal im Monat muss der Vertrauensmann alle die ihm zugewiesenen Organisierten besuchen. Das geht, wenn er zehn, zwanzig hat. Aber wenn er fünfzig oder hundert hat, kann er den ganzen Monat nichts anderes tun, als Sonntag für Sonntag in die Wohnungen laufen. Die Zahl der dazu Befähigten und Gewillten ist aber auch nicht unerschöpflich. Vielen Menschen ist es einfach nicht gegeben, in eine fremde Wohnung zu gehen und noch dazu Geld einzukassieren, um so weniger, wenn es mit unaufgeklärten Frauen Wortgefechte zu bestehen gibt. Es gibt Genossen, die da bei uns einfach Bewunderungswürdiges geleistet haben, fünfzig und mehr Beiträge monatlich einkassiert, durch Jahre hindurch ihre freien Sonntage geopfert haben. Aber ihre Zahl ist nicht beliebig vermehrbar, und alle zahllosen Versuche, neue Vertrauensmänner zu bekommen, sind gescheitert, hauptsächlich wegen der lästigen Verpflichtung, in den Wohnungen Geld einzukassieren und drei-, viermal hinzulaufen, bis man die zehn Heller bekommen konnte. Auf der Verfügbarkeit über eine immer grössere Anzahl von Vertrauensmännern beruht die Strassen- und Häuserorganisation, mit ihr steht und fällt sie. Wenig Vertrauensmänner und die Organisierten werden nicht besucht oder nur unregelmässig, die Einnahmen sinken und die ganze Organisation, die eine riesige Arbeit mit der Evidenzhaltung erfordert, verfällt in Stagnation. Die finanzielle Wirkung bleibt aus und die politische Aufklärung wird nicht erzielt, weil der Vertrauensmann gar keine Zeit hat, sich mit den fünfzig oder hundert Organisierten, die er Sonntag besucht, in Gespräche einzulassen.

Das Problem der politischen Organisation liegt nun darin, die unbedingt notwendige vorzügliche Eigenschaft der Strassen- und Häuserorganisation, **persönlichen Kontakt zwischen Vertrauensmännern und Organisierten**, zu erhalten. Es kann dies geschehen, wenn den Vertrauensmännern das Einkassieren abgenommen wird, das übereinstimmend als das Unangenehmste empfunden wird. Der Vertrauensmann soll als Gebender, nicht als Nehmender in die Wohnung kommen. Er soll ein Flugblatt bringen, eine kleine Broschüre, einen Wahlaufruf, wenn eine Wahl vor der Türe steht. Die Arbeit als Agitator soll von der Arbeit des Parteieinkassierers getrennt werden. Das Gerüst der Strassenorganisation mit Häuser- und Strassenvertrauensmännern, mit Viertel- und Bezirksleitern soll erhalten bleiben, aber zu ihr soll eine andere Organisation kommen, die einerseits das Einkassieren besorgt und zweitens die politische Erziehung im grösseren Massstab besorgt, als es der einzelne bei seinen Besuchen in den Wohnungen von Mann zu Mann tut. Diese Organisation kann ich nur in

dem **politischen Verein** sehen. Politischer Verein, dessen Mitglieder von den Vertrauensmännern regelmässig, sagen wir alle zwei, drei Monate, mit einer Flugschrift oder Broschüre in der Wohnung aufgesucht und in Evidenz gehalten werden. Bei allen Gemeinde-, Landtags- und Reichsratswahlen kennt dann der Vertrauensmann einen grossen Teil der Wähler „seiner“ Häuser oder Gassen schon und kann sich bei ihnen auf die Abgabe der Wahlauftrufe und aufs Nachhelfen beschränken, sich dafür um so mehr der Bearbeitung der Nachbarn für den Wahltag widmen.

Die Einkassierung der Beiträge darf aber nicht den Vertrauensmännern übertragen werden. Dies muss beim politischen Verein geschehen, und zwar denke ich mir, dass der politische Verein jeden Monat eine Versammlung abhält, wobei Einzahlungen vorgenommen werden. Daran müssten die Mitglieder gewöhnt werden, so wie sie oft ihre Gewerkschaftsbeiträge im Vereinslokal oder bei der Versammlung einzahlen. Alle drei Monate müssten diejenigen Mitglieder, die bei keiner der drei Versammlungen erschienen sind und nicht gezahlt haben, gemahnt werden (womöglich durch ausgefüllten Postscheck), wobei sie die Portokosten der Mahnung mitzuzahlen hätten. Auf welche Weise immer die Beiträge hereingebracht werden, die Vertrauensmänner, die die Mitglieder des politischen Vereines alle zwei, drei Monate aufsuchen und ihnen eine Flugschrift und dergleichen zustellen, sollen mit dem Einkassieren nichts mehr zu tun haben.

Nun wird man sagen, es sei nicht leicht, eine grössere Anzahl von Mitgliedern in den politischen Verein zu bekommen, und noch schwerer, sie zum regelmässigen Bezahlen der Beiträge zu verhalten. Tatsache ist ja, dass politische Vereine bisher nur kümmerlich vegetiert haben. Es ist dies auf unser lächerliches Vereinsgesetz zurückzuführen und auf die polizeilichen Schikanen, womit die Vereine verfolgt und aufgelöst wurden. Deshalb verlegte sich die Partei auf die lose Organisation. Das alte Wahlrecht mit seinen Riesenwahlkreisen war auch nicht darnach angetan, die Bildung von Wahlkreisen wie in Deutschland zu fördern. Vor allem aber ist festzustellen, dass die Angehörigkeit zur politischen **Organisation**, und dies gilt für den politischen Verein wie für die Lokal- und Strassenorganisation, in weiten Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wie darüber hinaus **bisher nicht als unumgängliche Pflicht des Parteigenossen gegolten hat** — trotz Organisationsstatut.

Hier liegt ein wunder Punkt und darauf muss einmal hingewiesen werden, um eine Heilung herbeizuführen. Tatsache ist, dass sehr, sehr viele gewerkschaftlich Organisierte, die Sozialdemokraten sind, sozialdemokratisch wählen und die grossen Parteiaktionen, wie Versammlungen, Demonstrationen u. s. w., mitmachen, von einer Verpflichtung, auch politisch **organisiert** zu sein, der politischen Organisation anzugehören, ihre Beiträge zu entrichten oder gar aktiv als Vertrauensmänner mitzutun, nichts wissen wollten oder ihr nur sehr lau entsprachen. Es muss einmal gesagt werden, dass im Gegensatz zu früher, wo die Gewerkschafter den „Politikern“ vorwarfen, dass sie den Gewerkschaften nicht ebensoviel Liebe entgegenbringen wie der politischen Tätigkeit, **jetzt seit Jahren die Partei das Aschenbrödel ist**, das von vielen Gewerkschaftern beiseite geschoben wird. Sonst wäre es trotz der vom Genossen Cermak richtig angeführten Gründe doch nicht möglich, dass von Zehntausend gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nur zweitausend der politischen Organisation angehören, und dass es nicht gelingt, aus den Reihen der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner eine auch nur halbwegs entsprechende Zahl von Vertrauensmännern für die Strassen- oder sonstige politische Organisation zu gewinnen; dabei ist schon berücksichtigt, dass die Gewerkschaften selbst viele Kräfte voll in Anspruch nehmen. Hier ist der Hebel anzusetzen: den Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die sich bei Wahlen, Versammlungen und anderen feierlichen Anlässen als Sozialdemokraten bekennen, muss ernsthaft und eindringlich gesagt werden, dass sich nur derjenige Sozialdemokrat nennen darf, der auch politisch organisiert ist und seine Pflicht erfüllt, so wie seine Gewerkschaft auch seine Partei **geistig und materiell** zu unterstützen. Es ist geradezu zum Staunen, wie gedankenlos sich heute so viele Genossen und Arbeiter die Arbeit der politischen Partei vorstellen. Wenn eine Lebens- oder Genussmittelverteuerung im Orte oder im Kronlande erfolgt, betrachtet es die ganze organisierte und nichtorganisierte Arbeiterschaft als **selbstverständlich**, dass „die Partei etwas macht“, Versammlungen, Flug-

blätter, sogar Boykott-Plakate, Aufrufe zu Tausenden und Hunderttausenden werden verbreitet, aber keiner von allen, die die Aktionen stürmisch verlangt haben, legt sich die Frage vor: Woher soll die Partei das Geld für diese Aktionen nehmen? Was habe ich und meine Kollegen beigesteuert, damit die Partei über die nötigen Mittel verfüge? In den wichtigeren Industrieorten verlangen die Arbeiter Sekretariate, freigestellte Kräfte, aber wie viele von den vielen Tausenden fragen sich, woher das Geld dafür aufgebracht werden soll?

Was not tut, ist also, dass die gewerkschaftlich organisierten Genossen und die Massen, die mit uns sympathisieren, unsere Versammlungen und Veranstaltungen besuchen und sozialdemokratisch wählen, von der Partei- und Fachpresse, von den Funktionären und Vertrauensmännern der Gewerkschaften und der Betriebe zu ihrer Pflicht geführt werden, auch **politisch organisiert zu sein**. Dann wird es mit den politischen Vereinen ganz vortrefflich gehen. **Wer nicht dem politischen Verein angehört, ist kein Sozialdemokrat** — das muss ebenso selbstverständlich werden, wie man sich nicht damit begnügt, dass ein Arbeiter, der in die Werkstätte eintritt, versichert, er sympathisiere mit den gewerkschaftlich Organisierten, gehöre aber dem Fachverein nicht an.

Tritt diese Wendung in der Auffassung über die Organisationspflicht ein, und ohne sie ist keine Form der politischen Organisation lebens- und entwicklungs-fähig, dann bietet der politische Verein die beste Form. Die formellen Schwierigkeiten lassen sich überwinden und psychologisch ist dem Arbeiter und seiner Frau die Angehörigkeit zum Beispiel zu dem politischen Verein „Vorwärts“ mit gedruckten Statuten, die den Zweck und die Mittel angeben, leichter begreiflich zu machen und sympathischer als zu einer anonymen „Strassen“-oder „Lokalorganisation“, deren Zweck der Vertrauensmann erst jedem einzelnen erklären soll. In der Öffentlichkeit, auf die Öffentlichkeit wirkt ebenfalls ein politischer Verein „Vorwärts“ mit Tausenden von Mitgliedern, die ein regelmässiges Vereinsleben führen, viel imponierender als die anonyme Strassen- oder Lokalorganisation. Natürlich müssen dann auch die politischen Vereine Leben entwickeln, in regelmässigen Versammlungen politische und soziale Aufklärung treiben, zu allen aktuellen Angelegenheiten Stellung nehmen und auch, was bisher bei uns vollkommen vernachlässigt wurde, die Geselligkeit pflegen. Auf diesem Gebiete könnten uns die Klerikalen ein Muster sein — natürlich nicht auch in Bezug auf die Art der Unterhaltungen.

Wird die politische Organisation so aufgebaut, dass der politische Verein die Grundlage bildet und dass die Vertrauensmänner des Vereines die Stützen der Strassen- und Häuserorganisation sind, die aber nicht einkassieren, sondern nur regelmässig alle zwei, drei Monate alle Mitglieder in den Wohnungen besuchen und Flugblätter, billige Broschüren u. s. w. hinbringen, dann sind die drei Bedingungen erfüllt, die an die politische Organisation gestellt werden müssen: finanzieller Erfolg, persönliche Berührung der Vertrauensmänner mit den Organisierten und politische Ausbildung der Arbeiter. Ich schlage also eine Synthese von politischem Verein und Strassenorganisation vor.

---

## Wilh. Dittmann (Frankfurt a. M.): Von unseren Parteiorganisationen in Deutschland

---

Angesichts der lebhaften Erörterungen, die während der letzten Monate im „Kampf“ über die Ausgestaltung der Parteiorganisationen Deutschösterreichs gepflogen worden sind, dürften den Lesern dieser Zeitschrift einige Ausführungen über die Organisationen der Partei in Deutschland nicht unwillkommen sein; gilt den österreichischen Genossen die deutsche Parteiorganisation doch vielfach als vorbildlich und nacheiferungswürdig.

Das Entwicklungsstadium, in dem sich die deutschösterreichische Parteiorganisation

gegenwärtig befindet, dürfte im wesentlichen etwa dem Zustande entsprechen, in dem sich die deutsche Parteiorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes befunden hat.

Die gewaltige Stimmensteigerung und den Mandatsgewinn bei den Reichstagswahlen hatte die deutsche Sozialdemokratie damals erzielt, ohne dass sie über eine ausgebaute und feste Organisation verfügte. Daher hatte der beispiellose Wahlerfolg in manchen parteigenössischen Kreisen organisationshemmende Wirkung; der revolutionäre Geist allein galt ihnen als das treibende Element der Bewegung und die Beschaffenheit der Organisation als nebensächlich und gleichgültig. Neben einer langen wirtschaftlichen Depression und gesetzlichen Hindernissen ist es vor allem dieses psychologische Moment gewesen, dem in Deutschland die Stagnation der Neunzigerjahre des vorigen Jahrhunderts in der Organisationsentwicklung der Partei geschuldet ist. Hoffentlich hat der herrliche Sieg unserer österreichischen Genossen bei den letzten Reichsratswahlen nicht die gleiche Wirkung. Die Erfahrungen der deutschen Partei sollten sie davor bewahren.

Gewiss wäre es töricht, behaupten zu wollen, die Parteiorganisation in Deutschland hätte sofort nach dem Fall des Sozialistengesetzes so gestaltet werden können, wie sie heute ist. Dazu fehlte damals als wesentlichste Voraussetzung trotz des grossen Wahlerfolges das seitdem geschehene schrittweise Eindringen in alle gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften des kapitalistischen Klassenstaates — vor allem in die Gemeindeverwaltungen und in die Landesvertretungen — doch noch in zu grosser Masse. Denn vor allem diese Betätigung, die fortgesetzte Konzentrierung der Kräfte auf nahe liegende konkrete Ziele, schuf erst die unabweisbare Notwendigkeit ausgebauter Organisationen, drängte immer weiteren Kreisen der Partei die Ueberzeugung auf, dass sowohl eine sorgfältige, in die Details eindringende Vorbereitung als ein den Erfordernissen und Eigentümlichkeiten der politischen Aktionen angepasster Agitationsapparat zu den unerlässlichen Vorbedingungen des Erfolges gehöre.

Die praktische Betätigung der Partei im politischen Getriebe hat bei der Gesamtheit der Parteigenossen also erst gewissermassen die geistige Disposition zur richtigen Würdigung und Wertung einer guten Parteiorganisation schaffen müssen.

Diese Entwicklung der deutschen Parteiorganisation und in ihr bis zu einem gewissen Grade die eigene künftige Entwicklung, vor Augen muss es der österreichischen Partei verhältnismässig leichter und schneller als der deutschen Partei gelingen, aus dem molluskenartigen Organisationszustande herauszukommen und zu einem festen und wohlgegliederten Organisationskörper zu gelangen.

Unsere deutsche Partei steht gegenwärtig im Begriff, auch die letzten Rudimente der früheren losen Organisationsform abzustossen und ihrer Organisation ausschliesslich das Vereinsprinzip zugrunde zu legen. Wer Parteimitglied sein will, muss Mitglied eines sozialdemokratischen Vereines sein. Ursprünglich standen die Parteivereine, ganz wie das jetzt noch in Oesterreich der Fall ist, neben der offiziellen, losen Parteiorganisation. Allmählich haben sie diese immer mehr verdrängt und sind jetzt die alleinigen Organisationen der Partei. Ihr territoriales Gebiet ist der einzelne Reichstagswahlkreis, in dessen verschiedenen Orten — falls der Kreis nicht aus einem Ort oder einem Teil eines Ortes besteht — örtliche Filialen des Wahlkreisvereines gebildet sind. Eine Mehrzahl von Reichstagswahlkreisvereinen ist — meist um ein Wirtschaftszentrum — zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen. Diese wiederum, soweit sie zu demselben Bundesstaate gehören, bilden zur Betreibung der speziellen Landespolitik eine Landesorganisation. In den einzelnen Parteiorten ist je nach ihrer Grösse eine mehr oder minder differenzierte Gliederung in Distrikte, Bezirke und Unterbezirke eingeführt. Von der untersten Zelle angefangen ergibt sich also folgende Gliederung des Organisationskörpers: Unterbezirk, Bezirk, Distrikt, Ortsfiliale, Wahlkreisverein, Bezirksverband, Landesorganisation, Gesamtpartei. Teils durch natürlich-geographische, teils durch politische Abgrenzungen sind Ortsfilialen, Wahlkreisvereine und Landesorganisationen gegebene Grössen, während die örtliche Gliederung in Distrikte, Bezirke und Unterbezirke sowie die Zusammenfassung der Wahlkreisvereine zu Bezirksverbänden nach Zweckmässigkeitserwägungen erfolgt.

Früher genügte ausser dem Bekenntnis zum Programm der Partei für die Parteizugehörigkeit in materieller Hinsicht „die Unterstützung der Partei nach Kräften“, worunter Zahlung freiwilliger, noch so geringer und unregelmässig geleisteter Beiträge, eines Abonnements auf ein Parteiblatt, eines Beitrags zu Wahlzwecken oder auch die Verrichtung irgend einer die Parteizwecke fördernden Arbeit verstanden werden konnte. Heute dagegen gilt als materielles Erfordernis der Parteizugehörigkeit die regelmässige Zahlung eines wöchentlichen oder monatlichen Vereinsbeitrages, dessen Minimalbetrag nach dem für den Leipziger Parteitag ausgearbeiteten Organisationsentwurf künftig vom allgemeinen deutschen Parteitag festgesetzt werden soll. An die Zentralkasse der Partei sind von den tatsächlich erhobenen Beiträgen der Vereine 20 Prozent für allgemeine Parteizwecke abzuführen, für Parteizwecke des Agitationsbezirkes an das zuständige Bezirkskomitee ausserdem noch ein Betrag, der zwischen 10 und 15 Prozent der Beiträge schwankt, so dass der Wahlkreisorganisation 65 bis 70 Prozent der Beitragseinnahmen verbleiben. Für Kreise, die aus einer Mehrzahl von Orten bestehen, ist nochmals bestimmt, wieviel Prozent der Beiträge den örtlichen Filialen der Wahlkreisvereine zu lassen sind; meist 40 bis 50 Prozent.

Die Gliederung und die feste Beitragszahlung bilden das Rückgrat in der Organisation der deutschen Partei. Ohne sie würden sowohl die Mittel wie die persönlichen Kräfte zur Bewältigung der stets wachsenden Parteiarbeit fehlen. Das gilt vor allem für die lokale Organisation, deren Beschaffenheit daher auch entscheidend für die Gesamtorganisation ist. Jeder Organisationsbau steht auf schwachen Füßen, bei dem dieses Fundament nicht gesund ist. Bei der Gestaltung der lokalen Organisationsverhältnisse kommt es auf die richtige Würdigung einer grossen Zahl verschiedener Momente wesentlich an. Vor allen Dingen muss man sich hüten, künstliche Gebilde zu schaffen. Darin wird besonders bei der Distriktsbildung sehr leicht gefehlt. Ist ein Distrikt zu gross und weitläufig, erfüllt er seinen Zweck, die in ihm wohnhaften Parteimitglieder durch ein Vereinsleben im kleinen miteinander in Fühlung zu bringen, ebensowenig als wenn er zu klein ist und so nur Zersplitterung schafft und zur Ohnmacht verdammt. Möglichste geographische Abrundung und Anlehnung an natürliche Abgrenzungen des Ortsgebietes, wie Flussläufe, Eisenbahnkörper, Promenaden, Hauptverkehrsstrassen u. s. w., sind, neben dem Vorhandensein eines Kernes von Lohnarbeitern im Distrikt, die Haupterfordernisse bei der Distriktsbildung. In Grossstädten ist das ganz besonders der Fall, wo die Betätigung der Arbeiter sich auf die verschiedensten Gebiete des öffentlichen Lebens erstreckt und es deshalb schon viel schwerer ist als in Mittel- und Kleinstädten, die Mitglieder einer politischen, vornehmlich ideelle Zwecke verfolgenden Organisation an einem und demselben Tage in einer Versammlung zu vereinigen, wenn es sich nicht um eine ganz besonders wichtige Aktion handelt. Ebenso wichtig ist die Berücksichtigung der sozialen Struktur des Distrikts. In einem ausgesprochenen Proletarierviertel wird ein anregendes Vereinsleben viel leichter herzustellen sein als dort, wo die Parteimitglieder sich grösstenteils in wirtschaftlichen Zwitterstellungen befinden und am inneren Parteileben und den Aktionen der Partei wenig oder gar nicht teilnehmen können. Da erfordert es denn viel organisatorisches Geschick, die Abgrenzung überall so zu treffen, dass lebensfähige Gebilde entstehen. Das Leben, das in den Distrikten vorhanden sein muss, hat alle Interessen der Partei zu umfassen, und daher sind die Distrikte auch mit einer weitgehenden demokratischen Autonomie auszustatten. In diesem Punkte wird besonders dort gesündigt, wo man sich allzusehr an den Gewerkschaftszentralismus und den Krankenkassenbureaukratismus anlehnt. Die Partei wendet sich mit ihrer Agitation und bei allen ihren Aktionen an alle Schichten der Bevölkerung und muss deshalb auch imstande sein, an allen Punkten ihres Wirkungsgebietes sich mit gleicher Intensität äussern zu können, während Gewerkschaften und Krankenkassen nur auf einen engbegrenzten Mitgliederkreis unmittelbar einzuwirken brauchen und das am zweckmässigsten durch zentrale Einrichtungen und im Bureau erreichen können. Die Dezentralisation bestimmter Funktionen ist also in der Parteiorganisation etwas Natürliches. Dezentralisation aber heisst in einer demokratischen Organisation zugleich

Selbständigkeit und Selbstverwaltung. Ohne diese ist deshalb auch kein kräftiges Parteileben in den Distrikten möglich. Aus der Initiative der Distrikte heraus müssen in ihnen monatliche Mitgliederversammlungen mit Vorträgen, Diskussionen, Vorlesungen etc. abgehalten werden, ebenso gelegentlich Bildungsveranstaltungen, wie Dichterabende, Rezitationen, Demonstrationsvorträge und, wo angebracht, auch Parteifestlichkeiten. Dass für die Abhaltung von Volksversammlungen zu allen wichtigen politischen Fragen gesorgt werden muss, ist selbstverständlich. Alle diese Dinge sind Aufgaben des Distriktsleiters, der sie im Einvernehmen und mit Unterstützung der örtlichen Zentraleitung zu erfüllen suchen muss. Auch die Mitgliederkontrolle, die Beitragseinziehung und die Führung der Kassengeschäfte für den Distrikt erfolgt innerhalb desselben durch besondere Funktionäre. Für die Leitung dieser Arbeiten ist dem Distriktsleiter ein Distriktskassierer beigegeben und zur Unterstützung beider noch ein Distriktschriftführer, so dass ein dreigliedriger Distriktsvorstand Agitation und Verwaltung leitet wie ein Vereinsvorstand in einem kleinen Orte; einige Distriktsrevisoren und, wo erforderlich, noch einige Distriktsbeisitzer machen diesen Vergleich bis zum letzten Punkte zutreffend. In mittleren und kleineren Orten dagegen kann zunächst der Distriktsleiter allein zur Bewältigung der Arbeiten genügen; je nach Bedarf lassen sich dann der Kassierer, Schriftführer u. s. w. ihm zugesellen.

Die Erledigung der Distriktsarbeiten erfordert eine Gliederung der Distrikte in Bezirke und der Bezirke in Unterbezirke. Dem Bezirk steht ein Bezirksführer, dem Unterbezirk ein Vertrauensmann vor. Sache der Bezirksführer ist es, den Direktiven des Distriktsleiters gemäss für die Agitation im Bezirk zu sorgen und die Mitgliederbeiträge aus den Wohnungen der Mitglieder einzuziehen, um sie monatlich mit dem Distriktskassierer zu verrechnen. Die Vertrauensmänner haben die Aufgabe, die Flugblattverbreitungen persönlich, nötigenfalls unter Heranziehung einer Hilfskraft, zu besorgen und die Mitgliederwerbung in ihrem Unterbezirk, in dem ihnen bald jedes Haus und jede Wohnung genau bekannt ist, unablässig zu betreiben. Sie erhalten, soweit sie nicht aus eigener Initiative sich Material verschaffen, für die Mitgliederwerbung Adressenmaterial aus Reichstags-, Landtags- oder Stadtverordnetenwählerlisten oder von Gewerkschaftsmitgliedern zugestellt. Bei der Einteilung der Bezirke und Unterbezirke ist eine Anlehnung an meistens vorhandene amtliche Einteilungen für politische oder verwaltungstechnische Zwecke empfehlenswert, da sie eine Benutzung der amtlichen Strassen- und Häuserverzeichnisse ermöglicht. In Frankfurt am Main zum Beispiel eignen sich die Urwahlbezirke für die Landtagswahlen — in denen laut Gesetz 750 bis 1749 Seelen zu sein haben — für die Unterbezirke der Parteiorganisation, ebenso die amtlichen statistischen Stadtbezirke für deren Bezirkseinteilung. An manchen Orten lehnt man sich auch an die Reichstagswahlbezirkseinteilung an. Für die Bezirkseinteilung ist vor allem darauf Rücksicht zu nehmen, dass zwischen Distriktsleitung und Bezirksführer eine fortgesetzte persönliche Fühlung, das heisst ein schnelles Verständigen ohne formelle Zusammenkünfte möglich ist. Dieser Punkt ist von entscheidender Bedeutung für das glatte Funktionieren des Bezirksapparates. Zu vermeiden ist besonders ein Zuviel an Bezirken. Erfahrungsgemäss soll man in einem Distrikt möglichst nicht über sechs Bezirke hinausgehen, da Distriktsleiter und Distriktskassierer sonst nicht imstande sind, die Arbeiten richtig zu erledigen. Ebenso soll die Zahl der Unterbezirke in dem einzelnen Bezirk sich aus denselben Gründen in denselben Grenzen halten. Rein theoretisch würde man also am besten dem Unterbezirk etwa 1000 Seelen zugrunde legen, sechs Unterbezirke zu einem Bezirk, sechs Bezirke zu einem Distrikt und sechs Distrikte zu einer örtlichen Gesamtorganisation einer Grossstadt zusammenlegen. In der Praxis werden sich ja überall Abweichungen erforderlich machen, man muss sich bei denselben aber darüber klar sein, dass man einem Funktionär ebensowenig, wie zur Untätigkeit verdammen, von vornherein überlasten darf, wenn der ganze Apparat nicht ins Stocken geraten soll. Wo zum Beispiel ein Bezirksführer überlastet ist, dort verschaffe man ihm einen Kollegen, der ihm die Beitragseinziehung abnimmt, oder umgekehrt die Agitationstätigkeit. Die Kunst des Organisators besteht eben darin, alle verfügbaren Kräfte zu ständiger und planmässiger Mitarbeit heranzuziehen, überall Gelegenheit

zu solcher zu schaffen, und die Funktionen so zu verteilen, dass mit dem geringsten Kraftaufwand an jeder einzelnen Stelle des Arbeitsgebietes der grösstmögliche Erfolg erzielt wird.

Wo in der deutschen Partei die Organisationen nach diesen Gesichtspunkten ausgestaltet worden sind, dort besitzen wir einen jederzeit schlagfertigen Agitations- und zugleich intakten Verwaltungsapparat. Welcher Art die Anforderungen an die Organisation auch sein mögen, sie versagt nicht und kann nicht versagen, weil der einzelne seine Funktionen kennt und sich der Wichtigkeit derselben für den Gesamtorganismus bewusst ist. Während früher bei der losen Organisation die Arbeiten für Wahlen erst einige Wochen vor denselben einsetzten, wird jetzt durch die ausgebaute Vereinsorganisation jahrein, jahraus unablässig neben den aktuellen Agitationen planmässig vorgearbeitet für die Wahlen. Wo für die Landtags- oder die Kommunalwahlen die Staatsangehörigkeit im einzelnen Bundesstaat erforderlich ist, wird deren Erwerbung durch die Parteimitglieder und die Mitglieder der Gewerkschaften, die sie nicht besitzen, fortgesetzt betrieben. Ebenso wird dort, wo ein Steuerzensus den Stachelzaun um das Wahlrecht bildet, unausgesetzt dafür agitiert, gegen zu niedrige Steuereinschätzungen zu reklamieren, um nicht des Wahlrechtes verlustig zu gehen. Durch die ausgebaute Organisation ist es möglich, dabei den einzelnen zu gewinnen und durch Summierung vieler Einzelerfolge ein respektables Gesamtergebnis zu erzielen, was bei einer planlosen allgemeinen Agitation ohne die Grundlage der Organisationsstruktur nicht möglich ist. Manche der bei Kommunalwahlen — teils auch bei Landtagswahlen — errungenen Wahlerfolge sind nichts anderes als das sichtbar gewordene Endresultat solch systematischer, ununterbrochener und emsiger Kleinarbeit. Wie mit den Vorarbeiten für die Wahlen, so steht's auch mit den unmittelbaren Wahlarbeiten selbst. Erst durch die ins kleinste ausgebaute Organisation ist es möglich, den einzelnen Wähler aufs Korn zu nehmen, ihn mit dem nötigen Aufklärungsmaterial zu versorgen und zur Erfüllung seiner Wahlpflicht anzuhalten. Es ist für einen Organisator ein geradezu unerträgliches Gefühl, an Wahltagen, wenn der Sieg von wenigen Stimmen abhängen kann, in den Bezirkslokalen arbeitsbereite Genossen zur Untätigkeit verurteilt zu sehen, weil es an der erforderlichen, vorher bis in kleinste zu überlegenden Organisation des Schlepperdienstes auf Grund ausgebaute Bezirks- und Unterbezirksgliederung fehlt. Das beste Adressenmaterial kann dann nicht verwertet werden, weil es während des Wahlaktes nicht laufend berichtigt und in absolut korrektem Zustande ausgegeben werden konnte. Wo aber diese Dinge die ihnen zukommende peinliche Beachtung gefunden haben, da haben sie manchen Wahlsieg erst ermöglicht. Welche Dienste ein stets schlagfertiger, sich einem Netze vergleichbar auf das ganze Organisationsgebiet ausbreitender Agitationsapparat bei sonstigen politischen Aktionen — Protestveranstaltungen, Demonstrationen etc. — zu leisten imstande ist, bedarf wohl keiner näheren Erörterung.

Wie mit der Parteiarbeit, so steht es auch mit den Mitteln der Partei. Durch die — gegen eine geringe Remuneration — erfolgende Abholung der Beiträge wird dem Restantenunwesen vorgebeugt und der Partei regelmässig der Kriegsschatz gespeist. Die Distriktskassierer leisten von den an sie abgelieferten Beitragsgeldern monatlich eine Akontozahlung und rechnen am Quartalschluss mit den gesamten Distrikteinnahmen und -Ausgaben ab, so dass an allen Stellen, denen Zahlungen zustehen, dazu jederzeit die erforderlichen Gelder vorhanden sind. Dadurch können dann auch aus den Kassen der Ortsorganisationen die festgesetzten Beiträge an die übergeordneten Parteinstanzen — Wahlkreisleitung, Bezirksverband, eventuell Landesorganisation und Parteivorstand — stets pünktlich und voll zur Abführung gelangen. Die Beitragsfrage gehört übrigens zu denjenigen Fragen in der deutschen Parteiorganisation, deren Aenderung im Sinne eines energischen Appells an eine erhöhte Opferwilligkeit der Parteigenossen gegenwärtig aktuell ist. Ein wöchentlicher Beitrag von 10 Pf. müsste das Minimum der Beitragsleistung sein. Gegenwärtig werden im Durchschnitt 30 Pf. monatlich gezahlt, wenn auch teils Kreise mit geringeren und teils mit höheren Beiträgen vorhanden sind. Bei den fortgesetzt steigenden Ausgaben für Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen, Bildungszwecke, Frauenagitation,

Jugendorganisation u. s. w. gehört eine allgemeine „Finanzreform“ zu den Aufgaben, deren Lösung bei der bevorstehenden Revision des deutschen Parteistatuts unerlässlich ist.

Die Vorbedingungen für solch allgemeine Reorganisationen müssen überall erst durch die rastlose Ausgestaltung und Pionierarbeit der lokalen Organisationen geschaffen werden. Deshalb besteht die beste Förderung der Organisationsverhältnisse der Gesamtpartei in der unverdrossenen, emsigen Mitarbeit in den kleinen und kleinsten Zellen des Organisationskörpers. Diese Erkenntnis hat unsere deutsche Partei im letzten halben Jahrzehnt den systematischen Ausbau ihrer Organisationen durch berufsmässige Organisatoren vornehmen lassen, deren Anstellung teils für einzelne Orte, meistens für einzelne Wahlkreise und für die Bezirksverbände erfolgt ist. Als die Frankfurter Parteiorganisation am 1. Mai 1904 ein Parteisekretariat ausschliesslich für den Frankfurter Wahlkreis errichtete und mir die Leitung desselben übertrug, da konnte ich im ganzen Reich vergebens nach einem Kollegen suchen, heute — nach fünf Jahren — weist die deutsche Parteiorganisation einen Stab von 80 bis 100 Parteisekretären auf und fortgesetzt erfolgen Neuanstellungen. Durch diese Agitations- und Verwaltungsbeamten haben die Organisationen überall ihre Mitgliederzahl vermehrt, ihre Einnahmen gesteigert und Einheitlichkeit, Stetigkeit und Zweckmässigkeit in ihren ganzen Apparat gebracht. Trotzdem wird es den deutschen Genossen nicht einfallen, ihre Organisationen für absolut vollkommen zu halten. Im Gegenteil, gerade die im Organisationetriebe stehenden Genossen entdecken in ihm unausgesetzt neue Fehler und Mängel, auf deren Ausmerzung sie hinarbeiten. Mit den wechselnden Betätigungsformen und -Möglichkeiten der Partei müssen naturgemäss auch die Formen und Einrichtungen der Organisation sich ändern, da die Organisation ja nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck ist.

---

## Max Winter: Der Staat und das Kind

Vom „Kind“ ist in unseren Tagen viel die Rede und so laut schwellen die Stimmen manchmal an, dass der oberflächliche Beobachter, dass der, welcher nur hinhorcht, ohne recht zu hören und ohne zu prüfen, was er gehört, manchmal wirklich glauben könnte, es sei mehr als Geschrei, es seien Taten, die sich da allerdings überlaut vorbereiten. Noch gellt uns der Schlachtruf des Jubiläumjahres ins Ohr: Alles fürs Kind. Er war zu Zeiten so stark, dass man das gequälte Aufschreien milchhungriger Säuglinge nicht hörte, nicht ihr Todeswimmern, nicht das Hüsteln der Kinder der Gasse, nicht die Fieberphantasien der Kranken, nicht den Schrei nach Brot der Gesunden, nicht das Stöhnen der Krüppel, nicht das Seufzen der Bildungshungrigen. So laut war der Schlachtenlärm der Humanität, die plötzlich ihr Herz „fürs Kind“ entdeckt hatte. Staatsmänner und Gelehrte, Priester und Kaufleute, Schriftsteller und Richter, Aerzte und Advokaten, Industrielle und Börsenleute, Reklame- und Beutepolitiker — sie alle entdeckten urplötzlich ihr Herz „fürs Kind“ und spendeten und sammelten Liebesgaben und warben um sie, schmiedeten Pläne und machten Projekte und gebärdeten sich allemitamt so, als glaubten sie selber daran, dass sie das Kind erlösen könnten, erlösen von den vielhundertfachen Fesseln, mit denen das Kind an vielhundertfaches Elend gebunden ist. Die erlösende Tat ist aber nicht gekommen, und zwar darum, weil sie nicht kommen konnte. Furchtbares Kinderelend und eine schreckliche Kindersterblichkeit sind der Kulturausdruck unserer Tage auch nach dem Jahre 1908. Die Wurzel dieses Elends liegt in unserer sozialen Ordnung. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist es, die dieses Elend schafft, und diese Ordnung kann das Elend nicht zugleich beseitigen, denn da müsste sie aufhören, die kapitalistische Ordnung zu sein.

Was unsere Zeit machen kann, das ist, dass sie das Kind von den schlimmsten Härten seines Schicksals befreit und dass sie wenigstens solche Einrichtungen schafft, als zum Fortbestehen des Staates nötig sind. „Für den Staat und die Völker gibt es keine höheren Lebenswerte als die Jugend,“ so erklärte der vormalige Justizminister Klein auf dem Kinderschutzkongress und diesem staatlichen Er-



kennen der Notwendigkeit des Kinderschutzes müsste sich das in unserem politischen Leben oft so aufdringlich betonte Christentum mit seinem schönen Leitsatz der Kinderliebe zur Seite stellen: „Lasset die Kleinen zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich.“ Wir wollen nur einmal flüchtig untersuchen, welchen Ausdruck diese zwei Sätze im praktischen Leben — und Leben ist Wahrheit — finden, und wir werden damit den Satz neuerdings erwiesen finden, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung ausserstande ist, die Wunden zu heilen, die sie dem Körper der Menschheit schlägt.

Auch hierin wollen wir uns noch Grenzen setzen. Nur dem Säugling, dem schwächsten, also schutzbedürftigsten Gliede der menschlichen Gesellschaft, wollen wir heute das Wort reden. Dem Schwächsten gebührt logisch stärkster Schutz. Wie es damit bestellt ist, lehrt uns die internationale Statistik. Furchtbare Ziffern werden da vor uns lebendig. Viele Millionen von Säuglingen werden jährlich hingemordet, weil man ihnen nicht das Natürlichste gibt, die Muttermilch. Die Leute, denen die harten Tatsachen des Lebens unbequem sind, helfen sich mit einer wissenschaftlichen Phrase, indem sie die grosse Säuglingssterblichkeit durch die Auslesetheorie Darwins erklären. Nur die Tüchtigen können bestehen und die haben das Recht zu leben. Was da stirbt, um das war nicht schade. Genosse Otto Rühle gibt darauf in seiner dokumentarischen Schrift: „Kinderelend“ (Verlag von G. Birk u. Co., München), in der er reiches Tatsachenmaterial zusammengetragen hat, eine treffende Antwort, indem er nach dem deutschen Arzt Dr. Seifert die Erscheinung, dass in allen Industriegebieten die Kinder haufenweise hinsterven, ehe sie ein Jahr alt sind, als eine bezeichnet, die „auch dem blödesten und am meisten voreingenommenen Auge als ein sinnlos mechanischer Vernichtungsprozess erscheinen muss“. Auch in Wien hat sich ein Gelehrter, der Kinderarzt Professor Escherich, gegen diesen Prozess in die Schranken gestellt, nicht in der unfruchtbaren Absicht, diese Wunde zu heilen, wohl aber um diesem Prozess durch Errichtung von Säuglingsspitälern und durch Aufklärungsarbeit, geleistet an Müttern, einige Härten zu nehmen. In der Broschüre: „Helft den armen kranken Säuglingen“, wendete er sich an die Wiener Frauen und liess, um sie zu rühren, alle die harten Tatsachen aufmarschieren, die ihn selbst aufgerüttelt haben: „Wiege und Bahre stehen dicht nebeneinander. Von 100 Kindern, die in Wien geboren werden, sterben 20, das ist der fünfte Teil, noch ehe sie das erste Lebensjahr vollendet. Das macht bei etwa 50.000 Geburten im Jahre 10.000 solcher kleiner Leichen, eine erschreckend traurige Ziffer, wenn man bedenkt, wie viel Leiden, Opfermut, Hoffnungen und schliesslich materieller Verlust an direkten Auslagen, Arbeitszeit und Gesundheit mit ihnen zu Grabe getragen werden.“ Und weiter: „Bedenkt man, unter welcher ungünstigen Verhältnissen die Kinder der Armen heranwachsen, dass die Mutter oft noch in geschwächtem Zustand durch Fabriksarbeit den Lebensunterhalt für sich und ihr Kind verdienen muss, so kommt man zu dem von der Statistik bestätigten Schluss, dass kein Lebensalter so sehr Erkrankungen und dem Tod ausgesetzt, dass in keinem das Bedürfnis nach Spitalsverpflegung grösser ist als im Säuglingsalter.“ Und der Gewinn dieser Schrift und fünfjähriger Propagandatätigkeit eines in der Folge gegründeten Vereines? .... Wien hat nun achtzehn Säuglingsbetten im Annen-Kinderspital. Und als Folgegründungen des ersten Vereines die sehr verdienstlich, freilich auch sehr bescheiden wirkenden Vereine: Säuglingsmilchverteilung und Bund für Mutterschutz. Wer alles zusammenfasst, was für den Säugling geschehen ist und geschieht, der muss erkennen, dass der gute Wille einiger redlicher Menschen allein nicht ausreicht, selbst nur die Schmerzen zu lindern. Wirkliche Hilfe für alle, die ihrer bedürfen, ist ausgeschlossen.

Was braucht der menschliche Säugling? Nichts als Anerkennung seines Namens. Er heisst Säugling, weil er saugt, weil ihm nur diese natürliche Form der Nahrungsaufnahme eigen ist. Der Mensch ist ein Säugetier. Dem Geltung verschaffen, hiesse dem Säugling Hilfe bringen. Aber das vermag keine Humanität, das vermöchte nur ein wirklich sozial verwalteter Staat.

Erinnern wir uns einiger Tiere, die in unserer Vorstellung als das Schrecklichste leben. Des Tigers, des Schakals, der Hyäne. Grauenhafte Bestien und dennoch stehen sie höher als die Menschen. Diese Tiere säugen ihre Jungen selbst, sie haben sich das natürlichste Recht, das Mutterrecht, trotz allen Verfolgungen der Menschen bewahrt. Nur

unsere Mütter, unsere Frauen dürfen die Kinder nicht selbst säugen. Dennoch meinen wir, dass wir in der naturgeschichtlichen Stufenleiter unendlich höher stehen als diese zähnefleischenden, blutdürstigen Raubtiere.

Geschichtlich gesehen: In allen Schullesebüchern wird uns mit der Geschichte vom bethlehemitischen Kindermord das Gruseln gelehrt und kommen wir in das kunsthistorische Museum, so macht uns der Höllenbreughel mit seiner Kunst die ganzen Schrecken dieser Untat lebendig. Und doch: Ist dieser eine Kindermassenmord, dem vielleicht einige hundert Kinder zum Opfer gefallen sind, nicht die reine Idylle gegen den kapitalistischen Kindermord?

In unserer Zeit werden in Wien allein jährlich zehntausend Kinder hingemordet, aber kein Mensch regt sich darüber auf. Das gehört zum Gang der Zeit, das sind Dinge, an die wir uns gewöhnt haben, die unser Gemüt, unsere Menschenliebe, unser Gewissen nicht berühren.

Nur eine Klasse nimmt den Kampf gegen das Kinderelend ernst: die proletarische, sie, deren Kinder es sind, die vom Kapitalismus dadurch haufenweise hingemordet werden, dass man den Vätern nicht den gebührenden Lohn gibt, dass man auch die Mütter ins Joch zwingt und auch dann ins Joch zwingt, wenn sie nur Mütter sein sollten. Die Väter kämpfen auch manchmal sichtbar für das Mutterrecht, für das Recht der Kinder. Sie streiken, um ihren Schutzbefohlenen einen grösseren Bissen Brot, ein wenig mehr Luft in der Wohnung, um den Säuglingen die Mutterbrust erobern zu können, sie streiken, um einige Stunden des Tages Väter sein zu können — aber auch, wenn diese Beweggründe noch so sichtbar sind, die Organe, welche die Staatsgewalt repräsentieren, sind immer auf der Seite der anderen, auf der Seite derer, die den Bissen verkleinern, die den Kindern die Mutterbrust rauben. Und mutig ziehen die säbelbewehrten Polizeireiter gegen die unbewehrten Proletarier ins Feld. Der jeweilige Klein erklärt die Kinder als die höchsten Lebenswerte des Staates, der jeweilige Bilinski erklärt, keine Mittel zu haben, um die Kinder schützen zu können, und der jeweilige Haerdtl schickt seine Polizeireiter gegen die Väter, die ihre Kinder selbst schützen wollen, und verteidigt ihre brutalen Uebergriffe dann noch im Parlament. Das christliche Prinzip aber wird in den Satz verkehrt: Lasset die Kleinen zu uns kommen, wir befördern sie rasch ins Himmelreich.

So verzerrt dieses Gesicht erscheinen mag, die Fratze ist naturgetreu.

Während Oesterreich 1891 bis 1895 eine Gesamtsäuglingssterblichkeit von 25 unter hundert Lebendgeborenen hatte und damit nur hinter Sachsen und Ungarn (28) und hinter Russland und Bayern (27) rangierte, geben die von Rühle ausgehobenen Ziffern anderer Staaten weit günstigere Bilder. Das besser verwaltete Preussen hat eine Säuglingssterblichkeit von 20,5, das notgedrungen der Entvölkerung vorbeugende Frankreich von 17, die Schweiz und England von 15, Dänemark von 14, Schottland von 12, Norwegen, Schweden und Irland gar nur von 10 unter hundert. Im einzelnen ist es noch schrecklicher. Erinnern wir uns des heldenmütigen Kampfes der Crimmitschauer Weber. Die Säuglingssterblichkeit betrug in Crimmitschau im Jahre 1904, das einen sehr heissen Sommer brachte und mit ihm eine Steigerung der Magen- und Darmkatarrhe der künstlich ernährten Kinder, gar 40 vom Hundert.

In den einzelnen Monaten stieg sie auf 70 und 80 Prozent oder auf das Zehnfache der in Bourneville, der einzigen abstinenten Stadt Europas, beobachteten Ziffer. In dieser ersten englischen Gartenstadt, der Gründung des Schokoladefabrikanten Cadbury, sterben nur 7,9 Prozent der lebendgeborenen Kinder im Laufe des ersten Jahres. So drücken sich die Grundsätze dieser Gründung drastisch in einer Ziffer aus: Die Frau gehört ins Haus! Jeder Familie ein Haus! Jedem Haus ein Bad! Jedem Haus sein Garten! Dazu eine Fülle sozialer Einrichtungen, die dem Bewohner körperliche Gesundheit geben, die seinen Geist fortbilden. Weite Rasenflächen als Spielplätze für jung und alt, Bäder im Freien, Parks, Bibliotheken, eine Ruskin Hall zu freier wissenschaftlicher Betätigung und zu alledem keine Schenke in der ganzen Stadt. Auch dort Industrie, aber der Achtstundentag, und auch dort Unternehmergeinn, aber durch weise Selbstbeschränkung eingeeengt und zum guten Teil der Allgemeinheit wieder in anderer Form zugewendet. (Die von Cadbury errichtete Stadt gehört heute allen Bewohnern.) Mit Stolz weist England

auf dieses Beispiel, dem seither zwei andere gefolgt sind, die Stadtgründungen der Seifenfabrikanten Brüder Lever und des Schokoladefabrikanten Rowntree und die den mächtigsten Impuls zu der englischen Gartenstadtbewegung gegeben haben. Die siebenjährigen Arbeiterkinder Port Sunlights, der Gartenstadt Levers, sind um  $1\frac{1}{2}$  Pfund schwerer als die Kinder der reichsten Bewohner des benachbarten Liverpool, um  $6\frac{1}{2}$  Pfund schwerer als die der wohlhabenden Bürger und um  $7\frac{1}{2}$  Pfund schwerer als die Arbeiterkinder Liverpools. Solche Ziffern sprechen. Sie weisen den Weg, wie der Staat dem Worte seines Ministers Geltung verschaffen könnte. Die Jugend bildet die höchsten Lebenswerte des Staates und der Völker. Gebt ihr Muttermilch, Luft, Licht, Sonnenschein, die Bedingungen zu kräftigem Gedeihen, gebt den Müttern Zeit, Kraft und Bildung, Kinder zu pflegen, und ihr werdet die höchsten Lebenswerte dem Staate und der Völker erhalten haben. Seht zu, wie es die anderen machen, die vom Jugendschutz erst gar nicht sprechen. Sie schützen die Eltern und haben damit die Jugend geschützt.

Nach diesem Ausflug in ein Zukunftsland kehren wir wieder in die rauhe Wirklichkeit zurück. Wien hat seit kurzem ein polizeiliches Kinderschutzamt, eine Zentralstelle für Kinderschutz: ein Seitenstück zu den Polizeireitern, die streikenden Vätern die vom Kapitalismus gewünschten Schlachten liefern. Aber dieser Zentralstelle stehen, wenn es ihr nicht gelingt, sofort einen Verein für den „Fall“ zu interessieren, zur ersten Unterbringung schutzbedürftiger Kinder keine anderen Räume zur Verfügung als die allerdings sauber gehaltenen Schubarreste, deren einige auch für die Aufnahme von Familien eingerichtet sind — mit Wiegen und Kindertischchen. Der Schubarrest als Kinderschutzstation! Es gibt Leute, die auch darin Wohltat sehen.

Gehen wir um die Mittagszeit nach Favoriten oder Ottakring, wenn die Wärmestuben ihre Brote austeilten. Diese Stuben heißen nur dem Namen nach Wärmestuben. In Wirklichkeit sind sie Kosthallen, in denen Speisen geschenkt werden. Sie sind schon lange zu klein geworden, um die vielen Kinder zu fassen, die dort täglich Einlass begehren. Vor jeder Wärmestube bauen sich zur Winterszeit Tag um Tag zur Mittagsstunde zwei lebende Flügel an. Die Mädchen rechts, die Knaben links. Durch verschiedene Tore werden sie eingelassen und jedes Kind bekommt nach stundenlangem Harren eine Schale Suppe und ein Stück Brot. Vom Wärmen kann in diesen Anstalten keine Rede sein. Die Suppe wird rasch ausgetrunken, das Stück Brot in die Tasche gesteckt und fort müssen sie wieder, diese notdürftig bekleideten Kleinen, damit für die anderen hungernden Kinder Raum geschaffen werde. Auf diese Art werden im Winter täglich 4000 bis 5000 Kinder gespeist. Zwei Stunden täglich stehen die armen Kinder dort hungernd und frierend im Schnee, vom Spätherbst bis zum Frühlingsanfang, und es gibt Menschen, die meinen, das sei wirklich eine Wohltat und keine Marter.

Gehen wir zum Asyl für Obdachlose. Um 4 Uhr schon stehen die Mütter mit ihren Kindern davor, damit sie nicht die Nacht im Freien verbringen müssen. Im heurigen schneereichen Februar mussten im Asyl für Obdachlose 557 Kinder, natürlich auch Säuglinge unter ihnen, nächtigen; 557 Kinder hat man gezwungen, von dieser „Wohltat“ Gebrauch zu machen.

Noch schlimmer ist es zur Nachtzeit in den Wärmestuben. Da sehen wir Bänke aneinandergereiht, immer die Rückenlehnen zusammengeschoben, und auf diesen Bänken sieht man Mann an Mann, Frau an Frau die ganze Nacht nebeneinander sitzen. Sie bleiben die ganze Nacht hindurch angekleidet, sie dürfen sich auch nicht der Schuhe entledigen. Ein Notbehelf nur. Besser, sagen die Wohltäter, als Erfrieren ist diese Unterkunft und sie helfen damit unbewusst mit, dass die Obdachlosenschande Wiens verewigt werde. Auch in diesen von furchtbarer Ausdünstung erfüllten Räumen müssen Kinder nächtigen, Kinder, die nichts verbrochen haben, als dass sie in der Wahl ihrer Eltern so unvorsichtig waren. Dieses Verbrechen lässt sie die heutige, die kapitalistische Gesellschaft büßen. Der Staat aber nimmt an und verzeichnet alles dies als Wohltat, geübt an Kindern, als Kinderschutz.

Wie ernst es mit dem Schutz der „höchsten Lebenswerte“ bestellt ist, sehen wir besonders deutlich auch an dem Los der Findlinge. Den Findlingen in Niederösterreich, über deren Los schon so viel geschrieben worden ist, müsste es sehr gut gehen, haben wir doch eine christliche und obendrein noch soziale Verwaltung. Diese seit

geraumer Zeit. Was uns darüber Herr Oberinspektionsrat Fedor Gerényi, dem in Niederösterreich das Wohlfahrtsreferat anvertraut ist, zu erzählen weiss, spricht aber weder dafür, dass dem Staate sonderlich viel an der Erhaltung der höchsten Lebenswerte liegt, noch auch dafür, dass man zu diesen Christen die Kindlein kommen lassen könne. Im Jahre 1901 hat Herr Oberinspektionsrat Gerényi vor einem gelehrten Kreis einen Vortrag über die Wohlfahrtspflege im Lande Niederösterreich gehalten. In diesem Vortrag hat die Frage der Findlingsfürsorge einen grossen Raum eingenommen. Im Jahre 1898 haben die Christlichsozialen die Verwaltung im Lande übernommen, haben also auf diesem Gebiet eine dreijährige Erfahrung gehabt, und auf Grund dieser Erfahrungen hat Gerényi gesprochen. Er konnte eine ganze Reihe von Beweisen dafür bringen, dass „die Verhältnisse in der niederösterreichischen Findelanstalt die denkbar ungünstigsten sind“. Platz- und Geldmangel wiesen die Verwaltung auf den Ausweg, das Gewicht der Findlinge bei Abgabe in die Aussenpflege herabzusetzen. Von 2800 bis auf 2000 Gramm musste herabgegangen werden, „eine Massregel, die so üble Folgen hatte, dass jetzt wieder auf 2300 Gramm hinaufgegangen werden musste; aber auch diese Grenze ist noch sehr bedenklich und hat tatsächlich auch zur Folge, dass manchmal Kinder auf dem Transport in die Aussenpflege gestorben sind.... Tatsächlich gehören strafgerichtliche und sanitätspolizeiliche Vorerhebungen gegen leitende Aerzte der Landes-Findelanstalt wegen Todesfall auf dem Transport und wegen Verschleppung von Infektionskrankheiten keineswegs zu den Seltenheiten.“ ...

Wie die Anstaltspflege — sie wird sich ja nun etwas bessern — so die Aussenpflege. Seit 36 Jahren sind im Lande Niederösterreich die Verpflegungsgebühren für die Findlinge nicht um einen Heller erhöht worden, seit 36 Jahren musste sich also folgerichtig die Qualität der Findlingsmütter in dem Masse verschlechtern, als die Lebensmittel teurer geworden sind. „Ich brauche“, sagte Gerényi 1901, „nicht erst auseinanderzusetzen, welche Art von Parteien sich unter diesen Kostgeldverhältnissen (12, 10 und 8 K im Monat) um die Pflege von Findelkindern bewirbt. Niederösterreichische wie überhaupt deutsche Pflegeeltern gehören fast schon zu den Seltenheiten.“ Trotz dieser Erkenntnis kein Wandel. Im Jahre 1898 haben die Christlichsozialen im offiziellen Bericht gesagt: „Es ist wegen der finanziellen Tragweite eine wenig erfreuliche Massregel, die Findlingsgebühren zu erhöhen“, und drei Jahre später hat Oberinspektionsrat Gerényi ausgerechnet: Wenn wir die Verpflegungsgebühren nur um 50 Prozent erhöhen, so müssten wir die Landesumlagen auf die direkte Steuer um 4 Prozent erhöhen, das heisst jeder Steuerkrone müsste eine neue Last von 4 h aufgelegt werden. Seither schweigen sie überhaupt über diesen wundensten Punkt ihrer Verwaltung, reihen Reförmchen an Reförmchen, gehen aber dem Urgrund des Uebels aus Angst vor den steuerzahlenden Wählern aus dem Wege. Neuestens werden sie wohl auf den Ertrag der Bier- und Branntweinsteuer warten und mit einem Teilchen dieses Raubes aus den Taschen der „nichtsteuerzahlenden“ Wähler auch das Los der Findlinge verbessern.

Noch schlimmer ergeht es den Haltekindern. Diese und namentlich die gegen einen einmaligen Pauschalbetrag den Pflegemüttern übergebenen, sind raschem Tode preisgegeben. Die Verpflegung dieser Kinder entbehrt jeder Aufsicht und da bei einem Säugling schon die Verabreichung fester Nahrung hinreicht, um ihn zum Tod zu befördern, ist in den seltensten Fällen den Gerichten eine Handhabe gegeben, den Engelmacherinnen an den Leib zu rücken. Auf dem Kinderschutzkongress wurden in den Berichten der Gerichte darüber schauderbare Dinge erzählt, aber zu einem Kinderschutzgesetz, zu der Bestellung amtlicher Generalvormundschaften in jedem Orte, haben wir es noch nicht gebracht, trotzdem seit dem Kinderschutzkongress, der diese Tatsachen vor aller Welt offenbar gemacht hat, schon wieder drei Jahre ins Land gegangen sind. Dazu haben wir keine Zeit. In Deutschland gibt es Generalvormundschaften in jedem kleinen Ort. Der Vormund hat sich um die Kinder von Amts wegen zu kümmern und wo einmal ein Kind unter verdächtigen Umständen gestorben ist, wird niemals mehr ein Kind in Pflege gegeben.

So begegnen wir denn überall dort, wo wir den Staat als Helfer und Schützer sehen sollten, bedenklichster Gleichgültigkeit und oft direkter Feindseligkeit gegen die

natürlichen Schützer. Nur ab und zu, bei offiziellen Anlässen, eine Redeparade. Mit schönen Worten allein aber wird das Kind und wird namentlich nicht der Säugling geschützt. Da bedarf es weiser Gesetze und mutiger Taten. Wie weise ist der menschliche Zellenstaat organisiert! Jede Zellengruppe hat ihre Arbeit für die Gesamtheit zu leisten, die Arbeit des Gehens und Sehens, des Hörens und Fühlens, des Denkens und Sprechens, des Kauens und Verdauens, der Erwärmung und Reinigung, und alle ernährt gleichmässig wieder die Gesamtheit. Ein Idealstaat. Gerade für die schwachen und kranken Glieder setzen sich alle ein, weil es auch ihr Lebensinteresse ist, das Schwache zu stärken, das Kranke zu gesunden. Die Gesamtheit wird zum natürlichen Schützer des einzelnen. Das ist soziale Verwaltung: Einer für alle und alle für einen. Im kapitalistischen Gegenwartsstaat aber gilt das Gesetz des Stärkeren, das Faustrecht der Mächtigen. Geld ist Macht. Erbarmungslos schreitet der Kapitalismus über Hekatomben kleiner Leichen hinweg, er hört nicht das Wimmern der Kinder, er sieht nicht die Tränen der Mütter — er sieht nur sein eigenes, sein egoistisches Interesse. Diesem allein gehorcht er und diesem allein dient er. Darum die Ausbeutung der Väter und Mütter unter staatlichem Schutz, ihre doppelte Auswucherung als Verkäufer der Arbeitskraft und als Konsumenten, darum der Kindermassenmord, die notwendige Folge der Elternausbeutung.

Es gibt keinen Kinderschutz ohne Elternschutz, der Elternschutz ist der einzig wirksame Kinderschutz. Wer hilft, die Eltern aus dem Joche des Kapitalismus zu befreien, der schützt auch das Kind. Darum: Wer es ernst nimmt mit der Erlösung des Kindes, der wird die sozialistische Weltbefreiung auf sein Banner schreiben, denn er weiss, dass mit der Befreiung der Arbeiterklasse die Befreiung der ganzen Menschheit untrennbar verknüpft ist und damit auch die Befreiung des Kindes.

---

## Adolf Braun: Probleme der Arbeitszeit

Der wissenschaftliche Sozialismus sucht stets nach den wirtschaftlichen Ursachen der gesellschaftlichen Tatsachenreihen. In dem Kampfe der Arbeiter um die Verkürzung der Arbeitszeit sieht er nicht bloss das kollektive Streben nach einer Verminderung von Mühe und Last, er findet auch sehr bedeutungsvolle Zusammenhänge zwischen dem Grade der Produktivität der Arbeit, dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung und den sonstigen Bedingungen des Arbeitsvertrages der Dauer der Arbeitszeit.

Das Streben nach der Verkürzung der Arbeitszeit dürfte nicht viel jünger sein als die Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln. Im handwerksmässigen Betrieb in der geschlossenen Stadtwirtschaft des Mittelalters ist der Geselle dem Haushalt des Unternehmers eingefügt. Er wohnte im Hause des Meisters, er ass aus der gleichen Schüssel wie der Meister und seine Familie, er war ein Glied des Haushaltes, wie heute das Gesinde. Das Ueberwiegen des Naturallohnes fesselte ihn weiter an das Haus, der geringe Geldlohn liess ihn nur selten die Musse ausnützen. Es fehlte ihm die Möglichkeit, täglich seine freie Zeit auszunützen. So strebte der Geselle des Mittelalters nicht nach dem frühzeitigen Feierabend, nicht nach einer langen Pause zwischen Vormittags- und Nachmittagsarbeit und auch die Pausen innerhalb dieser beiden Teile des Arbeitstages interessierten ihn wenig, um so mehr, als aus der ganzen Art der Arbeit, aus der Kleinheit des Betriebes, der in der Regel nur auf Bestellung arbeitete und auf diese sehr häufig warten musste, mannigfache Pausen entstanden, die das Bedürfnis nach ihrer Festlegung im Arbeitsvertrag oder in der zünftigen Ordnung überflüssig erscheinen liessen. Nicht die Verkürzung des Arbeitstages, nicht die Regelung und Gliederung der Arbeitszeit im Arbeitstage fordert der mittelalterliche Geselle, sein Streben ist gerichtet auf eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Arbeitswoche, er wünscht einen freien Tag oder doch einen freien Nachmittag in der Woche, den blauen Montag, er hat sich sogar zum Schrecken der Meisterschaft hie und da verstiegen, nach anderen farbigen

Tagen Sehnsucht zu äussern. Am blauen Montag wollte er ganz frei sein, auf der Gesellenherberge sich mit seinen Kameraden zusammenfinden beim schäumenden Becher und beim Spiel, bei fröhlichem Gesang und bei ernstem Gespräch, da wollte er hören, was die im Laufe der Woche in der Herberge eingekehrten Gesellen von fremden Städten und Ländern, was die Gesellen im Orte von Streit und Zank im Gewerbe ihrer Stadt zu erzählen wissen. Bei offener Lade wurde dann feierlich erörtert, was den Gesellen frommen konnte, und was die Meister zu ihrem Schaden und was ein ehrsam Rat zur Ordnung des Gewerbes geplant habe. Der Tag war für all das, was der sonst an des Meisters Haus gefesselte Geselle entbehren musste, recht kurz. Er wollte seinen Badgang machen, er wollte sein Liebchen sehen, er wollte ihr, sich und seinen Mitgesellen ganz angehören.

Bekämpfte schon die alte Zunft mit eifervoller Energie und mit Unterstützung aller Obrigkeiten vom städtischen Rat bis zum Kaiser in Wien und den kirchlichen Gewalten den blauen Montag, so wurde dieser noch viel kräftiger befehdet, als die Produktion nicht mehr kleine Bestellungen befriedigen wollte, sondern durch die Massenproduktion mit ihrer weitgehenden Arbeitsteilung ersetzt wurde. Je mehr konstantes Kapital in der Produktion festgelegt war, je grösser das Bedürfnis nach einer möglichen Ausnützung der investierten Kapitalien wurde, je stärker der Hunger nach Mehrwert sich äusserte, desto energischer wurde der Kampf gegen den blauen Montag geführt. Polizei und Unternehmertum, Gesetzgebung und Verwaltung suchten den Arbeiter zur Arbeit an allen Werktagen, ja selbst zur Sonntagsarbeit zu nötigen. Lange hat der romantische Reiz des blauen Montags auf die Phantasie und Lebenslust der Arbeiterklasse gewirkt, auch nachdem die technisch-ökonomische Revolution und die Entwicklung der Verkehrsmittel und der Städte die Formen des Arbeitsverhältnisses vollständig geändert hatten. Für die übergrosse Mehrzahl der Arbeiter trat an Stelle des Handwerks zuerst die das Arbeitsverhältnis erschütternde Manufaktur, dann die Fabrik, die in alle Lebensbedingungen des Arbeiters wie eine Revolution eingriff. Selbst im Handwerk wurde der Naturallohn fast vollkommen vom Geldlohn verdrängt. Ueberall ergab sich für die Arbeiter das Bedürfnis nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Der mittelalterliche Geselle war ein lediger Mann, der moderne Gehilfe suchte schon in jungen Jahren eine Familie zu gründen. Er musste möglichst frühen Schluss des Arbeitstages, eine möglichst lange Pause zwischen dem Beginn des Feierabends und dem Anfang der Nachtruhe zu erkämpfen suchen. Der Arbeiter wollte sein Heim geniessen, das er im Mittelalter nicht hatte, er wollte in seiner Familie leben, die er im Mittelalter nicht besass. Der reine Geldlohn ermöglichte ihm nun — natürlich nur in ganz bescheidener Weise — den Zeitpunkt seiner Geselligkeit nach Belieben festzulegen. Der Arbeiter wusste, dass er nur im Verhältnis zu der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit oder der tatsächlichen Arbeitsmenge bezahlt wird. Es wurde ihm mit der Zeit klar, dass er nicht gleichzeitig den blauen Montag feiern und eine Verkürzung des Arbeitstages durchsetzen kann. Die Minderung der täglichen Arbeitszeit musste ihm wichtiger erscheinen als das Beharren auf dem blauen Montag, der ohnedies den schroffsten Widerstand aller seiner Gegner auslöste. Als die Arbeiter den kollektiven Kampf um die Verkürzung der Arbeitstage begannen, gaben sie die Forderung des blauen Montags auf.

Der mittelalterliche Arbeiter hatte in der Regel im Sommer von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang gearbeitet, es war ein besonderer Abschnitt im Jahre, wenn man begann bei Licht zu arbeiten. Sehr lange Arbeitstage charakterisierten die Beschäftigungsdauer des mittelalterlichen Arbeiters. Aber es war vielfach mehr eine Präsenzzeit als eine tatsächliche Arbeitszeit. Der Geselle musste immer anwesend sein, immer bereit sein, die bestellte Arbeit in Angriff zu nehmen, um sie meist im gemächlichen Tempo zu Ende zu führen, um erst dann wieder die Arbeit aufzunehmen, wenn wieder neue von der Kundschaft gewünscht wurde. Aus dem ganzen Charakter des mittelalterlichen Handwerkers geht hervor, dass die tatsächliche Arbeitsleistung auf den Arbeitstag oder gar auf die Arbeitsstunde nur sehr gering gewesen sein kann. Das Prinzip des Zeitlohnes herrschte vor, für den Grundsatz des Stücklohnes konnte unter den Verhältnissen extensiver gewerblicher Produktion, abgesehen vom Bergbau, kaum eine Anregung gefunden werden. Ganz anders gestalteten sich die Verhältnisse in der modernen

Warenproduktion. Man wartete nicht mehr auf Bestellungen, die grösstmögliche und ununterbrochene Anspannung aller Produktivkräfte resultierte aus dem Prinzip der Produktion auf Vorrat für einen unbegrenzten Kreis von Konsumenten. War kein Absatz zu erwarten, so löste man das Verhältnis des Arbeiters mit dem Unternehmer; die Beziehungen des Unternehmers zu dem Arbeiter wurden durchaus unpersönliche. Mit möglichst wenig Arbeitskräften möglichst viel zu erzeugen, die Arbeitskräfte nur so lange zu verwenden, als man an einen Absatz der produzierten Waren rechnen durfte, innerhalb der Beschäftigungsdauer aber möglichst hohe Erträgnisse aus jeder einzelnen besonders kontrollierten und angetriebenen Arbeitskraft herauszupressen, wurde nun leitendes Prinzip. Das Stücklohnsystem wurde das vorherrschende Lohnsystem, wo es die technischen Möglichkeiten einigermassen zuliesse. Die raffiniertesten Formen des Stücklohnsystems, die wir in den mannigfachen Prämiensystemen, insbesondere in den überaus fein ausgeklügelten amerikanischen Prämienakkordlohnmethoden kennen, sollten zu den physiologisch höchstmöglichen Leistungen der menschlichen Arbeitskraft dauernd anspannen.

Wir wissen aus mannigfachen Experimenten, dass vereinzelt ganz ausserordentliche Höchstleistungen von tierischer oder menschlicher Arbeitskraft, von körperlicher und geistiger Arbeit, von Muskel- und Nerventätigkeit erzeugt werden können. Diese vereinzelt Höchstleistungen haben aber, wenn nur an wenigen Tagen nacheinander wiederholt, ganz ausserordentliche Erschlaffungen, vollkommene Leistungsunfähigkeit oder wenigstens weitgehendes Nachlassen der Arbeitsleistung zur Folge. Selbst bei den Maschinen und Werkzeugen zeigen sich unökonomische Folgen einer über das zulässige Mass erpressten Leistungsfähigkeit. Gebieten schon die mechanischen Produktionsmittel ihrem Eigner gewisse Begrenzungen im Schnellgange der Maschinen, in der Pausenlosigkeit ihres Ganges, so zwingt ihn auch eine ganz nüchterne Betrachtung, die Höchstleistungen der tierischen Arbeitskräfte niemals zu fordern. Das zu den höchsten Leistungen getriebene Zugpferd kann sehr leicht erkranken, im Werte vermindert werden oder gar ein frühzeitiges Ende finden, es muss also geschont werden. Bei der Maschine und bei der tierischen Arbeitskraft spricht das wirtschaftliche Interesse des Unternehmers gegen die Erzwingung ausserordentlicher Leistungen.

Selbst bei absoluter Unpersönlichkeit der Beziehungen zwischen den Eignern und den Anwendern der Produktionsmittel widerspricht ein sehr klares und egoistisches Interesse einer allzu schnellen Abnützung der menschlichen Arbeitskraft. Wohl kann er ohne jedes Bedenken die menschliche Arbeitskraft, wenn sie sich mindert, durch Heranziehung neuer Kräfte aus der industriellen Reservearmee ersetzen. Ein allzu häufiger Wechsel würde aber seinem ökonomischen Interesse widersprechen. Die Leistungen jedes Arbeiters und jeder Arbeiterin, die in einem Betrieb aufgenommen wird, erreichen — von kaum häufigen Ausnahmen abgesehen — am Anfang nicht die volle Leistungsfähigkeit. Der Arbeiter bedarf einiger Zeit, wenn auch meist nur weniger Tage, um sich in dem Betrieb, wenn auch nur auf dem kleinen Plätzchen, auf das er gestellt ist, zurecht zu finden. Die Stellung zur Maschine, die Erfassung ihres Ganges, die möglichen Störungen durch Nebenarbeit, Geräusche etc., die Anordnungen des Werkmeisters, die Eigenarten des Materials, die Zwecke, denen seine Arbeit dienen soll, und so manches andere muss er erst kennen lernen. In der Regel wird unter sonst gleichen Umständen seine Arbeitsleistung von Tag zu Tag steigen, bis sie die Arbeitsleistung seines Vorgängers erreicht hat. Schon diese einfache Ueberlegung zeigt, dass der Unternehmer nicht vollkommen frei ist, ganz nach Belieben die von ihm verwendeten Arbeitskräfte zu wechseln. Das Ineinanderarbeiten in einem grossen Betrieb, die mannigfachen Beziehungen, die die Tätigkeit aller Arbeiter in einem Betrieb verweben, lassen es durchaus nicht empfehlenswert erscheinen, dass mit den einzelnen Arbeitskräften gar zu häufig gewechselt werde. Der neue Arbeiter ist nicht ein isoliertes Individuum, sondern seine Arbeit wird beeinflusst durch andere Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Produktionsprozess vor ihm tätig sein müssen, und er wirkt wieder mitbestimmend auf die Arbeit anderer, die an seine Arbeitsleistung weitere zu fügen haben. So erscheint schon der Ersatz des einzelnen Arbeiters für die zu erreichende Normalleistung des Betriebes als etwas durchaus nicht Gleichgültiges. In noch viel höherem Masse gilt dies für die Gesamtheit der im Betrieb tätigen Arbeitskräfte. Ihre Arbeitskraft verschlingt sich in der

kunstvollsten Weise mit all den motorischen Kräften und Werkzeugmaschinen, mit den Fortbewegungsmaschinen, mit der gesamten Organisation des grossen Industriebetriebes. Es ist von manchem Unternehmer schon zugestanden worden, dass die Ersetzung der Arbeitskräfte nach einer Aussperrung quantitativ und qualitativ die Leistungen des Unternehmens hinuntergedrückt hat. Auch der unpersonliche Unternehmer, der in der Form der rätselhaften G. m. b. H. oder der anonymen Aktiengesellschaft oder einer Grossbank der Arbeiterschaft entgegentritt, hat ein Interesse an der Ständigkeit des Arbeitspersonals, an der engen Verflechtung seines stehenden Kapitals mit der zur Anwendung der Produktionsmittel notwendigen Arbeiterschaft. Es kann ihm somit nicht daran liegen — von Ausnahmefällen natürlich abgesehen — ganz besondere Höchstleistungen aus der Arbeiterschaft herauszunötigen, die dann mit einem starken Abfall der Arbeitsleistung bezahlt werden müssen. Der Unternehmer muss wünschen, die grösstmögliche Leistung für das ganze Jahr zu erreichen. Das soll ihn veranlassen, über die Leistungsfähigkeit gehende Ausgaben von menschlicher Arbeitskraft in der Regel nicht zu erzwingen.

Die Tendenz nach immer höheren intensiven Leistungen charakterisiert die moderne Industrie. Möglichst grosse Ausnützung der Maschinerie, stärkste Ersparnis an Generalunkosten sollen sich gegenseitig bedingen. Je schneller die Motoren laufen, je komplizierter die ganze maschinelle Einrichtung wird, je kostspieliger die Werkzeugmaschinen sind, je mehr Aufmerksamkeit und Pflege sie erfordern, je grössere Anforderungen die Technik an den einzelnen Arbeiter oder die Arbeiterin stellt, desto mehr wird Nerven- und Muskelsystem der Arbeiterschaft angespannt, desto schneller wird die durchschnittliche Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeitskräfte erschöpft. Der angespannte, der übermüdete Arbeiter, der sich nicht mehr die notwendige Aufmerksamkeit abzuwenden vermag, bringt dem Betrieb grosse Gefahren. Ganz offenkundige Interessen der Unternehmer nötigen zur Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeitsleistungen des Arbeiters und der Arbeiterin in der Arbeitsstunde haben sich ganz gewaltig gesteigert. Die Leistungen des kürzesten Arbeitstages sind heute um ein Vielfaches grösser als die Leistungen des längsten Arbeitstages von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang im Mittelalter. Auch die langen Arbeitszeiten, die 12stündigen und 13stündigen Arbeitstage, die die älteren Arbeiter noch in Erinnerung haben, sind heute nicht denkbar, wenn man sich dauernd hohe Durchschnittsleistungen der menschlichen Arbeitskraft sichern will. So kommen wir zu dem Ergebnis unserer Betrachtung, dass die Verkürzung des Arbeitstages eine Notwendigkeit ist, die aus unseren technischen Errungenschaften, die aus der höchsten Oekonomie des modernen Produktionsprozesses entspringt.

Die Eigenart des modernen Industriebetriebes liess den Unternehmer in der ersten Zeit der Umwandlung der Produktionsbedingungen lediglich vom Gesichtspunkte der Maschinerie, als des kostspieligsten und bestgehüteten Teiles des Betriebes, alle Einrichtungen treffen. Die denkbar höchsten Leistungen der Maschinerie, der grösste Vorsprung vor der Konkurrenz, möglichst bedeutender Anteil an der absetzbaren Warenmasse waren das Ideal des jungen Kapitalismus. Leider hatte der Tag nur 24 Stunden, jede Minute dieser 24 Tagesstunden, der 168 Wochenstunden, die die Maschine nicht laufen würde, dünkte dem Unternehmer bedauerlicher Verlust. Als die rücksichtslose Ausnützung der Kinderarbeit das englische Parlament nach wirkungslosen Versuchen zu den ersten etwas einschneidenden Massnahmen zwang, erfanden die Unternehmer das System des Relais, 2 Reihen von Kindern nacheinander zu beschäftigen. Tagesarbeit und Nacharbeit, der kontinuierliche Betrieb erschien als höchste Wirtschaftlichkeit, jede gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit wird als eine Vernichtung der Industrie gebrandmarkt. Damals schien es den Besitzern der Produktionsmittel, dass deren stärkste und längste Ausnützung die Herrschaft über den Weltmarkt sichern werde. Heute haben aber die Staaten die industrielle Weltherrschaft, leisten die Staaten quantitativ und qualitativ am meisten, die die kürzesten Arbeitszeiten haben. Diese sind allein vereinbar mit der höchsten technischen Vervollkommnung der Betriebe, mit der am besten ausgeklügelten Organisation der Produktion, mit der raffiniertesten Ausnützung aller motorischen und mechanischen Kräfte innerhalb des Betriebes. Höchste technische Vervollkommnung, beste Betriebsorganisation, vollkommene Ausnützung jedes Individuums in jeder Minute,



Vermeiden jeder unbegründeten Pause, das ist das Geheimnis des Erfolges innerhalb der Industrie.

Kurze Arbeitszeiten, das ist theoretisch — freilich noch lange nicht überall praktisch — ein Prinzip industrieller Höchstleistung eines möglichst lange an den Betrieb gefesselten ständigen Personals. Sich diese kurze Arbeitsleistung abringen zu lassen, sie nur widerwillig zu gewähren, ist ein Prinzip der Unternehmerpolitik. Nicht bloss die Dauer der Arbeitszeit ist ein Gegenstand des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital und der technischen und organisatorischen Erwägung des Unternehmers. Beginn und Ende der Arbeitszeit, ihre Unterbrechung, die Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit auf die einzelnen Tage, und endlich als letztes grosses Problem die Gruppierung der jährlichen Arbeitszeit eines möglichst lange mit dem Betrieb verbundenen Personals sind wichtige Probleme der Betriebsorganisation geworden. Die Arbeiter kämpfen für den freien Samstagnachmittag, die Unternehmer und die Unternehmerorganisationen lassen ihn sich nur abringen, ja sie lassen es sogar auf schwere Kämpfe ankommen, wenn die Arbeiter auf dem freien Samstagnachmittag bestehen. Und doch ist dieser Samstagnachmittag eine recht wertlose Arbeitszeit für den Unternehmer. Was Karl Marx in dem klassischen Kapitel „Seniors letzte Stunde“ von der Wertlosigkeit der elften Arbeitsstunde für den Unternehmer sagt, gilt in besonders hohem Masse von dem Samstagnachmittag. Von der wochentägigen Arbeit ist die Arbeitskraft erschlaft, trotz aller Energie, trotz aller Antreibung des Stücklohnsystems und der Fabriksaufsicht vermindert sich die Leistung, verringert sich die Qualität, ja wir können es statistisch nachweisen, dass vielfach die Unfälle am Samstag am stärksten, in den Nachmittags- und Abendstunden höher wie in den Morgen- und Vormittagsstunden sind. So komplizieren sich die Samstagnachmittage zu Zeiten verminderter Aufmerksamkeit, verringerter Vorsicht, mangelnder Rücksicht auf die den Arbeiter umgebenden Gefahren, woraus man leicht den Schluss ziehen kann, dass auch die Leistungsfähigkeit des Arbeiters im Rahmen des Produktionsprozesses am Schlusse der Woche heruntergedrückt sein muss. So erscheint es im Interesse des Produktionsprozesses praktischer, auf die Arbeitszeit am Samstagnachmittag zu verzichten und im Falle des Festhaltens an einer bestimmten Wochenstundenzahl eine Verteilung vorzunehmen, die den dem Samstag vorangehenden Arbeitstagen etwas zufügt, um den Samstagnachmittag frei zu erhalten.

Ein anderes Problem ist der spätere Beginn der Arbeitszeit am Montag. Der Unternehmer rechnet, dass der Arbeiter am Sonntag länger aufgeblieben ist, vielleicht nach langen Spaziergängen, nach weit in die Nacht hineingezogener Unterhaltung sehr ermüdet ist, dass er nicht genügend ausgeschlafen zum üblichen Arbeitsbeginn in den Betrieb kommen wird. Er erwägt, ob es nicht für die gesteigerte oder auch nur für die normale Arbeitsleistung von Vorteil sein würde, wenn man dem Arbeiter und der Arbeiterin eine Stunde mehr Nachtruhe gönnen könnte, wenn man also den Beginn der Arbeitszeit etwas hinausschieben würde. Das Prinzip höchster Arbeitsleistung erfordert ein viel stärkeres Eingehen auf die Verhältnisse der Arbeiter, als man das vielfach in Unternehmerkreisen für erforderlich erachtet.

Ein wichtiges Problem wird durch die Pausen aufgeworfen. Die Pause ist dem Unternehmer sehr unerwünscht. Der Dampfkessel ist geheizt, Kohle wird unnötig verbrannt, Dampf muss in die Luft gelassen werden, ohne Räder zu bewegen, ohne die Transmissionen im Gange zu erhalten, Licht muss brennen, Wärme geht verloren, mannigfache Generalunkosten entstehen, ohne dass ein sichtbarer Gegenwert geschaffen wird. Die Pause ist durch Gesetz, Uebung und Sitte dem Betriebe aufgedrängt, sie ist dem Unternehmer verhasst wie alles, was nicht Mehrwert schafft. In der Abneigung gegen die Pausen treffen sich oft Wünsche der Arbeiter und der Unternehmer. Die Arbeiter und die Arbeiterinnen kommen in den Pausen nur selten zur wirklichen Ruhe. Die Mittagspause ist zumeist zu kurz, um nach Hause gehen, dort ein Mahl bereiten, es gemächlich essen, sich eine Verdauungspause gönnen und dann gemächlich in die Fabrik gehen zu können. Den bessergestellten Arbeiter zwingt die Pause ins Wirtshaus, zu oft unerwünschtem Alkoholgenuss, der schlechtgestellte Arbeiter und die meisten Arbeiterinnen wissen nicht, wo und wie sie die Pausen verbringen sollen. So ist sehr viel Stimmung in Arbeiterkreisen, die Mittagspause auf die denkbar kürzeste Zeit, die

zu einem Verzehren der mitgebrachten Speisen genügt, zusammenzudrängen und die ersparte Zeit vorteilhaft nach früherem Verlassen des Betriebes auszunützen.

Noch mehr Gegnerschaft in den Kreisen der Arbeiter wie der Unternehmer haben die kurzen Pausen. Sie sind in noch viel höherem Masse wie die längere Mittagspause ein effektiver Verlust in der Produktion. Die Arbeiter haben keine Freude an der kurzen Pause, sie können in der Regel den Fabrikssaal während derselben nicht verlassen. Sie müssen die schlechte, staubreiche, mit Oel geschwängerte, übel riechende Luft einatmen, sie haben keine Gelegenheit, ihre Glieder zu strecken und zu recken, die Umgebung ist ihnen unsympathisch, sie können sich weder reinigen noch isolieren, noch ihre Gesellschaft nach Belieben wählen, noch sich ungestört unterhalten. Sie fühlen sich kontrolliert, beobachtet, seelisch gedrückt; alle Vorteile, die die kurze Rast ihnen bringen sollte, glauben sie zu entbehren. So hat sich, besonders in England und in den Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch in Deutschland, besonders in Berlin, vereinzelt auch in Oesterreich, die Tendenz geltend gemacht, die sogenannte englische Arbeitszeit einzuführen, das heisst die Erringung eines frühzeitigen Feierabends durch den Verzicht auf alle kleinen Pausen und durch die Herabdrückung der Mittagspause auf das möglich geringste Mass. Die englische Arbeitszeit hat ebenso begeisterte Anhänger wie auch entschiedene Gegner. Physiologen und Hygieniker befürchten von der pausenlosen Auspumpung von Arbeitskraft schwere Nachteile für die körperliche und geistige Gesundheit, verfrühte Abnützung und Erschöpfung der menschlichen Arbeitskraft, erhöhte Krankheitsgefahren. Noch fehlt es an genügendem Material, um statistisch die Bedeutung dieser Einwendungen abschätzen zu können.

Zu all den angeführten Problemen der Einteilung der wöchentlichen Arbeitszeit ist nun als jüngstes hinzugekommen die Verteilung der Arbeitszeit über das ganze Jahr. Wir haben schon das Interesse des Unternehmers hervorgehoben, ein ständiges Personal zu besitzen und von diesem eine möglichst hohe und gleichmässige durchschnittliche Arbeitsleistung zu erzielen, das heisst auf ausserordentliche Leistungen in der Regel zu verzichten, aber ebenso unterdurchschnittliche Leistungen nicht aufkommen zu lassen. Erschlaffungen der Arbeitsleistung bei ununterbrochener Betätigung sind eine Erfahrungstatsache, für den geistigen Arbeiter unbestritten, für den mehr körperlichen Arbeiter selten zugestanden, aber auch kaum je ernsthaft bestritten. Der Staat und andere öffentliche Körperschaften haben sich seit langem genötigt gesehen, die Garantierung desurlaubes in ihre Beamtengesetze und Dienstverträge aufzunehmen. Je niedriger der Rang, je schwerer die Arbeitslast, desto kürzer der Urlaub, aber im Prinzip doch für alle beamteten Personen eine feste Regel. Wenn John Stuart Mill im ersten Bande seiner „Politischen Oekonomie“ sehr geistreiche Beobachtungen anstellt, dass der Arbeiter desto schlechter bezahlt ist, je drückender, schwieriger, hässlicher, widerwärtiger und abstossender die von ihm geforderte Arbeitsleistung ist, so könnte man hinsichtlich der Urlaube ähnliche Erwägungen anführen. Die längsten Rasten, die ausgedehntesten Erholungszeiten haben die Frauen der hohen Bourgeoisie, denen der Begriff der Arbeit auch im übertragensten Sinne persönlich durchaus fremd ist. Die am meisten bedienten Personen, die für jede Handreichung fremder Hilfe bedürfen, die zum Ankleiden und Essen dienstwillige Hände notwendig haben, haben die längsten Zeiten der Rast und Erholung. Den Millionen, die keinen Werktag Ruhe haben, die sich immer für andere mühen müssen, die die schwerste Arbeit zu leisten haben, sind Tage der Ruhe, aber nicht der Kräfteerneuerung, Erholung und Beruhigung bloss die Zeiten der Arbeitslosigkeit, aber gleichzeitig auch düstere Tage ununterbrochen steigenden Elends und grösster Sorge.

Es ist noch nicht lange her, dass in der Arbeiterschaft überhaupt der Gedanke aufkam, dass ein wichtiges und dringliches Bedürfnis befriedigt würde, wenn der Arbeiter sorgenlose Wochen oder nur wenigstens Tage im Jahre hätte, in denen er an nichts anderes zu denken hätte als an die Erholung des Geistes und des Körpers, als an die Auffrischung der Lebenskräfte, als an die Wiederherstellung der vollen Arbeitskraft nach erschlaffen machender langer Dauer täglicher Arbeit. Wir finden nicht merkwürdiger-, sondern sehr begreiflicher Weise die ersten Anwendungen des Urlaubsprinzips bei den Arbeitern in England, das zu den höchsten intensiven Lei-

stungen seine Industriearbeiter früher erzogen hatte als irgend ein anderes Wirtschaftsgebiet. In Deutschland und in Oesterreich sehen wir vor allem in zwei voneinander weit entfernten Berufszweigen Urlaube in Arbeitsverträgen in den polygraphischen Gewerben und in der Brauindustrie. In beiden Berufen kommt vielfach Nachtarbeit vor, in beiden Berufen steigert sich die Qualität der Arbeit durch die angespannte Aufmerksamkeit in dem Arbeitsprozesse, in beiden Berufen sind Pünktlichkeit und Genauigkeit, Aufmerksamkeit und Peinlichkeit, seltener Wechsel der beschäftigten Personen Voraussetzungen hochqualifizierter Arbeitsleistung. In beiden Berufen kommen zeitweise stark gesteigerte Arbeitsleistungen vor. Im Brauerberufe herrscht vielfach die kontinuierliche Arbeitszeit, während sich die Unternehmer gegen das Dreischichtensystem sehr energisch wehren. Ein Ausgleich der langen, sehr anstrengenden und verantwortlichen Arbeitsleistung wird dann durch den Urlaub geschaffen. Bei den Buchdruckern, insbesondere bei den Schriftsetzern, sehen wir einen gewissen Uebergang von der rein mechanischen zur geistigen Arbeit; bei der geistigen Arbeit und ihren Abarten, zum Beispiel bei der Tätigkeit der Handlungsgehilfen, erscheint die Gewährung des Urlaubs dem Unternehmer nicht so sehr wie bei den Handarbeitern als eine schwerverständliche Verpflichtung.

Bei der Durchsicht der preussischen Fabriksinspektorenberichte seit dem Jahre 1889 fand ich, dass sie in den Jahren 1889, 1890 und 1891 von Ferien und Urlauben nicht zu berichten wussten. Auf die ersten Angaben stiess ich im Jahre 1892. Da wird eine Berliner Straussenfedernfabrik erwähnt, also ein charakteristischer Betrieb der Saisonindustrie mit wenigen ständigen, während einiger Monate des Jahres stark überlasteten Arbeiterinnen, denen man einen Ersatz für die überlangen Arbeitszeiten und gleichzeitig ein Interesse an dem Betrieb schaffen wollte. Wir wissen überhaupt, dass in dem System der Wohlfahrtseinrichtungen der Urlaub, wenn auch selten, als ein Mittel der Fesselung der Arbeiter an den Betrieb vorkommt. So finden wir in dem Bericht von 1892 die Mitteilung des Kölner Gewerberates, dass eine Wasch- und Appretieranstalt den achttägigen Urlaub eingeführt hat, der im Falle des von dem Arbeiter auch nur für einen Tag selbständigen genommenen Urlaubs, aber auch im Falle der Krankheit des Arbeiters verwirkt wird. Welche Pression in dieser Aussicht auf Urlaub verborgen ist, fühlt jeder Arbeiter das ganze Jahr hindurch. In dem gleichen Sinne mit der deutlichen Tendenz der Fesselung des Arbeiters an den Betrieb wirkt die Karenzzeit. Mehrere Jahre muss der Arbeiter im Betrieb sein, bevor er einen Anspruch auf Urlaub hat, der in der Regel mit bescheidenen drei Tagen beginnt und mit dem längeren Verbleib des Arbeiters im Betriebe langsam steigt bis zu einem nur selten überschrittenen Anspruch auf einen achttägigen Urlaub. Hier sehen wir also die alte Wohlfahrtsmethode der Fesselung des Arbeiters an den Betrieb.

Von Jahr zu Jahr wurden in einer steigenden Anzahl von Betrieben die Urlaube eingeführt, während doch das System der Wohlfahrtseinrichtungen immer mehr zurücktrat, weil es bei der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung die erwarteten Wirkungen nicht mehr zeitigt und die darauf verwendeten Mittel nicht mehr lohnte. Der Urlaub der Arbeiter muss heute unter anderen Gesichtspunkten betrachtet werden wie früher. Noch immer hat der Unternehmer das lebhafteste Interesse, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Er rechnet aber heute nicht mehr mit der Möglichkeit, die Arbeiter zu bestechen, er sieht wohl mit Interesse zu, wie ein Teil der Unternehmer mit gelben Arbeiterschaften experimentiert, aber eine weitaus grössere Anzahl der Unternehmer denkt, vor allem in der Prosperitätsperiode Differenzen zu vermeiden. Die steigende Anzahl der Tarifverträge ist nicht nur ein Beweis für die Macht der Arbeiterorganisation, sondern auch durch die Sehnsucht der Unternehmer nach gesicherter Betriebsfortsetzung und nach Erhaltung des Arbeiterstammes zu erklären. Hierzu kommen noch die von uns dargelegten Tendenzen, die die technische Entwicklung den Unternehmern aufzwingt. Man muss den Arbeiter, der die teuren Maschinen beaufsichtigt, der ihre hohen Leistungen sichern soll, der die Verantwortlichkeit für sie trägt, man muss ihn bis zu einem gewissen Grade schonen, man muss sich seine Arbeitskraft erhalten. So tritt immer mehr die Tendenz hervor, die den Beschäftigten geistiger Arbeiter bei der Urlaubsgewährung bestimmt, nämlich das Streben nach dauernd gesicherter und erhöhter Leistungsfähigkeit durch die

Gewährung von Urlauben. Was als Wohltat, was als Rücksicht für die Arbeiter gepriesen und gelobt wird, ist in letzter Linie doch nichts anderes als wohlverstandenes Unternehmerinteresse. Aber dieses wohlverstandene Unternehmerinteresse muss sich erst durchringen, ja die Unternehmer müssen es erst erkennen. Vielleicht muss ihnen die Berücksichtigung ihres eigenen Interesses im Kampfe erst abgezwungen werden. Heute sehen wir zwar noch keine Kämpfe um den Urlaub, wohl aber seine Erwähnung in vielen Verhandlungen; in Tarifverträgen, insbesondere der Brauer, finden wir nun schon die Urlaube unter Fortbezahlung des Lohnes. Heute liessen sich in Deutschland schon viele Hunderte Betriebe anführen, die den Arbeitern Urlaub gewähren. Die gewerkschaftliche sowie politische Arbeiterpresse bringt alljährlich Artikel „Ferien für die Arbeiter“, sie erzieht also die Arbeiter, in der kommenden Prosperitätsperiode dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. In der Bibliographie der Sozialpolitik, die Stammhammer im Jahre 1896 herausgab, finden sich die Schlagworte „Urlaub“ und „Ferien“ nicht, heute könnte eine genaue Bibliographie zahlreiche Artikel anführen, die diesem Gegenstande gewidmet sind. Sicherlich wird es nicht lange währen und wir werden in den Lohnkämpfen das Problem des Urlaubs sehr häufig aufgeworfen finden. Die letzten Bände der Jahresberichte der königlich preussischen Gewerberäte und der Bergbehörden enthalten schon ausserordentlich zahlreiche Angaben über die Urlaube, während sie noch vor wenigen Jahren als ganz vereinzelte Notizen, die mehr anekdotische Bedeutung zu haben schienen, auftraten. In dem Jahresberichte der preussischen Regierungs- und Gewerberäte für das Jahr 1908 wird unter anderem festgestellt, dass die Urlaube „im wohlerkannten eigenen Interesse der Unternehmer“ erteilt werden. Der Berliner Gewerberat fasste in bemerkenswerter Weise, den Standpunkt der Unternehmer in den Vordergrund schiebend, sein Urteil in nachstehenden Sätzen zusammen:

„Die Erfolge der Beurlaubungen scheinen den Erwartungen vollauf entsprochen zu haben. Die, wenn auch oft nur kurze Unterbrechung der unter eigenartigen Verhältnissen sich abspielenden grossstädtischen Lebens- und Arbeitsweise übt auch auf den Arbeiter einen heilsamen Einfluss aus. Neben der gesundheitlichen Stärkung ist die geistige Auffrischung nicht hoch genug anzuschlagen. Das Leben unter veränderten Verhältnissen und der Verkehr mit anderen Menschen frischen die geistige Spannkraft auf und heben die Schaffensfreudigkeit. Nach Rückkehr vom Urlaub sind nach den Bekundungen der Arbeitgeber die Arbeiter nicht nur leistungsfähiger, sondern auch geistig reger und gehen ihrem Beruf freudiger nach. Ferner ist beobachtet worden, dass in denjenigen Betrieben, die ihren Arbeitern Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes gewähren, so insbesondere in den Brauereien, der Arbeiterwechsel merklich nachgelassen hat. Ebenso scheinen die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber dadurch günstig beeinflusst zu werden.“

Wer das triste Leben der Arbeiter kennt, weiss, dass sie kaum zu frischer Luft gelangen, dass sie die elende Atmosphäre der Fabrik oft nur mit der des Wirtshauses und der überfüllten Wohnung vertauschen, dass ihre Sinnesorgane, ihr ganzes Wesen, Körper und Seele nach Erholung, Abwechslung, Erfrischung, nach Natur und ländlicher Ruhe Sehnsucht empfindet oder wenigstens Sehnsucht empfinden sollte. Freilich muss es uns klar sein, dass der Urlaub allein, so wichtig schon die Unterbrechung der öden Arbeitslast ist, den Arbeitern den wirklichen Genuss von Ferien nicht verschafft. Wir sehen an den Proletarietkindern, denen lange, vielleicht sogar zu lange Schulferien in der Stadt gegönnt werden, dass die Ergänzung durch die Ferienkolonie, die freilich nur ganz wenigen zugute kommt, allgemein als eine Notwendigkeit anerkannt wird.

Es ergibt sich für die Arbeiter das Bedürfnis, die Ferien ökonomisch zu sichern und praktisch wertvoll zu machen nicht bloss durch den garantierten Weiterbezug des Lohnes, der vielfach mit der Zusicherung der Ferien verknüpft wird, der aber zum Ferien-genusse noch nicht genügt. Wir sehen in Wien viele Arbeitervereine ihre Mitglieder zu Spareinlagen veranlassen, damit kurze Sommerreisen ermöglicht werden. Das ist ein interessanter Versuch der Lösung des Ferienproblems, der für Oesterreich charakteristisch ist, der wohl auch vielen Arbeitern Freude und Genuss schafft, der wohl auch den Arbeiter geistig hebt, ihm die Schönheiten fremder Kunst und Landschaft eröffnet, seinen geistigen Horizont ausweitet, der aber den eigentlichen Ferienzweck nur zum Teil erfüllt. Das Jagen durch Dutzende von Städten, der lange Aufenthalt auf der Eisenbahn in dichter Gedrängtheit, der Verzicht auf vielen notwendigen Schlaf, die vielen in rascher Folge einstürmenden Eindrücke ermüden den Arbeiter, erfüllen somit den gesundheitlich so

wichtigen Zweck der Ferien nicht. Bemerkenswert ist im Gegensatze hierzu das Wirken der englischen Gesellschaften zum Bau und Betrieb von Ferienheimen für Arbeiter. Sie sind erwachsen aus dem genossenschaftlichen Geiste der englischen Arbeiterschaft und sie sollten auch von uns ins Auge gefasst werden. Vielleicht nehmen sich unsere wackeren Naturfreunde, vielleicht auch unsere Genossenschaften dieser Aufgabe an.

Wir sehen in dem Urlaub vorerst nicht eine Aufgabe, die auf dem Wege der Gesetzgebung, die im Rahmen der Arbeiterschutzpolitik zu lösen ist. Es handelt sich hierbei vorerst um gewerkschaftliche Aufgaben. Das Streben nach Erringung des Urlaubs ist eine der Formen des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit. Dass dieses Streben wie die meisten Probleme der Verkürzung der Arbeitszeit auch eine Lohnfrage in sich schliesst, dass es auch zusammenhängt mit dem sonstigen Inhalt des Arbeitsvertrages und dass es zur Voraussetzung hat die Aufklärung der Arbeiter über gesundheitliche und sonstige Lebensbedingungen, bedarf keiner weitläufigen Auseinandersetzung. Wir sahen weiter, wie die technische Entwicklung, wie das Streben nach höchster Intensität des industriellen Betriebes die Verkürzung der Arbeitszeit notwendig macht und neue, noch vor wenigen Jahrzehnten nicht einmal diskutierte Probleme der Arbeitszeitverkürzung aufwirft. Die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mindert unsere Furcht vor dem Vorwurf des Utopismus, sie könnte manchen von uns belehren, dass er viel zu kleinmütig und engherzig in dem ist, was er für die Arbeiter zu fordern wagt, was er für die Arbeiter zu erreichen für möglich erachtet.

## Nadja Strasser: Neue Bahnen in der Erziehung

Denjenigen, die mit Stolz von den herrlichen Errungenschaften unserer Kultur sprechen, möchten wir empfehlen, einen Augenblick innezuhalten und dem düstersten aller Schatten, die dieser Kultur anhaften, seinen Blick zuzuwenden, nämlich dem Kinderelend.

Was frommen einer Gesellschaft selbst die schönsten Errungenschaften, wenn sie es nicht zustande bringt, eine gesunde, lebenstüchtige und lebensfrohe Jugend heranzuziehen, die einst diese Kulturgüter zu erben, zu geniessen und weiterzuentwickeln hat?

Es ist schwer in kurzen Worten zu sagen, wo das Kinderelend anfängt und was beseitigt werden müsste, damit sich die Zustände für die Kinder günstiger gestalten.

Von einem grossen Teil der heranwachsenden Jugend kann gesagt werden, dass ihr Elend auf sie schon lauerte, bevor noch sie selbst die Schwelle zum Dasein überschritten haben. Ihr Elend ist — das Elend ihrer Eltern. Ueberarbeitete, geschwächte, ungenügend genährte Eltern können keine gesunden und kräftigen Kinder haben. Aber dann kommen noch alle die Umstände dazu, welche das Kind selbst und unmittelbar treffen. Hier gebührt der erste Platz den verderblichen Wohnungsverhältnissen, in denen die meisten Kinder, besonders in den Grossstädten, leben und aufwachsen. Ihnen gesellen sich die übrigen Schäden der Grossstadtatmosphäre und nicht zuletzt die heutige Schule mit ihren überfüllten Klassen, ihrem gesundheitsschädlichen langen Sitzen, mit ihrem ganzen, jeder Vernunft hohnsprechenden Geiste, der bewirkt, dass die Schule eher verdummend als bildend auf die Kinder einwirkt.

Die Schattenseiten unserer Kultur lasten schwer genug auf jedem, der nicht vom Schicksal besonders begünstigt ist. Zehn- und hundertfach aber lasten sie auf den Kindern, deren schwächere Kräfte sie weniger widerstandsfähig machen. Hier hat die heutige Gesellschaft und die heutige Kultur eine schwere, kaum zu ermessende Schuld abzutragen.

Schwache, nervöse, frühzeitig verdorbene Kinder sind das Unglück unserer Kultur, Kinder-Verbrecher und Kinder-Selbstmörder sind ihre Schmach. Ein Kind, das freiwillig in den Tod geht, kann entweder wirklich zu stark gelitten haben oder es besass für das gewöhnliche Mass der Unbillen im kindlichen Dasein, und mag dieses Mass nicht übergross gewesen sein, keine genügenden Kräfte, sie zu tragen. Beides ist widernatürlich

und zeugt von einem Fäulnisprozess, der durch das ganze Innere unserer Lebensstruktur geht. So schrecklich an sich jeder einzelne Fall eines kindlichen Selbstmörders ist — und die Statistik zeigt, wie immer häufiger unglückliche Kinder zu dieser letzten und wirksamsten aller Arten von Selbsthilfe greifen — so hat es noch eine zweite, weitere und tiefere Bedeutung für uns. Nämlich die, dass auf ein Kind, welches den verhängnisvollen Schritt getan, zehn kommen, die der Zufall zwar geschont hat, die aber die Voraussetzung eines Selbstmordes in sich tragen: den geschwächten Lebensimpuls, die gebrochene Widerstandsfähigkeit. Diese Kinder sind von vornherein zur Lebensuntauglichkeit und Lebensunfähigkeit verurteilt und ihr Dasein kann weder ihnen noch der Gesellschaft etwas Gutes bringen. Die kindlichen Selbstmörder sind die furchtbarste Sühne, die das Leben selbst für die Schuld der Väter der Gesellschaft auferlegt....

Wo soll aber der Hebel angesetzt werden, um Hilfe zu schaffen? Wo ist der kranke Kern zu treffen? Wohl am sichersten und wirksamsten dort, wo für einen übergrossen Teil der Kinder die Uebel anfangen: in der Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse der breiten Bevölkerungsschichten, in der kürzeren Arbeitszeit, in der teilweisen Beseitigung der Frauenarbeit und gänzlichen Abschaffung der Kinderarbeit, in einer Gesundung des ganzen Volkslebens, mit einem Worte: in weitgehenden sozialen Reformen.

Nun ist dies aber gerade dasjenige Gebiet, auf dem unser Kulturfortschrittsgespann sein rasendes Tempo in Schildkrötengekrieche verwandelt. Nähert sich das Gefährt diesem Gebiet, da versagen alle elektrischen Ströme und pufft der Dampf mit schrillum Pfiff seinen letzten Rest hervor. Da geht es vorsichtig und behutsam, respektvoll den eigenen Warnungstafeln ausweichend, die die mysteriöse Inschrift tragen: „Es geht halt nicht!“ Hier heisst es sich bescheiden, sich beschränken, auf den längsten Umwegen zum nächsten Ziel zu gelangen suchen.

Deshalb kommt es, dass in der Frage des Kinderelends, so laut die Zustände nach einer Aenderung schreien, zu Palliativmitteln gegriffen werden muss. Von Tausenden unterernährter Kinder werden ein paar Dutzend täglich einmal in der Schule gespeist, von Tausenden schwächerer und blutarmer kleiner Städter werden ein paar Hundert auf einige Wochen in die Ferienkolonien gebracht. Was ist es anders als Palliativ- und Flickarbeit? Es ist eine Millionenschuld abzutragen und es werden ein paar armselige Kreuzer geboten.

Und wenn auch das von jedem Einsichtigen mit Freude begrüsst wird, so ist es nicht nur, weil es eine kleine Bresche bedeutet, die in die Mauer der Gleichgültigkeit gegen das Kinderelend geschlagen wurde, sondern weil es ein wichtiges Symptom darstellt. Dem Warnungsruf „Es geht nicht!“ auf der einen Seite schallt ein ebenso eindringlicher Warnungsruf auf der anderen Seite. Es geht nicht, dass die Kinder an der Kultur zugrunde gehen, deren Träger sie einst zu sein berufen sind! Die Sinnlosigkeit dieses Missverhältnisses ist es, die die Oeffentlichkeit zu den kleinen Zugeständnissen auf dem Gebiete der Kinderfürsorge zwingt.

Aber während die offizielle „Gesellschaft“, die Träger der Macht, dem Kinderelend nur in oberflächlichster Weise Beachtung schenkte, haben viele ernste Pädagogen — was leider lange nicht immer Pädagogen von Beruf bedeutet — der Frage ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet und all die Uebel mit unbefangenen und offenem Blick gesehen.

Professor Gurlitt berichtet von einer Besprechung, die unter Vorsitz des bekannten Strafrechtslehrers Liszt in der kriminalpsychologischen Sektion der Berliner Universität stattgefunden hat und zum Thema das jugendliche Verbrechen hatte. Es war dort eine Anzahl von Juristen, Aerzten und Lehrern versammelt und Professor Gurlitt schreibt: „Einstimmig fand man sich in dem Urteil zusammen, dass die Zunahme der Kriminalität im jugendlichen Alter ihre Ursachen in den ungesunden sozialen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Jugend habe. Die Schuld liegt also in erster Linie bei denen, die durch Bodenwucher, durch Häuserspekulation und alle sonstigen hässlichen Auswüchse eines materiellen Egoismus den schädlichen Boden geschaffen haben, auf dem das jugendliche Verbrechen wuchert.“

Auf dieselben „hässlichen Auswüchse“ einer ungesunden gesellschaftlichen Entwicklung sind auch die Kinderselbstmorde sowie die verschiedenen anderen moralischen und körperlichen Gebrechen, die der heutigen Jugend anhaften, zurückzuführen. Sie häufen sich ganz besonders in den Grossstädten, den Zentren der heutigen Kultur. Deshalb wurde es zur Minimalforderung aller Pädagogen: Hinaus mit den Kindern aus der Grossstadt! Zurück zur Freiheit, Luft und Sonne! Das aufreibende, entnervende, anstrengende Grossstadtleben mit seiner Enge, seinem Lärm, seiner unstillen Geschäftigkeit soll den Kindern fernbleiben. Kinder sollen kindlich sein dürfen, das heisst froh und sorgenlos! — Nur dann können sie zu gesunden Menschen heranwachsen, nur dann können sie später geistig und moralisch ungebrochen ins tätige Leben treten. Das ist der Ruf der Erzieher, die wohl Menschen im Auge haben, aber sich wenig um die „Sozialpolitik“ von heutzutage kümmern, deren Hauptfrage lautet: „Menschenrechte? — Das geht halt nicht!“

Dass der Ruf der Pädagogen seinen Widerhall zuerst in den wirtschaftlich bevorzugten Schichten fand, ist nicht zu verwundern. Denn auch für die Kinder, die das Glück haben, alle Vorteile einer sorgfältigen Erziehung zu geniessen, haben sich die üblen Folgen des Grossstadtlebens und der heutigen Schule eingestellt. Auch hier suchte man nach Wegen und Mitteln. Hier fand sich der Ausweg auch bald. Die städtische Schule, ausgerüstet mit allen Hilfsmitteln der modernen Pädagogik, wurde einfach aufs Land übertragen. Es wurden die sogenannten Landerziehungsheime gegründet, wo die Kinder, all die Herrlichkeit des Landlebens geniessend, zugleich sorgsam bewacht, geleitet und unterrichtet werden. Die Landerziehungsheime, die aus Amerika und England verpflanzt, jetzt auch in der Schweiz und in Deutschland immer mehr Verbreitung finden, sind der erste Versuch, die Idee der freien Erziehung in der freien Natur zu verwirklichen. Sie haben wohl noch viele Mängel aufzuweisen, es haftet ihnen vor allem das Uebel an, dass sie auf Gewinn berechnete Privatunternehmen sind. Aber doch stellen sie eine Erziehungsform dar, die vieles vom Zukunftsideal in sich birgt. Das Landerziehungsheim vereint in harmloser Weise Schule und Heim, ohne das Kind in Widersprüche zwischen der einen und dem anderen zu verwickeln, ohne seine Seele zu belasten, wie es so oft sowohl die heutige Schule als das heutige Elternheim tun. Das Landerziehungsheim arbeitet mit den besten Erziehungsmitteln, die die Pädagogik kennt: der Natur und den Kindern selbst.

Für diejenigen — und ihrer sind wohl nicht wenige — die an der Meinung, dass das Elternhaus unter allen Umständen die beste Erziehungsstätte für die Kinder bedeutet, nicht festhalten, die sogar diese Meinung für eine veraltete, nicht mehr aufrecht zu erhaltende Ueberlieferung halten, bietet das Landerziehungsheim das Beispiel, wie mit dieser Ueberlieferung gebrochen werden kann. Wenn auch nicht ganz in der Durchführung, so kündigt sich doch in dem Prinzip des Landerziehungsheims ohne Zweifel eine der Zukunftsformen der Kindererziehung an. In ihrer heutigen Gestalt jedoch sind diese Lehranstalten von vornherein auf einen kleinen Kreis gutsituierter, aufgeklärter Eltern berechnet und kommen für die breiten Bevölkerungsschichten gar nicht in Betracht.

In der allerletzten Zeit aber wurde ein Versuch mit einer neuen Schulform gemacht, die deswegen besonderer Beachtung wert ist, weil sie die weitestgehenden Möglichkeiten für ein neues, auch den jetzigen Verhältnissen entsprechendes Schulsystem bietet. Das sind die Wald- oder Freiluftschulen, die seit ein paar Jahren in mehreren Städten Deutschlands bereits bestehen. Die Idee der Waldschule entwickelte sich aus der Praxis der Kindererholungsstätten und Ferienkolonien. Der Gedanke lag nahe und erscheint jetzt ungemein plausibel, dass man für diejenigen Kinder, die dem gewöhnlichen intensiven Schulbetriebe körperlich nicht gewachsen sind, den Unterricht für die Sommermonate aus der Stadtschule in die Walderholungsstätte verlegt. Die jetzige Waldschule hat also nur die gesundheitlich-schwachen Kinder im Auge. Ihre Entstehung begründet der Leiter einer solchen Schule folgendermassen: „Die Entsendung schwächlicher Kinder in Ferienkolonien ist ein Mittel von kurzer Wirkung, Genesungsheime und dergleichen können aber den Kindern unterrichtlich nichts bieten. Ganz anders muss der Erfolg sein, wenn diese Kinder für eine längere Periode während des ganzen Sommers aus der Stadtschule genommen und der Waldschule zugeführt werden. Tritt das Kind im Winter-

halbjahr wieder in seine Klasse in der Stadtschule ein, so hat es erfahrungsgemäss unterrichtlich nichts verloren, dagegen an Gesundheit, Frische und Widerstandsfähigkeit gewonnen.“

Diese Schulform wurde im Jahre 1904 durch die vereinigten Bestrebungen eines Schulmannes, des Stadtschulrats Dr. Neufert in Charlottenburg, und eines Hygienikers, des Kinderarztes und Universitätsprofessors Dr. Bendix in Berlin ausgearbeitet und von der Stadt Charlottenburg als Gemeindevorrichtung ins Werk gesetzt. Seitdem ist auch die Charlottenburger Waldschule, die im vorigen Jahre von 240 Gemeindeschülern besucht wurde, vorbildlich für diese Einrichtung geblieben. Ausser in Charlottenburg bestehen Waldschulen in einer ganzen Reihe anderer Städte: Berlin, München, Lübeck, Strassburg, Elberfeld, Dresden, Hannover und andere. In England, wo auf körperliche Rüstigkeit der Jugend sehr viel Wert gelegt wird, wendete man der neuen Idee die grösste Aufmerksamkeit zu. Die Charlottenburger Waldschule wurde von einigen englischen Schulautoritäten und Hygienikern besucht und besichtigt und die Folge dieses Besuches war die Errichtung einer „Freiluftschule“ im Parkgelände von Thackley.

Das Milieu der Waldschule selbst, das ganze System und — was wohl das Wichtigste ist — das pädagogische Verständnis der dabei tätigen Lehrkräfte bringt es mit sich, dass hier mit der gewohnten Steifheit und der methodischen Trockenheit, die angeblich für die Schuldisziplin unentbehrlich sein sollen, gebrochen ist. Die Kinder werden unter freiem Himmel oder in luftigen Hallen unterrichtet. Sie sitzen bald auf Bänken, bald scharen sie sich zwanglos um den Lehrer. Zu den Schulfächern gehört auch der Handfertigkeitsunterricht, ausserdem verrichten die Kinder Gartenarbeiten: säen, graben, pflanzen. Die freien Stunden sind mit Spiel oder selbsterdachten Beschäftigungen ausgefüllt. „Die Kinder machen alles,“ sagt der Bericht vom Jahre 1908, „mit dem sichtlichen Ausdruck des Glückes und Wohlbehagens, so dass der Besucher es kaum für möglich hält, dass das dieselben Kinder sind, die einige Monate zuvor aus der grossen Zahl der Bedürftigen von den Schulärzten als die Allerbedürftigsten ausgesucht worden sind.“

Was aber für das schwächliche oder kränkliche Kind Hilfe bedeutet, das ist für das normale Kind Schutz gegen all die Gefahren, die ihm durch das heutige Familien- und Städteleben drohen. Die Schule als Erziehungsfaktor — und das ist sie und muss es sein — soll ja in erster Linie vorbeugend wirken.

Der Leiter der Charlottenburger Waldschule, Lange, sagt in einem Aufsatz, in dem er die verschiedenen erzieherischen Einflüsse, die in der Waldschule zusammenwirken, bespricht: „Sie alle machen aus nervösen, launenhaften, zänkischen, unsauberen und unordentlichen Kindern bald liebenswürdige und glückliche Geschöpfe, an denen Eltern und Lehrer ihre Freude haben.“

Sind aber nur solche Kinder „nervös, zänkisch, launenhaft“, die vom Arzt als besonders schonungsbedürftig bezeichnet werden? Ist es nicht vielmehr durch die seelenmordenden Verhältnisse, unter denen die meisten Kinder leben, fast der Durchschnitt der Kinder? Und wenn Verhältnisse gezeigt werden, die diese Kinder zu „liebenswürdigen, glücklichen Geschöpfen“ machen, so ist es Pflicht der Gesellschaft, alles zu tun, um diese Verhältnisse herbeizuschaffen.

Glücksgefühl und Heiterkeit für die Kinder — das ist heutzutage nicht mehr eine Forderung der blossen Humanität, sondern eine Forderung der Medizin. Man kann, gestützt auf ärztliche Beobachtungen, es als feststehende Tatsache betrachten, dass eine glückliche, heitere und sorgenlose Kindheit, bei der die kindliche Seele und der kindliche Körper nicht belastet sind — die physiologische Vorbedingung einer normalen und gesunden Entwicklung des Kindes zum Menschen bedeutet. Neben der erblichen Belastung gibt es häufig auch eine „Kinderjahrebelastung“, die die Menschen ihr ganzes Leben lang mit sich herumschleppen. . . . Von dieser Last die Kinder zu befreien, ist eines der höchsten und grössten Interessen der Gesellschaft, und keine Mittel dürften da zu teuer sein.

Die freie Schule in der freien Natur! — ist eine Forderung, die den ersten und entscheidenden Schritt zur Befreiung der Kinder von der Städtkultur bildet. Die Waldschule zeigt die Bahn an, auf der geschritten werden muss. Aus einem Kinderfürsorgeinstitut im engen Sinne muss die Wald- und Freiluftschule ein Volksinstitut im vollen Sinne des Wortes werden. Aus einer Gunst für Hunderte muss die gesundheitsfördernde



Schule eine Selbstverständlichkeit für alle Kinder werden. „Schutz den Kindern!“ muss die Parole der Gesellschaft sein, will sie nicht an ihrer eigenen Entwicklung zugrunde gehen. Die Kinder schützen, heisst sie schonen vor all den Schäden, die jetzt bereits ein Geschlecht nervöser, willenloser und schwacher Menschen geschaffen haben.

## A. Lipsius: Darwin und die Abstammungslehre

Nichts würdigt eher den grossen Denker, als wenn am Tage seiner Ehrung Einsicht gehalten wird darüber, was er Grosses und Unsterbliches geleistet, was seine eigentliche Tat gewesen. In diesem Sinne wollen wir heute unsere Aufmerksamkeit einer bemerkenswerten und eingehenden wissenschaftlichen Untersuchung zuwenden, die Tschulok im Biologischen Zentralblatt veröffentlicht hat. (Vgl. „Zur Methodologie und Geschichte der Deszendenztheorie“, *Biolog. Zbl.* 1908.) Wir wollen dabei den Verfasser möglichst selbst zu Worte kommen lassen.\*

### I.

Die Mehrzahl der gegenwärtigen wissenschaftlichen Vertreter und Anhänger der Entwicklungs- oder Abstammungslehre glaubt, dass die ersten Begründer derselben (Lamarck, Goethe, Owen u. a.) nur deswegen keinen Erfolg gehabt hätten, weil sie über die treibenden Kräfte keine richtigen Vorstellungen sich zu bilden vermochten. Darwin dagegen habe mit seiner Theorie von der natürlichen Zuchtwahl im Kampfe ums Dasein (Selektionstheorie) den richtigen Entwicklungsfaktor entdeckt und erst dadurch das viel ältere Problem der Abstammungslehre selbst in völlig befriedigender Weise gelöst. Die Richtigkeit dieser Ansicht über die Rolle Darwins in der Geschichte der Abstammungslehre bestreitet Tschulok ganz entschieden, er geht dabei von folgenden Betrachtungen aus.

Wenn wir uns ganz allgemein fragen, welche Erscheinungen der Organismenwelt den Gegenstand naturwissenschaftlicher Forschung bilden, so ist es unschwer einzusehen, dass es zwei Gruppen von Problemen gibt, die in Betracht kommen. Die erste Gruppe der Probleme (oder Tatsachen, die uns die Probleme stellen) lässt sich als „systematische“ bezeichnen, indem sie sich hauptsächlich mit der Wiedererkennung, Beschreibung und Klassifikation der Organismen beschäftigt. Die zweite Gruppe von Problemen (und Tatsachen) kann als die „physikalische“ bezeichnet werden, indem sie sich mit den Lebensvorgängen der Organismen, den Wechselbeziehungen der Organismen untereinander und der Erklärung des Baues und der Tätigkeit der Organismen aus ihren natürlichen Lebensbedingungen heraus beschäftigt.

Mit den Problemen oder Tatsachen der ersteren Art befasst sich die eigentliche Systematik der Tiere und Pflanzen, die vergleichende Anatomie, die Embryologie (Keimesgeschichte), die Paläontologie (Versteinerungskunde) und die Tiergeographie. Hier ist die Forschungsmethode immer die vergleichende. Mit den Problemen der zweiten Art befasst sich die experimentelle Forschung, die namentlich in letzter Zeit so mächtige Fortschritte gemacht hat. Wie ersichtlich, gehört in dieses zweite Forschungsgebiet auch die Frage nach den Entwicklungsfaktoren und diejenige nach den Gesetzen der Anpassung und Vererbung hinein.

Halten wir uns an die erste Gruppe der biologischen Wissenschaften, an die der vergleichenden Wissenschaften, vor allem an die Systematik, die vergleichende Anatomie und die Embryologie, welche uns über die Verteilung der Tiere und Pflanzen in einzelne Gruppen (Arten, Ordnungen, Klassen etc.) aufklären, welche uns die Einheitlichkeit im Bauplan der Organismen trotz der grossen Mannigfaltigkeit im einzelnen aufweisen, so sind wir vor eine Fülle von Tatsachen gestellt, die uns zur Annahme der

\* Wir haben beim Zitieren des Verfassers die Anführungszeichen gewöhnlich weggelassen, um das Lesen nicht zu erschweren.  
Der Referent.

Abstammungslehre zwingen. Stellt man sich hier nicht auf den Boden der Abstammungslehre, nimmt man nicht eine wirkliche Blutsverwandtschaft aller Arten an, dann muss die grosse Einheitlichkeit im Bau, welche mit dem Fortschritt der Forschung immer deutlicher hervortritt, mysteriös erscheinen und die denkenden Forscher auf mysteriöse Anwandlungen führen. Die Einheitlichkeit im Bauplan wird dann zum Ausdruck einer „Idee“, die als reine platonische Idee eine ewige Existenz hat und sich in den Einzelwesen verkörpert: die Allgemeinbegriffe existieren dann als reine ewige Ideen in Gott und als angeborene Ideen in unserem Geist vor den Einzeldingen. Demgegenüber kann eine naturwissenschaftliche Auffassung der Tatsachen der vergleichenden Anatomie und der Embryologie, eine naturwissenschaftliche Auffassung der Einheitlichkeit im Bauplan der Organismen diese „Idee“ nur als etwas Sekundäres, erst durch Abstraktion von den Einzeldingen Entstandenes betrachten: die wirkliche, reale, nicht bloss ideelle Verwandtschaft der Organismen gibt uns den Schlüssel zum Verständnis der Einheitlichkeit im Bauplan der Organismen trotz ihrer Mannigfaltigkeit im einzelnen.

Es sind aber nicht etwa bloss allgemein-philosophische Rücksichten, die uns eine realistische Auffassung der Tatsachen der vergleichenden Anatomie und Embryologie gegenüber einer idealistischen bevorzugen lassen. Die Auffassung des Bauplanes als „Idee“ verwickelt sich in eine grosse Menge von Schwierigkeiten, aus welchen uns nur die realistische Auffassung, also die Abstammungslehre erlöst. Nehmen wir ein paar Beispiele: Wenn zur Idee der Schlange der Mangel von Beinen gehört, wie erklärt sich dann die Anwesenheit von Becken und Hinterbeinresten bei Riesenschlangen? Und die Beckenknochen der Waltiere, die Anlage von Zähnen bei Walfischembryonen — das ganze Gebiet der rudimentären und nicht ausgebildeten Organanlagen — sie sind ein Strich durch die Rechnung bei Annahme einer ewigen Idee, die sich in den Einzelwesen verkörpert. Aber durch die Annahme der Abstammungslehre finden alle diese Tatsachen ohneweiters ihre Erklärung.

Ebenso bleiben die Tatsachen der Tiergeographie und der Paläontologie ein Gewirr unerklärter und zusammenhangloser Tatsachen und Probleme, wenn man die Abstammungslehre nicht gelten lässt.

Manche drücken sich so aus, dass sie sagen, die Tatsachen der vergleichenden Wissenschaften stellen uns vor die Alternative: Schöpfung durch übernatürliche Kraft oder Entwicklung. Aber nicht einmal so viel darf man den Schöpfungsdogmatikern entgegenkommen. Denn für die Wissenschaft existiert eine solche Alternative gar nicht, eine übernatürliche Einwirkung existiert für die Naturwissenschaft nicht. So scheint die Abstammungslehre, die Deszendenztheorie, als einzige übrig zu bleiben, nicht weil sie aus einer Reihe anderer mitkonkurrierender Erklärungen ausgewählt wurde, sondern weil sie die einzige ist, die bislang überhaupt zur wissenschaftlichen Erklärung der Tatsachen vorgeschlagen werden könnte.

„Die Tatsachen, die zur Annahme der Deszendenz zwingen, sind Ergebnisse vergleichender Untersuchungen, die sich auf die Verteilung der Organismen im System, im Raum und in der Zeit erstrecken. Die Deszendenztheorie braucht absolut keine Hilfsannahmen, sie ist in sich selbst vollständig abgeschlossen. Die Ueberzeugung von der Richtigkeit des Deszendenzgedankens stützt sich hier nicht auf die Beobachtungen über das Verhalten der Lebewesen als Organismen zur äusseren unbelebten Natur oder auf ihre gegenseitigen Beziehungen; der Verlauf der Lebenserscheinungen ist für ihn nebensächlich. Daher ist der allgemeine Deszendenzgedanke auch vollständig unabhängig von den Detailvorstellungen über den Weg, welchen die Organismen bei ihrer Entwicklung eingeschlagen haben, und über die treibenden Kräfte, welche diese Veränderungen veranlasst haben. Eine ‚mechanische‘ Begründung oder ein experimenteller ‚Beweis‘ ist für den so gefassten Deszendenzgedanken, das heisst sofern sich dieser aus den Tatsachen der vergleichenden Forschung ergibt, weder möglich noch notwendig. Ein Beispiel soll uns dieses Verhältnis erläutern. Bei vergleichender Untersuchung der europäischen Sprachen finden wir, dass ein und derselbe Begriff, der des Zweifels im Französischen mit *doute*, im Italienischen mit *dubbio*, im Englischen mit *doubt* und im

Lateinischen mit *dubito* ausgedrückt wird. Wir sagen, diese Sprachen seien miteinander verwandt. Worauf kann aber Verwandtschaft von Sprachen beruhen? Wir vermuten, dass es nur gemeinsame Abstammung mit allmählicher Modifikation ist, welche das reale Band der Verwandtschaft bildet. Wir finden dafür eine Bestätigung in den räumlichen Beziehungen der Völker, in deren Sprachschatz wir diese Ausdrücke finden, denn das geographische Gebiet ist ein zusammenhängendes. Wir finden eine Bestätigung in dem merkwürdigen Umstand, dass die Engländer wohl das *b* in der Schreibung bewahrt haben, es aber nie aussprechen: wir haben hier ein typisches rudimentäres Organ vor uns. Und wir finden, dass die Sprache (das lateinische), in welcher das *b* noch geschrieben und ausgesprochen zu werden pflegte, zeitlich derjenigen voranging, in welcher sich seine Schreibung oder wenigstens seine Aussprache verloren hat. Aus alledem schöpfen wir die sichere Ueberzeugung, dass wir es hier mit einer divergierenden Entwicklungsreihe zu tun haben. Jede andere Annahme, welche uns diese vier Ausdrücke als Produkte unabhängiger, wenn auch durchaus natürlicher Prozesse hinstellen versuchte, würde unser Kausalbedürfnis nicht befriedigen.

Fragen wir aber weiter: Wissen wir denn, welche klimatischen (oder politisch-ökonomischen) Umstände jene besondere Ausbildung der Sprachwerkzeuge und des Geistes bei den Engländern, Italienern und Franzosen bewirkt hatten, die die unmittelbare Veranlassung für die besonderen Schreib- und Sprechweisen abgegeben hat? Natürlich wissen wir davon sehr wenig oder nichts, aber trotzdem bleibt unsere Ueberzeugung von der Entwicklung der Sprachen in Kraft, denn sie stützt sich nicht auf die Begründung und Rekonstruktion des Vorganges der Entwicklung, sondern ausschliesslich auf vergleichende Untersuchungen.“

Wenden wir uns nun der zweiten Gruppe der biologischen Wissenschaften oder Probleme zu. Mit Hilfe der Beobachtung, und vor allem des Experiments, konstatieren wir die Abhängigkeit im Bau der Tiere von den äusseren Lebensbedingungen (zum Beispiel Wasser- und Landtiere). Wir erforschen hier mit einem Worte die Beziehungen der Organismen zur Aussenwelt und zueinander — denn das Vorhandensein von Artgenossen und anderen Arten ist ja mit einer Lebensbedingung für eine Art. Wir greifen nun einzelne Faktoren aus der Gesamtheit der Lebensbedingungen eines bestimmten Organismus heraus und bestimmen ihre Bedeutung für Bau und Lebensäusserungen desselben. Wir konstatieren, dass er sich bei Vorhandensein oder Ausschaltung bestimmter Faktoren in einer bestimmten Richtung verändern, sich den neuen Bedingungen anpassen kann und neuerworbene Eigenschaften vererben kann. Nun erwacht in uns die Vermutung, dass die grosse Mannigfaltigkeit der Organismen — trotz der Einheit in ihrem Bauplan — allmählich entstanden ist durch Anpassung an neue Lebensbedingungen und durch die Vererbung der erworbenen Eigenschaften. Aber diese Tatsachen der Anpassung und Vererbung, die wir bei heute lebenden Arten beobachten können, beweisen uns noch nicht, dass eine allmähliche Entwicklung vom Einfacheren zum Komplizierteren stattgefunden hat. Sie sagen uns nur: wenn bewiesen ist, dass eine Entwicklung der Organismen stattgefunden hat, dann haben wir nun auch die Erklärung dafür. Wenn die Tatsachen der vergleichenden Wissenschaften eine allmähliche Entwicklung der Organismen im Laufe der Zeiten zu einem wissenschaftlichen logischen Postulate machen, dann liefern uns die Tatsachen, welche sich aus einer Erforschung der Beziehungen der Organismen zu den natürlichen Lebensbedingungen ergeben, die möglichen Faktoren dieser Entwicklung.

So sehen wir, dass in ihren Beziehungen zur Abstammungslehre an erster Stelle die vergleichenden Wissenschaften stehen müssen. Die Tatsachen der Anpassung und Vererbung, der Hinweis auf verschiedene Entwicklungsfaktoren, die die Entwicklung bedingen könnten, gewinnen logisch erst Geltung, wenn die Abstammungslehre als solche schon bewiesen ist.

## II.

Soweit das logische Verhältnis der beiden Forschungszweige in ihren Beziehungen zur Deszendenztheorie. Sehen wir nun zu, wie sich die Abstammungslehre tatsächlich historisch entwickelt hat.

Die historische Entwicklung einer Wissenschaft vollzieht sich nicht nach dem Schema, das wir später zu ihrer Darstellung wählen. So ist es auch bei der Abstammungslehre gewesen. Die Vorläufer Darwins, wie Lamarck, Goethe, Owen und andere, sahen sich veranlasst, auf Grund einzelner Tatsachen aus dem Gebiete der vergleichenden Wissenschaften eine allmähliche Entwicklung der Organismen, eine allgemeine Blutsverwandtschaft derselben anzunehmen. Sie konnten aber die Entwicklungslehre auf diesem Wege noch nicht begründen: dazu waren vergleichende Anatomie, Embryologie, Paläontologie und Tiergeographie noch viel zu wenig entwickelt. Galt es, die Abstammungslehre annehmbar zu gestalten, so musste zu jener Zeit ein anderer Kreis von Beobachtungen in Betracht gezogen werden: die Tatsachen der Veränderlichkeit der Organismen — ohne weiter fragen zu können, ob dieser Weg des Beweises auch der richtige sei. Als Beispiel für das Gesagte kann Lamarck dienen, mit seinem vergeblichen Suchen nach Entwicklungsfaktoren.

Zudem waren die Forscher noch im Schöpfungsdogma befangen und es galt ihnen vor allem, den Nachweis zu führen, dass die Annahme einer übernatürlichen Kraft für eine Erklärung der Zweckmässigkeiten im Bau der Organismen unnötig sei, dass man die Zweckmässigkeit mechanisch, natürlich erklären könne. Auf einem anderen — wir möchten sagen formal-wissenschaftlichen — Wege mit dem Schöpfungsdogma fertig zu werden, verstand Lamarck noch nicht. Aber, wie wir früher gesehen, kann die Annahme des einen oder anderen Entwicklungsfaktors gar nicht als Beweis für die Deszendenztheorie gelten. So erklärt es sich, warum die Deszendenztheorie in den Kreisen der ernstesten naturwissenschaftlichen Forschung keinen Eingang finden konnte.

Darwin war nun der erste, der mit aller Entschiedenheit das unterdes kolossal gehäufte und durch seine eigenen Beobachtungen, welche er auf seiner Weltumsegelung gemacht hatte, bereicherte Material der vergleichenden Wissenschaften in den Kreis seiner Betrachtungen hineinzog. Er war es, der die rudimentären Organe in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen wusste, er hatte mit kühnem Blicke tiergeographische und paläontologische Beobachtungen in ihren Beziehungen zur Abstammungslehre erfasst. Schrieb er doch 1837 in sein Notizbuch, dass die Tatsachen über den Charakter der südamerikanischen Fossilien und der heute lebenden Arten auf dem von ihm besuchten Galapagos-Archipel „den Ursprung aller seiner Ansichten“ über die Umwandlung der Arten bildeten. Und in der „Entstehung der Arten“ schrieb er über die Tatsachen der vergleichenden Wissenschaften, dass diese so deutlich zu verkünden scheinen, „dass die unzähligen Arten, Sippen und Familien, mit welchen diese Erde bevölkert ist, alle, und jede innerhalb ihrer eigenen Klasse oder Gruppe insbesondere, von gemeinsamen Eltern abstammen und im Verlauf der Abstammung wesentlich modifiziert wurden, dass ich ohne Zögern diese Anschauung annehmen wollte, selbst wenn sie nicht von anderen Tatsachen und Argumenten unterstützt würde“.

Doch im Gegensatz hierzu schrieb Darwin in der Einleitung zu demselben Werke: „Was die Entstehung der Arten betrifft, so ist es recht begreiflich, dass der Naturforscher in Erwägung der gegenseitigen Verwandtschaft der organischen Wesen, ihrer embryonalen Beziehungen, ihrer geographischen Verbreitung, ihrer geologischen Reihenfolge und anderer solcher Tatsachen — dass er zu dem Schluss kommen mag, die Arten seien nicht unabhängig voneinander erschaffen worden, sondern stammen, ähnlich den Varietäten, von anderen Arten ab. Nichtsdestoweniger dürfte ein solcher Schluss, selbst wenn er wohlbegründet wäre, ungenügend sein,\* solange nicht auch gezeigt wird, wie sich die unzähligen Arten, die unsere Erde bewohnen, so abgeändert haben, dass sie jene Vollkommenheit der Struktur und der Anpassung erworben haben, die gerade unsere Bewunderung hervorruft.“ Auch auf Grund weiterer Zitate aus Darwins Werken lässt sich der Nachweis führen, dass Darwin sich nicht darüber Rechenschaft abgegeben hat, dass die Tatsachen der vergleichenden Wissenschaft nicht nur allein

\* Von Tschulok gesperrt.

schon genügen, die Deszendenztheorie zu begründen, sondern auch die einzigen sind, die die Deszendenztheorie überhaupt begründen können. In Darwins Vorstellung waren die beiden Teile seiner Lehre so innig verbunden, dass er bald geneigt ist, die Unsicherheit in der Begründung der Selektionstheorie auf die viel sicherer fundierte Deszendenztheorie zu übertragen und in anderen Fällen umgekehrt für die Selektionstheorie den Grad der Sicherheit und Beweiskraft in Anspruch zu nehmen, welche nur der Deszendenztheorie zukommt.

Diese Verkenntung der logischen Beziehungen der beiden verschiedenen Tatsachenreihen zur Deszendenztheorie ist in der Folge noch bedeutend vertieft worden. Warum das so geschehen? „Die Antwort liegt nahe: es war der Zauber einer mechanischen Erklärung der organischen Zweckmässigkeit, der wissenschaftlichen Erschliessung eines Gebietes, welches von jeher als die anerkannte Domäne des Mystizismus und der Teleologie galt. Denn das ist zweifellos: die Selektionsidee ist und bleibt die einzige naturwissenschaftliche Konstruktion, die uns vom Alpdruck der Teleologie befreit und das grosse Werk der Aufklärung vollendet, welches durch Kopernikus begonnen und durch Galilei, Newton, Kant und Laplace fortgesetzt wurde. Der Geist der neuzeitlichen Aufklärung, der bei seiner Entfaltung die verrosteten Ketten des mittelalterlichen Aberglaubens und der den Gesichtskreis einengenden Tradition Stück für Stück abschüttelte, machte nur noch vor dem Problem der organischen Zweckmässigkeit Halt und schien sich in Verlegenheit zu fragen: habe ich dazu so lange gekämpft, um mich schliesslich doch zu ergeben? Denn der alte Empedokles'sche Gedanke von den im Chaos umher-schwirrenden Augen ohne Gesichter, Armen ohne Rumpfe, Köpfen ohne Körper u. s. w. war in Vergessenheit geraten und war für die naturwissenschaftliche Auffassung der Neuzeit doch zu abenteuerlich.“ Die Selektionsidee bot einen „Ausweg, eine mit den Mitteln der Neuzeit erreichbare Neubegründung der alten Idee von der mechanischen Entstehung der Zweckmässigkeit, es eröffnete sich eine Möglichkeit einzusehen, wie Zweckmässigkeit der Bildung in den Organismen auch ohne alle Einmischung von Intelligenz, durch das blinde Walten eines Naturgesetzes entstehen kann“ (Helmholtz, 1869).“

Und als in den Siebzigerjahren der Kampf um Darwin tobte, da waren Darwin und seine Selektionstheorie das geistige Banner des um Freiheit ringenden wissenschaftlichen Geistes. Im Getümmel des Kampfes war an eine ruhige Analyse nicht zu denken, man suchte nach Waffen zum Kampfe gegen das Schöpfungsdogma und gegen geistige Reaktion und — unter diesen Umständen wurden Deszendenztheorie und Selektionstheorie, die beide an den Namen Darwins geknüpft sind, nicht streng auseinandergehalten und beide gleichzeitig ins Feld geführt.

Wenn es also historisch verständlich ist, warum der Nachdruck auf die Lehre von der natürlichen Zuchtwahl und nicht auf die Abstammungslehre, wie sie von Darwin zuerst begründet wurde, gelegt worden ist, so müssen wir, die wir auf Grund anderer äusserer Verhältnisse einer ruhigen Analyse fähig sind, die Bedeutung der einzelnen Tatsachenreihen für die Begründung der Deszendenztheorie richtig einzuschätzen wissen. Und so dürfen wir in Darwin nicht bloss den Begründer der Selektionstheorie, sondern den eigentlichen und ersten Begründer der Abstammungslehre schlechtweg sehen. Die Zuchtwahltheorie Darwins mag modifiziert werden oder fallen — die Abstammungslehre ist, und ihre Begründung durch die Tatsachen der vergleichenden Anatomie, der Embryologie, der Paläontologie und Tiergeographie bleibt das unsterbliche Verdienst von Charles Darwin. \*

\* Denselben grundsätzlichen Standpunkt der strengen Auseinanderhaltung von Abstammungslehre und Selektionstheorie und der alleinigen Begründung der Abstammungslehre durch die Tatsachen der vergleichenden Wissenschaften vertritt Hesse in seiner ganz vorzüglichen populären Darstellung „Abstammungslehre und Darwinismus“ (bei Teubner, Aus Natur und Geisteswelt, M 1:25, 3. Auflage), welche weitesten Kreisen empfohlen werden muss. Wie schon aus dem Titel des Büchleins von Hesse ersichtlich, will dieser Autor die historische Bedeutung Darwins anders eingeschätzt wissen, als es Tschulok in der referierten Untersuchung tut.

# Bücherschau

## Arbeiterbildungswesen

Der Bildungsausschuss der Deutschen Sozialdemokratie (Berlin SW. 68, Lindenstrasse 3) versendet sein „Winterprogramm für das Jahr 1909—1910“. Die Broschüre verdient die Beachtung aller in der Bildungstätigkeit beschäftigten Genossen. Sie enthält zunächst die Dispositionen der Wanderkurse, die die Genossen Hermann Duncker, Otto Rühle und Julian Borchardt in verschiedenen Städten des Reiches abhalten werden. Leider scheint bei diesen Wanderkursen ein pedantisches Streben nach Systematik der pädagogischen Absicht entgegenzuarbeiten. So hält zum Beispiel Genosse Duncker einen acht Abende umfassenden Vortragszyklus über die „Entwicklungsstufen des Wirtschaftslebens“. In dem ersten Vortrage des Zyklus bespricht er nun „Verschiedene Versuche, wirtschaftliche Entwicklungsstufen aufzustellen“. Die Arbeiter sollen sich also für die Versuche, die wirtschaftsgeschichtlichen Tatsachen einzuteilen, interessieren, ehe sie diese Tatsachen selbst kennen gelernt haben! Genosse Borchardt findet in einem vier Abende umfassenden Zyklus Zeit, das Sinken der Durchschnittsprofite und die Frage, ob die kaufmännische Arbeit produktiv ist, zu erörtern; dafür wird in demselben Vortragszyklus die Besprechung folgender Erscheinungen in einen einzigen Vortrag zusammengedrängt: „Aktiengesellschaften. Ringe, Kartelle, Trusts. Die Grundrente. (!) Die Klassen.“ Es scheint mir, dass da doch das (für praktische Zwecke) minder Wichtige dem Wichtigsten die Zeit wegnimmt. Neben den Wanderkursen werden in dem „Winterprogramm“ auch die Veranstaltungen zur Verbreitung sorgfältig ausgewählter Jugendschriften, die Musterkataloge für Arbeiterbibliotheken, die Theatervorstellungen und die künstlerischen und geselligen Veranstaltungen besprochen. Besonders der letztgenannte Teil des Programms sollte in Oesterreich Beachtung finden; unsere Unterrichtsorganisationen werden sich auch mit dieser Frage einmal beschäftigen müssen. Die Broschüre, die von der fruchtbaren Bildungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie ein sehr anschauliches Bild gibt, schliesst mit einem recht interessanten Musterarbeitsplan für die lokalen Bildungsausschüsse. Trotz mancher Mängel des reichsdeutschen Programms und trotz der erfreulichen Fortschritte unserer eigenen Bildungstätigkeit können wir Oesterreicher noch immer nicht ohne ein Gefühl des Neides die Berichte unserer deutschen Bruderpartei lesen.

Auch an der Versorgung der Arbeiterschaft mit Lehr- und Lesebüchern, die zur Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus geeignet sind, wird eifrig gearbeitet. Einen recht anregenden Versuch auf diesem Boden lernen wir in der kleinen Schrift des holländischen Genossen Hermann Gorter, „Der historische Materialismus“, kennen, die im Stuttgarter Parteiverlag erschienen ist.

Der Gebildete hat es gelernt, eine ihm gegebene Menge von Tatsachen verschieden zu ordnen, zu gruppieren, in Beziehung zueinander

zu setzen. Die Masse der Arbeiter hat diese Fähigkeit nicht erworben. Solange sie ihnen aber fehlt, können die Arbeiter nicht verstehen, was Geschichtsauffassung, also auch nicht, was materialistische Geschichtsauffassung ist. Durch bloss begriffliche Darstellung kann man daher den Arbeitern den historischen Materialismus nicht näher bringen. Nach meiner Erfahrung empfiehlt es sich, einen ganz anderen Weg zu gehen. Man zähle zunächst die wichtigsten Ereignisse einer grossen historischen Epoche, zum Beispiel der französischen Revolution auf; dann lasse man diese Tatsachen von Vertretern verschiedener Geschichtsauffassungen erzählen, also zum Beispiel zuerst von einem feudalen Legitimisten, dem die Revolution die Tat von Bösewichtern, dann von einem begeisterten Demokraten, dem sie die Tat von Heroen ist, hierauf von einem idealistischen Philosophen, der in ihr ein Stück der Eigenbewegung des Weltgeistes sieht, und schliesslich von einem Marxisten, der sie aus der sozialen Daseinsweise der Volksmassen erklärt. Der Arbeiter, der all das gehört oder gelesen hat, hat jetzt einmal die Verschiedenheit der Geschichtsauffassungen erlebt. Jetzt erst wird er eine kurze begriffliche Analyse verstehen, jetzt erst werde ich ihm verständlich machen können, wie der historische Materialismus ihn erst seinen eigenen Klassenkampf richtig begreifen lässt. Leider hat Gorter diese induktive, das Anschauliche vor das Begriffliche setzende Methode nicht gewählt. Dass er die begriffliche Deduktion durch zahlreiche Beispiele veranschaulicht, mildert seinen Fehler, ohne ihn ganz aufzuheben. Da er mit einer begrifflichen Deduktion beginnt und doch populär darstellen will, konnte er der Gefahr nicht ganz entgehen, die Marxsche Lehre stellenweise ein wenig zu verflachen.

So weit der Widerspruch zwischen dem unzweckmässigen Aufbau und der pädagogischen Absicht seine Darstellung des historischen Materialismus nicht beeinträchtigt hat, ist sie zutreffend. Nur scheint mir, dass auch Gorter den Begriff der Produktivkräfte zu eng fasst, ihn allzu sehr dem der Produktionsmittel nahe bringt. Von allzu engherziger Interpretation des historischen Materialismus ist Gorter frei; an einzelnen Stellen werden Gedanken angedeutet, die für den Ausbau der Lehre sehr wichtig sind. (So Seite 119 über das Fortleben, Seite 46 über die relativ selbständige Fortentwicklung der einmal entstandenen Ideologien, Seite 122 über das Zusammenwirken neuer ökonomischer Tatsachen mit aus früheren Epochen überlieferten sozialen, politischen und ideologischen Bewusstseinsinhalten.) Erkenntnistheoretische und ontologische Fragen werden von Gorter nur gestreift; ich finde auch die wenigen Anspielungen auf Dietzgens philosophische Lehren entbehrlich. Sie sind für den noch ungeschulten Arbeiter, für den Gorter doch schreiben will, unverständlich und stehen mit Marx' Geschichtsauffassung in keinem notwendigen Zusammenhang.

Die Beispiele, die Gorter zur Veranschaulichung des historischen Materialismus benützt, haben sehr verschiedenen Wert. So ist zum Beispiel der Nachweis, wie der katholische Himmel

die feudale Gesellschaft widerspiegelt, sehr hübsch, dagegen die Darstellung der jüngeren religiösen und philosophischen Systeme weit weniger gelungen. Auch hier leidet die Broschüre an ihrem methodischen Grundfehler: Wie soll der Arbeiter, der Spinozas Lehre nicht kennt, ihre Entstehung aus ihrer Zeit verstehen? Am lebhaftesten werden Gorters Beispiele aus dem Gebiet der Ethik angefochten, meines Erachtens mit wenig Recht. An der Feststellung, dass im Kriege, also auch im Klassenkampfe oft als erlaubt betrachtet wird, was sonst gegen das ererbte Sittengesetz verstösst, kann sich nur philiströse Moralheuchelei stossen. Uebrigens wäre Gorter diesen Vorwürfen wohl entgangen, wenn er einen kurz angedeuteten Gedanken weiter ausgeführt hätte: den nämlich, dass die Arbeiter, so oft ihr Klassenkampf sie zu Handlungen gegen den Gegner zwingt, die sie dem Klassengenossen gegenüber (und auch dem Klassengegner, sofern er nicht als solcher ihnen gegenübersteht) als unsittlich betrachten, doch in dem sittlichen Ziele ihres Klassenkampfes eine Rechtfertigung finden, die die anderen Klassen nicht für sich in Anspruch nehmen können. Weiter ausgeführt, würde dieser Gedanke freilich zu der Frage führen, ob die verschiedenen Anschauungen über das Sittliche nicht nur historisch-kausal abgeleitet, sondern auch überhistorisch-teleologisch gewertet werden können. Ueber diese Frage ist allerdings Gorter, der Kautskys „Ethik“ folgt, anderer Meinung als ich.

Aber trotz dieser Bedenken halten wir Gorters Schrift für eine sehr dankenswerte Arbeit. Sie ist in einer sehr leicht verständlichen Sprache geschrieben und der Arbeiter, der sie liest, wird aus ihr sehr viel lernen. Und das ist schliesslich die Hauptsache! Was unser gemeinsames Wissensgut ist, den Arbeitermassen zu vermitteln, ist viel, viel wichtiger als aller Streit um theoretische Einzelfragen.

Ein Lehrbuch der Volkswirtschaftslehre für Arbeiter will Harpuders Broschüre „Entstehung und Entwicklung des Wirtschaftslebens“ (Süddeutsche Volksbuchhandlung, München) sein. Das ist sie nun freilich nicht; aber wenn sie wäre, was sie ihrem Inhalt nach sein könnte, ein Lehrbuch der Wirtschaftsgeschichte, würde sie eine Lücke in unserer Parteiliteratur ausfüllen. Leider kann sie auch diesem Zweck nicht dienen. Zunächst erscheint uns die ganze Anlage verfehlt. Will man ein anschauliches Bild der Entwicklung des Wirtschaftslebens entwerfen, dann stellt man am besten die Wirtschaftsgeschichte einer Nation, etwa der deutschen, als Beispiel dar. Harpuder wählt einen ganz anderen Weg: er unterscheidet eine Reihe von Wirtschaftsstufen und ordnet diesem System verschiedene Wirtschaftsbilder aus der Geschichte verschiedener Nationen als Typen dieser Wirtschaftsstufen ein. Daher wird auf die Darstellung dieser Wirtschaftsstufen in ihrem Beharrungszustand und auf ihre Unterscheidung von einander viel mehr Gewicht gelegt als auf ihre Entwicklung aus einander; wir können aber nur durch die Darstellung der wirtschaftlichen Umwälzungen, nicht durch die unvermittelte Beschreibung der Zustände, die an ihrem Anfang und an ihrem Ende liegen, die Arbeiter zum modernen Sozialismus erziehen, zum Verständnis des Umwälzungs-

werkes, das ihre eigene Klasse zu vollbringen hat. Nichts ist für Harpuders Methode so charakteristisch wie die Tatsache, dass in dieser für Arbeiter bestimmten Wirtschaftsgeschichte die Entstehungsgeschichte des modernen Proletariats nicht erzählt wird! Ueberhaupt hat diese falsche Methode, zu der Harpuder durch die Vorliebe für die „Stufentheorie“ verleitet worden ist, die bei den Büchern, Sombart und Genossen die Unzulänglichkeit der theoretischen Analyse verkleiden, ein Surrogat einer Theorie des Wirtschaftslebens sein will, eine falsche Auswahl der darzustellenden Materie zur Folge. Wir wollen den Arbeitern die Wirtschaftsgeschichte doch wohl als ein Hilfsmittel zur Erklärung ihrer eigenen Zeit und ihrer eigenen Geschichte geben. Bei Harpuder findet man aber sehr geistreiche Untersuchungen über das Verhältnis von Spiel und Arbeit beim Urmenschen wieder, man sucht aber vergebens die Darstellung, wie die ökonomischen Erscheinungen unserer Gesellschaft aus früheren Wirtschaftssystemen herausgewachsen sind. Der Arbeiter, der unsere Zeit verstehen lernen soll, müsste von der Entstehung der Gutsherrschaft und von der Auflösung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse manches erfahren; ob er von der Wirtschaft der Negerstämme ein richtiges Bild hat, ist viel weniger wichtig. Harpuder aber erzählt ihm von der „Selbsterhaltungswirtschaft primitiver Völkerschaften“ viel mehr als von der Bauernbefreiung! Zu diesen Mängeln des Aufbaues, neben denen ein paar Ungenauigkeiten in den Tatsachen recht bedeutungslos erscheinen, kommt noch eine Sprache und Darstellungsweise, die für den Arbeiter, der, wie Harpuder sagt, „nur die allgemeinen Elementarkenntnisse“ besitzt, ganz unverständlich ist. So ist also Harpuders Broschüre als Lehrbuch der Wirtschaftsgeschichte für Arbeiter nicht zu verwenden. Bestenfalls werden Arbeiter, die schon an schwerere Kost gewöhnt sind und schon Vortragszyklen über Wirtschaftsgeschichte gehört haben, sie benützen können, um sich die Bilder der älteren Wirtschaftsstufen einzuprägen.

O. B.

## Sozialversicherung

Die Jahresberichte der Krankenkassen, zahlreiche Versammlungen, demnächst auch unser Parteitag nehmen zu dem Entwurf des Gesetzes über die Sozialversicherung Stellung. Wertvolle Materialien für die Referenten hat die Reichskommission der Krankenkassen Oesterreichs herausgegeben, vor allem eine handliche Ausgabe des nun bald zum drittenmal eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die Sozialversicherung (Preis 40 h). Wenn diese Ausgabe auch den Motivenbericht vermissen lässt, so hat sie durch übersichtlichen Druck, Kapitelüberschriften, Handlichkeit des Formats und durch ein Register ihre Vorzüge vor der amtlichen Ausgabe. Die wertvollste kritische Erörterung des Gesetzentwurfes enthält das Protokoll über die Verhandlungen des vierten österreichischen Krankenkassentages, die bekanntlich in lichtvollen Debatten und klaren Resolutionen die Stellungnahme der Krankenkassen Oesterreichs zu der

Regierungsvorlage fixierten. Dieses Buch ist eine unentbehrliche Materialiensammlung für jeden, der sich über die Sozialversicherung in Oesterreich unterrichten will.

Ein gründlicheres Studium des Entwurfes hat zur Voraussetzung auch die Kenntnis der bisherigen Leistungen unserer Krankenkassen. Zahlreiche Berichte werden alljährlich veröffentlicht, zwei seien hier angeführt. Der „Rechnungsabschluss der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Wien für das Jahr 1908“ und der „Jahresbericht der Bezirkskrankenkasse für den Stadt- und Landbezirk Brunn für das Verwaltungsjahr 1908“. In der Allgemeinen Arbeiter-Kranken- und Unterstützungskasse in Wien besitzen wir eine der bedeutungsvollsten, in vieler Hinsicht musterhafte Einrichtung auf dem Gebiete des Krankenkassenwesens, deren Entwicklung die Arbeiter mit um so lebhafterem Interesse verfolgen, als es sich um eine mustergültige Gründung aus der ersten Zeit unserer Arbeiterbewegung handelt. Auf bloss 32 Seiten enthält der Bericht sehr umfangreiche Materialien. Der Jahresbericht der Brünner Bezirkskrankenkasse ist anlässlich der 20jährigen Wiederkehr der Gründung dieser Kasse veröffentlicht worden. Auch dieser Bericht nimmt zur Reform der Sozialversicherung Stellung, er zeigt die Belastung der Krankenkassen durch diese Vorlage. Interessante Ausführungen über die Morbiditätsverhältnisse einiger Berufe, über das Verhältnis von Morbidität und Alkohol, über die Organisation des spezialärztlichen Dienstes, über die Ernährung der Säuglinge, über die Geburtshilfe im Dienste der Krankenkassen steigern den Wert des Berichtes. Aber die grösste Leistung haben wir noch zu erwähnen, die ausserordentlich wertvolle Betrachtung über die Brünner Arbeiterwohnungsverhältnisse, die uns in einem interessanten Text in einer übersichtlichen tabellarischen Verarbeitung und in ausserordentlich eindrucksvollen Bildern vorgeführt werden. Wer die 22 Bilder dieses Jahresberichtes betrachtet, wird den tiefsten Eindruck vom Elend der Arbeiterklasse erhalten. Auch sonst enthält der Bericht wertvolle sozialstatistische Materialien. Der Bericht macht der Kassenleitung, Kassenverwaltung und allen Mitarbeitern die höchste Ehre.

ad. br.

### Steuerwesen

Die „Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich“ hat ein Heftchen herausgegeben, das „Drei Aufsätze zur Frage der Gebäudesteuerreform“ enthält. (Selbstverlag der Zentralstelle, Wien 1909.) Der Verfasser des ersten Aufsatzes, Herr Dr. Emanuel H. Vogel, kommt, obwohl er unsere Vorschläge nicht zu kennen scheint, zu annähernd demselben Ergebnis wie wir. Auch er fordert: 1. Beschränkung der Reform auf Neubauten, 2. Ersetzung der proportionalen Hauszinssteuer durch eine progressive Zinsertragsteuer vom einzelnen Mietobjekt. Doch schlägt er auch für die alten Baulichkeiten die Erhöhung der Erhaltungskosten in Wien, Prag, Graz, Brunn, Lemberg und Triest und eine Ermässigung der

Steuersätze vor; beides wäre ein nutzloses Geschenk an die Hausbesitzer. Die Einwendungen gegen die progressive Zinsertragsteuer werden in dem zweiten Aufsatz, dessen Verfasser nicht genannt wird, geschickt zusammengefasst; wir halten die Vorteile der vorgeschlagenen Steuer für so gross, dass man die Schwierigkeiten wohl auf sich nehmen kann. In einem dritten, gleichfalls anonym veröffentlichten Aufsatz wird gefordert, dass wenigstens ein Teil der in der Regierungsvorlage zur Gewährung von Steuernachlässen bestimmten Summe lieber zur Bildung eines Wohnungsfürsorgefonds verwendet werde. Wir würden die progressive Zinsertragsteuer, sofern sie auf Neubauten beschränkt bleibt, dem Wohnungsfürsorgefonds vorziehen, dagegen halten wir die Bildung eines Wohnungsfürsorgefonds für nützlicher als jede Steuerermässigung, die den alten Baulichkeiten zufließt.

O. B.

### Tschechische Literatur

J. S. Machar. Rom. Geschrieben 1906 bis 1907. Autorisierte Uebersetzung aus dem Tschechischen von Dr. Emil Saudek, Prag. Grosman & Swoboda. 1908. 370 Seiten.

„Weil mir bisher kein Buch zu sagen vermochte, was ‚Rom‘ sei — so versuchte ich mir selber eines zu schreiben. Ich war dort, die Antike zu sehen und fand ihre herrlichen weissen Gebeine und sah ihr grossartiges Grab. Und auf dem Grabe sah ich ihren verlotterten und entervten Mörder im Sterben liegen. Dann erblickte ich auch den jugendlichen Erben der beiden — und so durchlebte ich in wenig Wochen einen grossen Teil der Geschichte der ganzen Menschheit.“ Mit diesen Worten leitet der Verfasser die Widmung des Buches ein. Machar gehört zu den hervorragendsten Vertretern der modernen tschechischen Literatur. Er ist ganz ein Sohn der Gegenwart, voll von ihr und von der grossen Zukunft der Menschheit. Es ist im allgemeinen und besonders für uns Deutsche in Oesterreich von der grössten Bedeutung, die literarische Bewegung des jungen Tschechentums (worunter ich natürlich nicht das politische Jungtschechentum verstehe) kennen zu lernen. In Machar sehen wir eine Persönlichkeit voll leidenschaftlichen Innenlebens, der uns, wenn er zu den tausend Büchern über Rom ein neues schreibt, auch Neues zu sagen weiss. Die Sachen, die er uns schildert, strahlen im Lichte einer starken und bewussten Subjektivität. Unsere Freude über seine Inbrunst und seine Kraft hilft uns manche Ungerechtigkeit und Sonderbarkeiten (wie sein Urteil über Raphael) übersehen und wir folgen gern seinem Feuergeist, dessen künstlerischer Schwung ganze Zeitalter in wenigen Strichen vor unseren Augen aufleuchten lässt. Mit der hingebungsvollsten Liebe zur Antike verbindet er einen unauslöschlichen Hass gegen das römische Christentum, dem er mit den schärfsten und hinreissendsten Worten Ausdruck verleiht. Diesem Rom gegenüber hofft er mit Zuversicht auf „die grosse Morgendämmerung der Gehirne und Seelen“. Mit einem Worte: Machars „Rom“ ist ein gutes und starkes Buch.

Engelbert Pernerstorfer.